

inkshänder
ind besonde-
lkholgefah

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 111 - 20. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 500,00 Din. Luxemburg 20,00 fr. Niederlande 2,20 fl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14,00 S. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Ptas. Kanarische Inseln 165 Ptas. Türkei 750 TL.

Donnerstag, 15. Mai 1986 - D ***

Anzel Springer Verlag AG-Post: 10 08 84. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 303
904-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 247-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

POLITIK

Europa: Für verstärkte gemeinsame Terrorismusbekämpfung und für ein Entwicklungsabkommen der EG mit Lateinamerika hat sich der spanische König Juan Carlos (Foto) vor dem Europäischen Parlament ausgesprochen.



Anschläge: Die amerikanische und die japanische Botschaft in Jakarta waren gestern das Ziel mehrerer offensichtlich von Hand gebastelter Raketen, die jedoch kaum Schäden anrichteten.

Gesperrt: Die amerikanische Verteidigungsministerin hat einen 7,9 Millionen Dollar umfassenden Auftrag für die italienische Firma Fiat-Allis zur Lieferung von Traktoren gesperrt, weil Libyen an dieser Gesellschaft zu 15 Prozent beteiligt ist.

Zusage: Der sowjetische Bürgerrechtler Anatoli Schtschanskij hat von US-Präsident Reagan die Zusage erhalten, daß sich die Regierung in Washington bei der Krenl-Führung verstärkt für die Ausreise von Juden aus der UdSSR einsetzen wird - in einer Mischung aus stiller Diplomatie und öffentlichem Druck. (S. 5)

Sudan: In Khartum gibt es erstmals seit 17 Jahren eine demokratisch gebildete Regierung. Ministerpräsident Sadek el Mahdi stellte ein 18-Minister umfassendes Kabinett vor, die vier für die Parteien aus dem schwarzafrikanischen Sudan reservierten Ressorts wurden noch nicht besetzt.

Lumme: Der im Zusammenhang mit der Berliner Spendenaffäre zurückgetretene Innenminister Heinrich Lumme ist nachträglich einstimmig in den Landesausschuss der CDU gewählt worden. Seine Mitarbeit sei „für die Stadt und für die Union von großer Bedeutung“.

Tarife: Unter Vorbehalt ist die Chemie-Tariffrage eröffnet worden, die in diesem Jahr für die 600 000 Beschäftigten bundesweit geführt werden soll. Allerdings will der Gewerkschaftsbezirk Rheinland-Pfalz regionale Verhandlungen durchsetzen.

Kohl: Wir bieten unser Wissen für Atomsicherheit weltweit an

Union dringt auf Bundeskompetenz beim Zivilschutz / Vogel: Politik überdenken

DIETHART GOOS/DW, Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Haltung der Bundesregierung zur Nukleartechnik nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl auf die Formel gebracht: „Es geht jetzt nicht um den deutschen Ausstieg aus der Kernenergie, sondern um den Einstieg in eine internationale Anstrengung für mehr Sicherheit.“

In seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag sagte der Kanzler, Reaktorsicherheit lasse sich nicht durch Abschaltung der sichersten Anlagen, wie sie in der Bundesrepublik betrieben werden, erhöhen. „Schon aus einer weltweiten Verantwortung heraus müssen wir unsere langjährige Erfahrung einbringen, unser Wissen um eine sichere Nutzung der Kernenergie weiterzugeben und internationale Übereinstimmung über möglichst strenge Sicherheitsstandards anstreben.“

In seiner knapp 40minütigen Rede äußerte der Kanzler tiefes Verständnis für Sorge, Unruhe und Angst unter den Menschen in der Bundesrepublik. „Niemand kann und darf diese Ängste einfach beiseite schieben.“ Er

sei entschieden gegen jede Bagatelisierung und Beschönigung, er wolle sich aber ebenso gegen das Schüren von Katastrophenstimmung. Die friedliche Nutzung der Kernenergie sei angesichts der extremen Sicherheitsanforderungen ethisch verantwortbar und diene als umweltfreundliche Energie der Gesundheit. Zugleich forderte der Kanzler neue energiesparende Techniken, Zukunftsforschung für alternative Energien und eine Fortentwicklung des weltweit beispielhaften Standards der deutschen Reaktorsicherheit.

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel dagegen nannte es ein Gebot der Vernunft, die Energiepolitik in der Bundesrepublik, insbesondere aber die Kernenergiepolitik, „von Grund auf zu überdenken“. An die Adresse Kohls gerichtet, verwies Vogel darauf, daß inzwischen auch führende CDU-Politiker wie der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Biedenkopf öffentlich den langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie gefordert hätten. Dies lasse hoffen, daß der Dialog über ein Umdenken in

dieser Frage auch quer zu den Parteien möglich sei.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger setzte sich noch einmal für eine Zuständigkeit des Bundes bei Reaktorunfällen und im Hinblick auf notwendige Schutzmaßnahmen ein. Er kritisierte die sich widersprechenden Äußerungen der vergangenen Wochen. Einige Bundesländer hätten sich über Empfehlungen der Strahlenschutzkommission hinweggesetzt und damit die Unsicherheit zusätzlich erhöht. Das Atom- und Strahlenschutzrecht müsse im Hinblick auf das Schaffen einer „nationalen politischen Instanz“ überprüft werden.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der sich in der Bundestags-Debatte nicht zu Wort gemeldet hatte, erklärte gestern Abend auf einer FDP-Versammlung in Wuppertal, „die eifertigen und scheinbar abschließenden Antworten reichen noch weniger aus als vorher“. Ähnliche Äußerungen Genschers waren bereits als deutliche Kritik an der Informationspolitik von Innenminister Zimmermann gewertet worden.

Dohnanyi gegen übereilten Ausstieg

Der Hamburger Senat holt Gutachten zur Sicherheit der Kernkraftwerke im Norden ein

H. SCHÜTTE/DW, Hamburg/Bonn
Als erste sozialdemokratische Landesregierung hat der Hamburger Senat seine energiepolitische Leitlinie festgelegt: Sie zielt darauf ab, längerfristig den Ausstieg aus der Kernenergie vorzubereiten. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi wies vor der Bürgerschaft ausdrücklich darauf hin, daß „ein solcher Ausstieg sich wegen der grenzüberschreitenden Gefahren nicht auf die Bundesrepublik beschränken sollte“.

Die Regierung des Stadtstaats will zunächst von der Reaktorsicherheitskommission bis spätestens Ende des Jahres eine Stellungnahme zur Sicherheit der Kernkraftwerke einholen, an denen Hamburg beteiligt ist. Auch die Materialprüfungsanstalt des Bundes und der norddeutschen Länder sollen noch in diesem Jahr Gutachten über die Sicherheit der Kernkraftwerke in Stade, Brunshötel, Krimmel und Brokdorf abgeben. Auf der Grundlage dieser Gutachten - so heißt es in dem Senatbescheid - „wird der Senat feststellen, ob die

Fortführung einzelner Kernkraftwerke, an denen Hamburg beteiligt ist, unter Berücksichtigung der Sicherheitsaspektspunkte solange verantwortet werden kann, bis der schrittweise Ausstieg aus der Nuklearenergie möglich ist, oder ob eine vorzeitige Stilllegung einzelner Kernkraftwerke erforderlich ist“.

Bürgermeister von Dohnanyi bestätigte damit die zurückhaltende

SEITE 4:
Atom-Debatte

Haltung gegenüber den Forderungen nach Sofortausstieg, die er bereits letzte Woche beim Wirtschaftspolitischen Kongress der SPD demonstriert hatte. „Was im Laufe einer Generation geschaffen worden ist, kann nicht mit einem Federstrich beseitigt werden“, betonte Dohnanyi. Ein langfristiger Ausstieg dürfe weder arbeitplatzverdrängend sein noch zum wirtschaftlichen Bankrott führen. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß ein „sorgfältig geplanter und technokratischer“ Ausstieg zu einer wirtschaftlich und technologischen Erneuerung führe.

Die saarländische SPD-Regierung lehnt die Kernenergie zur Stromerzeugung grundsätzlich ab. Ministerpräsident Oskar Lafontaine meinte im Landtag, die Kapazitäten der deutschen Kraftwerke reichten auch ohne Atomkraft aus, um den Strombedarf sicherzustellen. Die Landtagswahl in Niedersachsen bezeichnete Lafontaine als einen Volksentscheid für die Abschaltung der Kernreaktoren. Ministerpräsident Ernst Albrecht räumte in einem „Bild“-Interview ein, daß die Katastrophe von Tschernobyl die Chancen der Grünen in Niedersachsen „ganz erheblich“ verbessert habe. Doch es könne wohl nicht wahr werden, „daß die unglückliche Schlampelei in der Sowjetunion dazu führt, daß eine erfolgreich arbeitende Regierung in Niedersachsen abgelöst wird“. Albrecht erklärte, in dem Maße, in dem andere Energieträger zur Verfügung stünden, könne der Anteil der Atomkraft reduziert werden.

Spezial-Truppe soll Fluggäste schützen

PanAm baut Anti-Terror-Einheit auf / Reaktion auf hohe Zahl der Umbuchungen

FRITZ WIRTH, Washington
Als erste amerikanische Fluggesellschaft wird PanAm eine eigene Anti-Terroristen-Truppe aufbauen. Das gab Edward Acker, der Vorsitzende des Unternehmens, dessen geschäftliches Schwergewicht auf der Atlantik-Route zwischen den USA und Europa liegt, gestern auf der Jahressammlung der Gesellschaft in Miami bekannt. PanAm reagiert damit auf den Europa-Boykott zahlreicher amerikanischer Touristen, die aus Furcht vor Terroraktionen ihre geplanten Reisen umgebuht haben und lieber heimische Feriendestinationen ansteuern. Man spricht in den USA von der großen „Euro-Angst“. Verstärkt wurde dieser Trend durch den fallenden Dollarkurs gegenüber europäischen Währungen, durch den Aufenthalt von Amerikanern in Europa um etwa 25 Prozent teurer geworden sind.

„Der internationale Terrorismus ist ohne Zweifel die ernsteste Krise, die die internationale Tourismus-Industrie bisher getroffen hat“, erklärte Acker. Allein nach den Terroranschlägen auf den Flughäfen in Rom und Wien im Dezember 1985 buchten insgesamt 1,8 Millionen amerikanische Touristen ihre geplanten Reisen nach Europa um. Die Zahl ist nach der Libyen-Krise und dem letzten Anschlag auf eine Maschine der Gesellschaft TWA noch weiter angewachsen. Allein die TWA registrierte einen Rückgang an Buchungen um 25 Prozent.

Die Entscheidung der PanAm, eine eigene Anti-Terroristen-Truppe aufzubauen, bedeutet eine radikale Änderung der bisherigen Geschäftspraktik. Bisher war es üblich gewesen, die Schwierigkeiten im internationalen Luftverkehr eher herunterzuspielen. Edward Acker nannte diese Geschäftspraktik „nicht mehr länger akzeptabel“, da sie nicht mehr die heutigen Realitäten berücksichtige.

Die Anti-Terror-Einheit der PanAm soll deshalb Teil des Werbeprogramms der PanAm werden und im Gegensatz zur israelischen Fluggesellschaft El Al, wo diese Einheiten bereits lange bestehen, ein sehr offenes Image erhalten.

Die PanAm-Truppe soll den Namen „Alert“ (Alarm) tragen. Acker kündigte an, daß man Mitglieder dieser Anti-Terroristen-Truppe gegebenenfalls auch anderen Fluggesellschaften zur Verfügung stellen werde.

Er machte keine Angaben über die Bewaffnung, Ausbildung und Stationierung dieser Truppe und verwiegerte Auskunft darüber, ob bewaffnete Mitglieder dieser Einheit auch in den Flugzeugen selbst mitfliegen sollen. Es gibt viele Piloten, die den Einsatz von bewaffneten Schutztruppen in ihren Maschinen für gefährlich halten. Ein Pilot erklärte: „Es gibt in 10 000 Metern Höhe keine guten und keine bösen Kugeln, es gibt nur fatale Geschosse.“

Die PanAm hat, da sie in diesem Jahr bereits Millionenverluste im Atlantikverkehr erlitten hat, kürzlich wegen mangelnder Nachfrage bereits fünf Prozent ihrer Flugkapazität vom europäischen Markt verlagert.

Douglas Heydon, der Generalmanager des Ariane-Programms in den USA, erklärte zu den Schwierigkeiten der Nasa: „Es stellt sich jetzt heraus, daß es eine Fehlentscheidung war, sich fast völlig auf die Weltraumfahrt zu verlassen und das übrige Raketenprogramm zu vernachlässigen.“ Ziel von „Arianespace“ sei es, mindestens den halben Markt an unbemannten Raumtransportern zu erobern. Gestern erfolgte der nächste Schritt dorthin: Die japanische Firma JCS ist bei den Amerikanern aus- und bei den Europäern eingestiegen, um 1988 einen Fernmeldestatelliten ins All befördern zu lassen.

Ariane - für die Nasa Helfer in der Not

WTH, Washington
Die amerikanische Weltraumbehörde Nasa erwägt den für sie bisher demütigendsten Schritt: Sie hat Pläne, sich an die europäische Konkurrenz zu wenden, um mit ihrer Hilfe Satelliten ins All zu befördern. „Wir müssen uns nach allen Möglichkeiten umsehen, so schnell es geht wieder Lasten ins All zu bekommen“, sagte der Generalmanager der Nasa, Philip Culbertson, gestern in Washington. Er fügte hinzu: „Und zu diesen Optionen gehört auch die Ariane-Rakete.“

Die Überlegungen kennzeichnen die aktuellen Probleme, in die die Nasa nach einer Serie von vier Raumfahrt-Fehlstarts in den vergangenen Monaten geraten ist. Seither liegt das amerikanische Arsenal an Raumfahrt-Fahrzeugen praktisch still. So wurden die Raumfähren nach der „Challenger“-Katastrophe aus dem Verkehr gezogen, bis die endgültige Unfallursache gefunden und behoben worden ist. Der neue Nasa-Chef James Fletcher kündigte gestern an,

daß diese Raumfähren wahrscheinlich im Sommer kommenden Jahres wieder einsatzbereit sind. Es gibt jedoch maßgebliche Leute bei der Nasa und im amerikanischen Kongreß, die das bezweifeln. Dagegen hofft man, daß die „Delta“- und „Titan“-Raketen, die kürzlich vom Himmel fielen, spätestens bis Ende dieses Jahres wieder für unbemannte Satelliten zur Verfügung stehen.

Selbst wenn die Nasa im Laufe des kommenden Jahres wieder ihre volle Raketenkapazität zur Verfügung haben sollte, würde dann zunächst die Beförderung von Militärsatelliten ins All absolute Priorität besitzen. Aus diesem Grunde haben sich einige Nasa-Kunden, die kommerzielle Satelliten ins All schicken möchten, bereits an die Europäer und Chinesen gewandt.

Die Absicht der Nasa, sich direkt an die europäische Konkurrenz zu wenden, wird im amerikanischen Kongreß auf beträchtlichen Widerstand stoßen. Die Kongreßmitglieder

Bill Nelson und Senator Jake Garn, die beide bereits als Gäste der Nasa Flüge ins All unternommen haben, zeigten sich gegenüber diesen Plänen äußerst skeptisch und kündigten politische Schwierigkeiten an. Die Nasa muß diese Drohungen ernst nehmen, weil sie vom Kongreß eine erhebliche Erhöhung ihres Budgets erwartet.

Douglas Heydon, der Generalmanager des Ariane-Programms in den USA, erklärte zu den Schwierigkeiten der Nasa: „Es stellt sich jetzt heraus, daß es eine Fehlentscheidung war, sich fast völlig auf die Weltraumfahrt zu verlassen und das übrige Raketenprogramm zu vernachlässigen.“ Ziel von „Arianespace“ sei es, mindestens den halben Markt an unbemannten Raumtransportern zu erobern. Gestern erfolgte der nächste Schritt dorthin: Die japanische Firma JCS ist bei den Amerikanern aus- und bei den Europäern eingestiegen, um 1988 einen Fernmeldestatelliten ins All befördern zu lassen.

DER KOMMENTAR

Ein klares Wort

BERNT CONRAD

Die Wurzeln der Angst heißen Desinformation und Mißtrauen. Wer dagegen überzeugend und sachlich-kühl informiert und Vertrauen in seine Kompetenz vermittelt, klappt diese Wurzeln. So wäre das klare Wort zu dem Reaktorunfall nicht erst gestern, sondern schon längst fällig gewesen. Kohl sprach es gestern im Bundestag. Er erfüllte damit einen Bürgeranspruch, dem erste Stellungnahmen aus dem Regierungs- und Koalitionslager nicht gerecht geworden waren.

„Wenn sich der Mensch von Unwägbarern bedroht fühlt, wird er im innersten Kern seiner Existenz getroffen“, sagte der Kanzler. Diese Existenz ist derzeit „kerngespalten“, aber die mediale Halbzeit klingt merkwürdig ab. Dieses Verständnis für einen irrationalen, aber dafür um so tiefer gehenden Schock legitimiert das in einer solchen Situation durchaus nicht leichte Plädoyer für die weitere Nutzung der Kernenergie.

„Die Sicherheit hat Vorrang“, lautet das Credo des Kanzlers. Es war zwar auch schon in den vergangenen dreißig Jahren die Basis der friedlichen Nutzung der Kern-

energie unter allen Bundesregierungen, aber durch seine heutige Bekräftigung erhält es neues Gewicht. Künftig wird man darüber noch strikter wachen. Gerade deshalb ist die Forderung von Grünen und SPD nach einem Ausstieg aus der Atomkraft hektisch, sinnlos und schädlich. Sichere Folge wäre nicht mehr Sicherheit, sondern mit Sicherheit die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Die Gefahren, die von Kernreaktoren in der Sowjetunion und anderen Nachbarländern ausgehen - sie sind schließlich die Ursache der (begründeten) gegenwärtigen Ängste - würden durch die Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke um kein Jota verringert. Diese Feststellung Kohls ist unwiderlegbar.

Daraus resultieren die schon auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio deutlich gewordenen Bemühungen des Kanzlers, das Problem zu internationalisieren. Alle Staaten in West und Ost, die die Kernkraft nutzen, müssen in die Verantwortung für die Sicherheit der Menschen eingebunden werden. Dieser Weg führt aus der Krise der Gefühle heraus.

Entwarnung nun auch in Hessen

DW, Wiesbaden
Fast drei Wochen nach dem Reaktorunfall in der Sowjetunion hat gestern auch die hessische Landesregierung weitgehend Entwarnung gegeben. Der Sozialminister Claus (SPD) teilte mit, von Freitag an dürfe Salat wieder vermarktet werden. Sport und Freizeitaktivitäten im Freien stünde nichts mehr im Wege. Die Belastung der Milch könne nochmals ansteigen, wenn das Vieh wieder auf die Weiden getrieben werde. Der Minister kritisierte erneut die Bundesregierung, die „kläglich versagt“ habe.

Neue Heimat vor Prüfungsausschuß

DW, Bonn
Der Fall des gewerkschaftsfeindlichen Wohnungskonzerns Neue Heimat (NH) soll jetzt auch im Rechnungsprüfungsausschuß des Bundestages behandelt werden. Das beschloß gestern der Haushaltsausschuß. Zur heutigen Bundestagsdebatte über die umstrittene Geschäftspolitik des Konzerns legten die Koalitionsfraktionen und die SPD Entschließungsanträge vor, in denen die DGB als Eigentümer der Neuen Heimat aufgeführt, mit seinem Vermögen bei der Sanierung einzustehen.

Artukovic zum Tode verurteilt

DW, Zagreb
Ein Gericht in Zagreb hat den früheren Innenminister des mit Deutschland im Zweiten Weltkrieg verbündeten Kroatien, Artukovic, zum Tode verurteilt. Dem 86jährigen war die Beteiligung an Völkermord und Massakern an Zivilisten vorgeworfen worden. Der im Februar von den USA nach Jugoslawien ausgelieferte Artukovic hatte im Prozess alle Beschuldigungen zurückgewiesen. Er kann gegen das Urteil Berufung einlegen.

Lebensmittelhandel will Ausgleich

DW, Köln
Nach den Bauern verlangen jetzt auch die Lebensmittelhändler von Bonn Ersatz für Schäden, die ihnen aufgrund der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl entstanden seien. Der Spitzenverband des Handels und die Verbände des Lebensmittelhandels appellieren an die Bundesregierung, „sich ebenso um einen schnellen und unbürokratischen Schadenausgleich zu bemühen, wie er für die Landwirtschaft zugesagt“ worden sei.

Ballett sagt Israel-Reise ab

DW, London
Das königliche Londoner Ballett Sadler's Wells hat beschlossen, eine für nächsten Monat vorgesehene Israel-Reise abzusagen. Die 80 Tänzer fürchten sich vor Terroranschlägen. Premierminister Thatcher vertrat die Auffassung, daß die Israel-Abreise der königlichen Balletts ein indirekter Triumph für den arabischen Terrorismus sei. Frau Thatcher sagte, sie werde ihren Besuch in Israel auf jeden Fall antreten, und zwar schon am 24. Mai (bis 27. Mai) dieses Jahres.

Paris privatisiert Fernsehprogramm

DW, Paris
Die französische Regierung hat sich für die sofortige Privatisierung des ersten Fernsehprogramms (TF1) entschieden. Dies gab Kulturminister François Léotard gestern vor der Nationalversammlung bekannt. Das liberal-konservative Bündnis hatte vor seinem Wahlsieg am 16. März die Privatisierung von zwei der drei staatlichen Fernsehkanäle angekündigt. Die bürgerlichen Parteien hatten jedoch nicht präzisiert, um welche Kanäle es sich handeln solle.

Kanzler Sinowatz kommt in der SPÖ in Bedrängnis

Gratz als Nachfolger? / ÖVP sieht sich als stärkste Kraft im Lande

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Wird Österreichs Bundeskanzler Fred Sinowatz nach einem Sieg des bürgerlichen Kandidaten Kurt Waldheim bei der Stichwahl des Präsidenten am 8. Juni von seinem Amt als SPÖ-Vorsitzender zurücktreten? Und wird er möglicherweise sogar die Kanzlerschaft an den jetzigen Außenminister Leopold Gratz übergeben? Die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ gibt in ihrer gestrigen Ausgabe solchen in sozialistischen Partikeln verbreiteten Gerüchten großen Raum. Danach drohen dem Kanzler nach Scheitern der Anti-Waldheim-Kampagne und nach einem Erfolg Waldheims schwere innerparteiliche Auseinandersetzungen. Die SPÖ-Führung, die - für manche ihrer Kritiker völlig unverständlich - die Präsidentschaftswahl mit einem Vertrauens- oder Mißtrauensvotum für oder gegen die SPÖ gekoppelt hatte, versucht jetzt, durch eine Mobilisierung der letzten Reserven ihr bevorstehendes Schicksal zu wenden. Allerdings werden auch bei SPÖ-Funktionären die Zweifel immer größer, ob der Vor-

sprung, den der bürgerliche Kandidat Waldheim gegenüber seinen sozialistischen Gegenspieler Steyrer errungen hat, realistischerweise überhaupt noch aufzuholen ist.

Nach Meinungsumfragen, die von der ÖVP allerdings geheimgehalten werden (um eine Demobilisierung der eigenen Wähler zu verhindern) soll jetzt Waldheim bei 52 Prozent gegenüber Steyrer mit 44 Prozent stehen. Dies würde bedeuten, daß Waldheim Stimmenanteil sich seit dem 4. Mai um fast drei Prozentpunkte verbessert hat, während Steyrer bei seinem damaligen Stand stagniert. Ein solches Ergebnis nach den Meinungsumfragen sicher nicht nur Steyrer liegt hinter Waldheim zurück. Auch die SPÖ hat ihre jahrelang behauptete Stellung als stärkste politische Kraft Österreichs offenbar verloren. Nach jüngsten Umfragen liegt die SPÖ bei 43 gegenüber 47 Prozent für die ÖVP. Da die FPÖ zur Zeit weit unter fünf Prozent rangiert und ihr Abwärtstrend anhält, hätte die Regierung Sinowatz im Falle von Neuwahlen keine parlamentarische Mehrheit mehr.

Heute in der WELT

Gefahr durch Hysterie

Die Hysterie um die „Strahlenschutztabletten“ hat zu einer gefährlichen Verwirrung von Patienten mit Schilddrüsenhormon-Mangelerscheinungen („Kropf“) geführt. Die Mediziner sehen ihre jahrelange Aufklärungsarbeit gefährdet. Seite 8

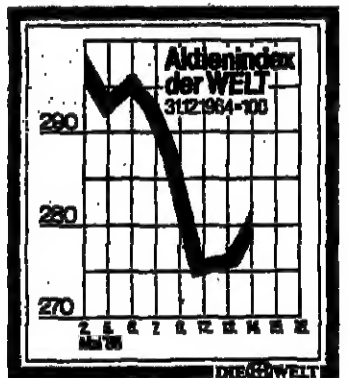
Waigel: Besonnenheit statt Wahltaktik

Lautstark fordern SPD und Grüne nach Tschernobyl den Ausstieg aus der Kernenergie. CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel mahnt zur Besonnenheit: Wir sollten unsere Energiepolitik nicht wahltaktischen Maßstäben unterwerfen. Seite 4

WIRTSCHAFT

„Offensive“: Die selbständigen Unternehmer erwarten von der Bundesregierung, daß in der nächsten Legislaturperiode endlich Ernst gemacht wird mit der „Offensive für mehr Markt“, so vor allem mit dem Subventionsabbau um mindestens 20 bis 25 Milliarden Mark. Alle Steuerzahler sollten gleichermaßen entlastet werden nach dem Motto „Mehr Netto für alle“. (S. 13)

Arbeitsmarktlage: 2,183 (2,174) Mark. Goldpreis je Feinunze 342,45 (342,70) Dollar.



Börsen: Aktienmarkt und Rentenmarkt präsentierten sich gestern kräftig erholt. WELT-Aktienindex 281,63 (274,96). BHF-Rentenindex 106,886 (106,579). BRF-Performance-Index 104,211 (103,839). Dol-

KULTUR

„Zarenbrat“: Mit dem strahlenden Erfolg für Rimski-Korsakows Oper, bei den Wiesbadener Musikfestspielen von der Staatsoper Kiew dargeboten, war es so eine Sache. Die Aufführung zieht sich ziemlich träge dahin: die neuen Kulissen sind abermals aus dem alten Geist entstanden; hohle Gesten, krumme Posen. (S. 23)

Zwischenbilanz: Ein Höhepunkt der Filmfestspiele in Cannes war der Streifen des 37 Jahre alten irischen Schriftstellers und Regisseurs Neil Jordan. Der Film heißt „Mona Lisa“ und spielt an auf Neil King Coles gleichnamigen Roman aus den frühen 50er Jahren; ein Thriller aus der Londoner Unterwelt von heute. (S. 23)

SPORT

Fußball: Schon vor der Weltmeisterschaft in Mexiko steht fest, daß die Einmannhais alle Rekorde schlagen werden. Der internationale Verband rechnet mit einem Gewinn von ungerechnet 100 Millionen Mark. Die Veranstalter mit 180 Millionen. Vor vier Jahren in Spanien waren 78,7 Mio. Mark übriggeblieben. (S. 11)

Amateurboksen: Bei den WM in Reno ist nur noch ein Boxer aus der Bundesrepublik im Wettbewerb, der Fliegengewichtler Wolfgang Kamm. Norbert Nieroba, Reiner Gies und Alexander Künzler unterlagen im Viertelfinale. Erfolgreichster Teilnehmer mit fünf sicheren Medaillen ist schon jetzt die Staffel aus Kuba. (S. 11)

AUS ALLER WELT



Architektur: Glas und mit Aluminium ummantelter Stahl bestimmen das Bild eines neuen Bankgebäudes in Hongkong (Foto). Das schönste Bankgebäude der Welt sollte entstehen. Das Resultat ist ein schmal wirkender Wolkenkratzer, dessen 52 Stockwerke sich 200 Meter hoch in den Himmel recken. (S. 24)

Scheintote: Ärztliche Kunstfehler, Fahrlässigkeit? Das Stuttgarter Innenministerium, mit der statistischen Erhebung „Fahrlässiger Leichenschau“ betraut, registriert immer wieder Scheintote, die ins Krankenhaus und nicht auf den Friedhof gehören. (S. 24)

Leserbriefe und Personalien Seite 6
Umwelt - Forschung - Technik Seite 8
Fernsehen Seite 10
Wetter: Sonnig, teils bedeckt Seite 24

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Am Späthschen Wesen . . .

Von Günter Zehm

Müssen sich unsere Landesfürsten bei „DDR“-Reisen denn immer so weit aus dem Fenster hängen, wie das jetzt wieder Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth getan hat? Seine Äußerungen in Weimar, die CDU habe einen Nachholbedarf bei Kontakten, besonders mit der Ost-CDU, und die beiden deutschen Staaten sollten eine Dolmetscher-Funktion zwischen den Großmächten wahrnehmen, klangen so leer rhetorisch, als habe ihr Urheber geradezu darauf spekuliert, nicht beim Wort genommen zu werden. Man sollte ihn aber gerade deshalb beim Wort nehmen.

Die Ost-CDU ist im Verständnis der SED nichts weiter als ein „Treibriemen“, also nicht einmal ein Pflöcker, der seinem westlichen Gesprächspartner einiges oben Aufgeschnappte zuführen könnte. Mit einem Treibriemen Kontakt aufnehmen zu wollen bedeutet, sich freiwillig zum Antriebsrädchen für irgendwelche Parolen zu machen. Für so etwas sollte sich ein hiesiger CDU-Politiker zu schade sein.

Wirkte das Wort zur Ost-CDU allzu kleinmütig, so das Wort von der Dolmetscher-Funktion allzu großartig. Es suggerierte, daß ausgerechnet die Deutschen, und zwar exklusiv, den Schlüssel für ein besseres Ost-West-Verhältnis in der Tasche hätten, daß sie den anderen Nachhilfeunterricht in politischer Sprache geben könnten. Die Schwierigkeiten im Ost-West-Verhältnis sind aber gar nicht semantischer Natur. Beide Seiten, speziell die sowjetische, verstehen recht gut, worum es geht, nämlich um angemessene Macht in Mitteleuropa und um die Verweigerung von Menschenrechten und nationaler Selbstbestimmung.

Die gemeinsame Aufgabe der Deutschen im geteilten Land besteht nicht darin, andere zu belehren. Sie besteht darin, bei sich selbst das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit wach zu halten, die innerdeutschen Grenzen durchlässig und schließlich frei passierbar zu machen, den Umgang der jeweiligen Obrigkeiten mit ihren Bürgern zu humanisieren, die Russen davon zu überzeugen, daß auch ihnen ein einiges und freies Deutschland letztlich nur nützen würde. Wer diese Aufgabe ernst nimmt, darf sich weder zum Rädchen noch zum Oberlehrer machen.

Verunglückte Retourkutsche

Von Carl Gustaf Ström

Die Milch- oder Trockenmilch-der frommen Denkart beschäftigt seit neuestem Jaruzelskis Regierungssprecher Jerzy Urban. Nachdem es ihm angesichts der radioaktiven Wolke aus dem brüderlichen und nahen Tschernobyl anfangs die Sprache verschlagen hatte - Beobachter fanden ihn bei seinen „atomverseuchten“ Warschauer Pressekonferenzen nervös und mit Schweißtropfen auf der Stirn -, hat er nun seine alte Kondition halbwegs wieder erreicht. Als Antwort auf gewisse Fragen als Dank für eine Hilfsendung von 50 000 Tonnen Milchpulver, die der amerikanische Senat den von der radioaktiven Tschernobyl-Wolke besonders heimgesuchten Polen zur Verfügung stellte, gab er die Lieferung von 50 000 polnischen Schafschäffchen und Wolledecken als Spende der polnischen Regierung für New Yorker Obdachlose bekannt.

Urban sprach nämlich der Trockenmilch-Spende den Charakter eines „aufrichtigen Geschenks“ ab. Das Milchpulver, so der Verwirrungskünstler, sei von „Feindseligkeit verseucht“. Den Mut, die ganze Spende einfach abzulehnen, fand der polnische Regierungssprecher allerdings nicht - denn das hätte in Polen, vor allem aber in den Gebieten mit 500- bis 1000facher radioaktiver Strahlung aus Tschernobyl, möglicherweise zu Protesten geführt. Statt dessen gab es den Einfall mit den Schafschäffchen.

Nur einen Unterschied ließ der polnische Regierungssprecher außer acht: Die New Yorker Obdachlosen mögen frieren - aber sie sind nicht radioaktiv verstrahlt worden.

Bei den polnischen Müttern, die ihren Kleinkindern Milch geben müssen - und die Angst haben, sie könnte radioaktiv verseucht sein -, geht es um jenen Wert, vor dem alle ideologischen Haarspaltereien und alle rhetorischen Kunststücke eines Regierungssprechers verblasen: um das menschliche Leben, um die Gesundheit der Kinder. Deshalb hätte Jerzy Urban diesmal lieber schweigen sollen.

Kein Drang mehr

Von Peter Philipps

So recht zugeben und verkünden will es niemand der Beteiligten, aber es bestehen keine Zweifel mehr: Sowohl die restlichen Sicherheitsgesetze als auch die Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz haben in der Koalitionsrunde am Montag eine Beerdigung dritter Klasse erfahren. Es ging nach dem bekannten Motto: Gibst du (FDP) mir nicht meine Sicherheitsgesetze, gebe ich (CDU/CSU) dir nicht deine Sprecherassessoren.

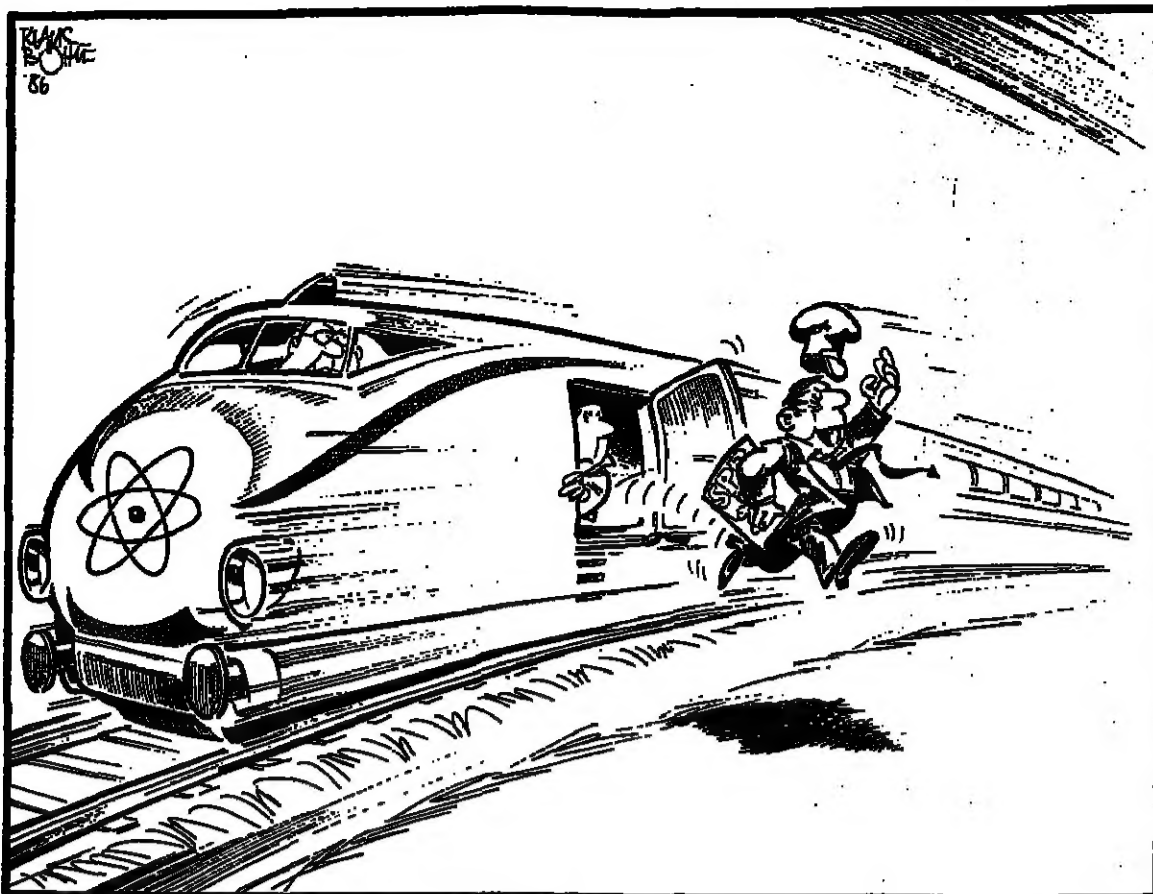
Die offizielle Lesart lautet, daß es „eine Tendenz gibt, nicht mehr auf eine Verabschiedung dieser Gesetze in dieser Legislaturperiode zu drängen“. Man werde die Unterlagen so weitergeben, wie sie jetzt in den Ausschüssen vorliegen - aber gemacht. Die Koalition demonstriert damit zweierlei:

So ganz ernst, wie es nach außen immer dargestellt wurde, kann sie es mit den Gesetzen nicht gemeint haben, so furchtbar dringlich scheinen sie auch nicht zu sein. Denn wenn tatsächlich großer Handlungsbedarf bestünde, hätte man sich zu diesem letzten gesetzgeberischen Kraftakt aufgerafft.

Zweitens erweist sich, daß der Schlussschritt unter die Bilanz dieser Regierung praktisch schon gezogen ist. Aller Augen sind auf die bevorstehenden Wahlkämpfe gerichtet, vor allem auf den bis zum Januar 1987. Jeder Partner will sich auf seine Weise bei seiner, notfalls auch nur vermeintlichen Klientel profilieren.

Doch es bleibt ein merkwürdiger Eindruck zurück: Da bringen zwei Fraktionen gemeinsam Gesetzesentwürfe ein, es distanzieren sich aber jeweils beim Einbringen schon wieder ein Partner davon - und am Ende bleibt nur bedrucktes Papier.

Gewiß, warum sollte sich die Union mit der von der FDP geforderten gesetzlichen Verankerung von Sprecherassessoren im Betriebsverfassungsgesetz (die nicht einmal von den Arbeitgebern gewollt werden) nach dem Krach um den Paragraphen 116 ein weiteres Mal vor der Wahl mit den Gewerkschaften und dem eigenen Arbeitnehmerflügel anlegen? Und warum sollte eine rechtspolitisch mühsam nach Profil suchen der FDP die Möglichkeit verpassen, sich bei den Sicherheitsgesetzen hervorzutun, die ohnehin nicht in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen waren? Nur: Dies alles hätte eine funktionierende Koalition vorher bedacht, ehe das Getriebe in Schwung gesetzt wurde, das jetzt versandet.



„Ich steige aus!“

KLAUS BOHLE

Der Loewen-Anteil der ARD

Von Joachim Neander

Nun werden also auch Rundfunkintendanten samt weiterlaufendem Gehalt aus der Stadt gejagt wie Fußballtrainer. Bei manchem mag die schaurige Lothar-Loewe-Ballade Gefühle des Zorns wecken. Da hat einer also als wackler Journalistengeselle versucht, in einem öffentlich-rechtlichen Sender von ganz oben her etwas zu verändern. Gut, er hat manchmal kräftig danebengebaut. Aber andere, die jahrelang nichts tun, nichts riskieren und nichts bewegen, feiern doch fröhliche Wiederwahl.

Doch der Zorn zielt ins Leere. Einen Mann wie Loewe dorthin zu plazieren, war ein vermeintbarer Irrtum. Und das liegt nicht an Loewe, sondern am System.

Das hat zunächst etwas mit der Branche zu tun. Rundfunk, vor allem aber Fernsehanstalten zählen ihrer inneren Struktur nach zu jenen höchst komplexen Gebilden, die der amerikanischen Unternehmens-Ökonomie Henry Mintzberg im Unterschied zu den Bürokratien „Adhocracy“ nennt. Ein relativ kleines Heer sensibler, selbstbewusster Spezialisten fällt lauter Ad-hoc-Entscheidungen, die nur schwer zu kontrollieren sind. Das System funktioniert nur durch gegenseitige Abstimmung. Unternehmensführung besteht hier nur noch in „weicher“ Koordination, Personalpolitik und Beseitigung von Störungen.

Dies allein wäre aber kein Problem. Doch um dieses technisch und organisatorisch anfällige System herum hat die Weisheit deutscher Medienpolitik die öffentlich-rechtliche Verfassung wie eine Beton-Ummantelung aus Kontrolle, Mitbestimmung, Bürokratie und gegenseitiger Bewachung gelegt. Der Intendant hat es hier nicht nur mit Spezialisten zu tun, sondern außerdem mit einer Hydra aus Aufsichtsorganen, Personalräten, parteigebundenen Freundeskreisen, Gewerkschaften, offenen und geheimen Seilschaften, Rechnungshöfen, Kirchen und Frauengruppen - die meisten dieser Leute unkündbar im Gegensatz zum Intendanten selber.

Intendant heißt, wörtlich übersetzt, Aufseher, Verwalter. Das meint eigentlich auch: im Dienste eines Höheren, der einstige Hoftheater-Intendant bei seinem Fürsten, der Staatstheater-Intendant beim Staat. Der Rundfunk-Intendant

ist Höfing im Dienste Ihrer Majestät der Gesellschaft, die bekanntlich nicht als Person, sondern in gesellschaftlichen Gruppen auftritt.

Was ein Intendant darf und was er nicht darf, ist bei allen Anstalten genau festgelegt. Gleichlautend heißt es, daß der Intendant „leitet“, „vertritt“ und „verantwortlich ist“. Bei einigen Sendern wie beim WDR wird hervorhebend ergänzt: „leitet selbständig“. Beim Hessischen Rundfunk versteht sich der Satzsetzung in grimmig voraussetzender Satire sogar zu dem Satz: „... gestaltet das Programm“.

Die Wirklichkeit wird daran erkennbar, daß zum Beispiel der Intendant von Radio Bremen nur noch eine einzige Personalentscheidung von Wichtigkeit treffen kann, ohne zuvor seine Direktorenkollegen, die Aufsichtsgremien, den Personalrat oder alle drei um Erlaubnis zu fragen: Er kann zurücktreten.

Und was so ein Intendant bei mehreren Fernseh- und Hörfunkprogrammen alles an täglichen Sendungen verantwortet, ahnt er zu seinem Glück nicht einmal. Ein Zettel bekommt er zu sehen, wenn er persönlich (je näher der Wahltermin rückt, desto mehr werden es) Protestbriefe beantwortet muß. Vertrauen muß hier Kontrolle ersetzen. Aber Vertrauen kann man nicht erzwingen, schon gar nicht im Proporz.

Natürlich wird der Intendant dafür, daß er - statt Programm zu gestalten - Reiseanträge gegenzeichnen, Streit im Hause beilegen,

über Arbeitszeitregelungen verhandeln und sich von Sitzung zu Sitzung mit wechselnden Redaktionsmehrheiten und Intrigen herumschlagen muß, gut entschädigt, nicht nur per Gehaltsstreifen, auch durch gesellschaftliches Ansehen und öffentlich-rechtliche Würde. Freilich kommt nur in einer deutschen Rundfunkanstalt der Gedanke entstehen, für ihren jeweils amtierenden Intendanten auf einem Hügel mitten im Baden-Badener Anstaltsgebiet eine Dienstvilla zu errichten, in der er auf Gedeih und Verderb bis zum Ende seiner Amtszeit residieren muß, obwohl er solchermaßen auch Frau und Kinder gegen ihren Willen einer Art betrieblicher Sozialkontrolle unterwirft.

Nun wäre es aber gelogen, würde man behaupten, es gebe in diesem auf der Welt einzigartigen System, in dem die großartigsten journalistischen und künstlerischen Vorhaben gelegentlich an einer Mantelart-Bestimmung für die Beleuchtungskabelhalter zugrunde gehen, keine erfolgreichen, mächtigen oder guten Intendanten. Der lästige Spruch, der gute Intendant unterscheidet sich vom schlechten nur dadurch, daß der eine immer zur richtigen, der andere immer zur falschen Zeit auf Reisen und unerreicher sei, ist eine Halbwahrheit. Aber die erfolgreichen Chefs, die sich aus den Grauslichkeiten des Systems selber Macht und Leitungskompetenz basteln, sind in der Regel keine Journalisten, oder sie haben ihre eigenen schöpferischen Programmideen rechtzeitig in die hinterste Schublade verbannt. Hier ist anders gefragt.

Es gibt Unterschiede. Der eine erinnert eher an einen Artisten, der mehrere sich drehende Teller gleichzeitig balanciert. Der andere meistert die Probleme vielleicht dadurch, daß er seinen Mitarbeitern das dauerhafte Gefühl vermittelt, mit jedem anderen wären sie noch schlechter dran. Wirkliche Intendantennacht und Souveränität sind sehr selten.

Daß die Konstrukteure und Verfechter eines allgegenwärtigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus dem Fall Loewe Lehren ziehen, ist allerdings kaum zu erhoffen. Sie werden vielmehr versuchen, am Ende auch das Privatfernsehen nach ihrer Façon zu ummanteln - sie nennen diesen Beton öffentlich-rechtliches Dach. Lothar Loewe wird nicht das letzte Opfer sein.



Das war es dann: Lothar Loewe geht. FOTO: KLAUS MEINER

IM GESPRÄCH Tobias Dick

Nun der Griff nach Sternen?

Von Dieter Thierbach

Vor knapp vier Jahren, gerade 13jährig, wurde er in der englischen Zeitschrift „Nature“ fündig: „Ich hab' einfach festgestellt müssen, daß auf diesem Gebiet sehr wenig bekannt ist.“ Der 17jährige Tobias Dick aus Heiligenhaus, 20 Kilometer vor den Toren Düsseldorf, heimste sich bei „Jugend forscht“ den Bundespreis in Biologie ein. In einer Computer-Simulation entwickelte er den Aufbau eines wenig bekannten Enzyms. Für seine rein theoretische Arbeit wurde er mit dem Sonderpreis des Bundespräsidenten bedacht.

Der Zwölfklässler eines Düsseldorfer Gymnasiums nutzte seinen Standortvorteil: Nur einen Katzensprung von der elterlichen Wohnung entfernt liegt die Düsseldorfer Universität mit ihrer Fachliteratur. Recherchen auf diesem Gebiet - für Wissenschaftler oft eine gehäbte, dennoch berufsnotwendige Tätigkeit - wurden für Tobias schnell zu etwas völlig Normalem. Da sein holpriges Englisch damals noch nicht reichte, mußte er sich die Texte Stück für Stück erkämpfen: „Anfangs habe ich mich ziemlich durch die Artikel gequält. Als ich dann nach und nach das Fachvokabular beherrschte, lief's flüssiger.“

Im Laufe von zwei Jahren, er selbst nennt es Vorbereitungsphase, hatte er alles gelesen, was über sein Gebiet „gelaufen“ ist. Die letzten einhalb Jahre ging es dann so richtig los. Scheu, sich bei Fachleuten zu erkundigen, hatte er nicht. „Ich bin erst mal in die Unis gegangen, die haben mich dann weitervermittelt. So bin ich stets mit den neuesten Informationen versorgt worden.“

Seine „Lieblinge“ sind eine bestimmte Klasse von Enzymen, die mit dafür sorgen, daß die genetischen Informationen in entsprechende Genprodukte umgesetzt werden. Sein Hauptaugenmerk aus dieser umfangreichen Enzym-Gruppe galt besonders einer Spezies mit dem zungenbrecherischen Namen Tyrosyl-Trans-



Ein Sieger bei „Jugend forscht“: Tobias Dick. FOTO: DE WAT

fer-Ribonucleinsäure-Synthetase. Die schriftliche Arbeit, die er als Conclusio seiner dreijährigen Denk-Phase einreichte, durfte nur 15 Seiten Umfang aufweisen. Die Beschränkung ist ihm schwergefallen, doch „beim Wettbewerb konnte ich mündlich auch die anderen Ergebnisse vorstellen“. Erster Erfolg und Beweis für die von ihm entwickelten Modellvorstellungen: Aufgrund seiner Voraussetzungen konnte ein Teil von einer Londoner Wissenschaftler-Gruppe praktisch nachvollzogen werden.

In 14 Tagen läuft in Oslo ein „Jugendforscht“-Wettbewerb auf Europa-Ebene, für den er nominiert wurde. Und dann? „Danach ist Schluss. Man könnte zwar jetzt meinen, daß ich wüßte, was ich mal beruflich machen“, gibt er lachend zu verstehen. Doch er ist gar nicht sicher, ob er „mal was mit Wissenschaft machen möchte“. Seine Bedenken: „Auf die Dauer nicht ganz unelingschneit dafür eingenommen zu sein.“ Er möchte zwar studieren, die Fachrichtung steht jedoch noch in den Sternen. Vielleicht liegt gerade hier seine Zukunft, denn neben der Leichtathletik begeistert er sich für astronomische Beobachtungen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Allgemeine Zeitung

Die Allgemeine Zeitung kommentiert zum Medien-Strafgesetzentwurf.

Der Entschluß des SPD-regierten Stadtrates Hamburg, doch dem am 20. März unterzeichneten Staatsvertrag der nördlichen CDU-geführten Länder über die Nutzung direkt strahlender Fernsehstationen beizutreten, zeigt, daß Bürgermeister v. Dohnanyi die für Hamburg bedeutsamen Sachinteressen realistisch über die in seiner Partei vorhandenen ideologischen Vorbehalte setzt. . . . Bleibt zu hoffen, daß Hamburgs Beispiel Schule macht und bald auch Nordrhein-Westfalen seine Absicht, die gegenwärtige Situation, die von der Nordschienen-Lösung und dem in dieser Woche unterzeichneten Südtvertrag der Unionsländer Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gekennzeichnet ist, während Hessen, Bremen und das Saarland die Unversehrtheit des öffentlich-rechtlichen Monopols beschwören, kann politisch nur für eine Übergangszeit akzeptiert werden.

SÜDKURIER

Die Südkurier Zeitung meint nur Dänemark.

Wenn eine Regierung in der Bevölkerung Verwirrung zuläßt, nicht bekämpft oder erst erzeugt, wird sie mit Bewertungen von nicht besser als „schwach“ bestraft. Diesen Grundsatz muß sich das Bonner Kabinett einmal mehr beim „Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen PKW“ vorbehalten lassen. Aus dem im Prinzip lobenswerten Gedanken, die Umweltbelastung durch den Autoverkehr mit

Hilfe steuerlicher Anreize zu verringern, hat die Ministerialbürokratie einen kaum noch durchschaubaren Komplex von Verordnungen gemacht. Jetzt ist wieder eine dazu gekommen.

NEUE RUHR ZEITUNG

Die Neue Ruhr Zeitung findet ein Haar im Bier.

In Luxemburg wurde es bierernst: Vor dem Europäischen Gerichtshof streitet die Bundesrepublik Deutschland mit der EG-Kommission um die Zukunft des hierzulande geltenden Bier-Reinheitsgebots. So zumindest will es uns die deutsche Brauerei-Lobby weismachen. Sie läßt nämlich die Biertrinker zwischen Flensburg und Konstanz, die mit einem Jahresdurst von 146 Litern Vier-Weißmeister hinter den Belgiern sind, ihr Lieblingsgetränk heute künftig auch nicht mehr als alte sein. Statt nur aus Wasser, Hefe, Hopfen und Malz wie es im Jahre 1516 der Bayern-Herzog Wilhelm IV. befohl, werde der Gerstensaft künftig aus Hirse, Mais, Melasse und zahlreichen chemischen Schaufflichkeiten bestehen. Dies freilich ist nichts als Propaganda-Schaum der Brauerei-Branche. Denn das Reinheitsgebot nutzt sie vor allem als Mittel, um den heimischen Biermarkt vor unliebsamen ausländischen Konkurrenzern reinzuhalten.

LES ECHOS

Die Pariser Zeitung stellt dem Innenminister ein Unternehmerratsmitglied gegenüber.

Ist es die Regierung, die im Dienste des Landes steht, oder sind es die Unternehmern, die im Dienste der Regierung stehen? . . . Vertrauen läßt sich nun einmal nicht befehlen.

Was heute in Wittenberg an die Kirche geschlagen wird

Religion drüben und der Marxismus-Leninismus / Von Werner Kahl

Der marxistische Religionskritiker Hans Lutter, Philosophie-Professor im mecklenburgischen Güstrow, hat für den kommunistischen Machtbereich das Ende der Religion prophezeit. Diese Meldung, die der Evangelische Pressedienst vor ein paar Tagen verbreitete, verdient es, näher betrachtet zu werden. Denn die These des „DDR“-Atheisten - vor einer großen Zahl theologischer Lehrer und Studenten auf einem Colloquium der Ostberliner Humboldt-Universität verkündet - kommt nicht von ungefähr.

Hinter der Verkündung dieses marxistisch-leninistischen Verständnisses, daß sich das Christentum in absehbarer Zeit in seiner Funktion erschöpft, steckt handfeste Tagespolitik: Gläubige und Seelsorger samt den zum Theologiestudium drängenden Studenten sollen verunsichert werden. Der Führung der SED blieb der Weg rat- und hilfeschender Menschen, besonders jüngerer, unter das Dach

der Kirche nicht verborgen. Ein Indiz für die Stimmung nach dem kürzlichen SED-Parteitag ist ein Aushang in der Schlosskirche zu Wittenberg.

Dort, neben den Thesen Luthers, hängt eine Analyse der Parteitage-Reden. Die Verfasser, die sich als „überregionale Friedensinitiative in der DDR“ bezeichnen, halten der SED vor, daß sie die Glaubwürdigkeit verloren habe. Gegenüber den Kommunisten herrsche ein „Argwohn“. Viele Leute seien der Fließband-Parolen der Partei „müde“.

Die Christen erwarteten von der Führung Beweise, daß sie es mit den Vorschlägen zu Frieden, Abrüstung und Demokratie ernst meine. Die Regierenden mißbrauchten ihre Ämter. . . . Ähnliche Kritik war am vergangenen Sonntag in Weimar zu hören. Beim Gottesdienst in der Kreuzkirche hieß es in der Predigt, daß „immer mehr Menschen den Mut haben, Unmut über Amtsmissbrauch zu äußern“. Ohne den Begriff der „Ausreise

aus der DDR“ zu benutzen, mahnte der Geistliche anhand der Geschichte vom Auszug aus Ägypten, im Lande zu bleiben und den Anspruch auf „Frieden und Freiheit“ zu verwirklichen. Diese Begriffe meidet das kommunistische Regime wie der Teufel das Weihwasser. Die Gotteshäuser in der „DDR“ erweisen sich nach vier Jahrzehnten totalitärer roter Herrschaft, die sich unmittelbar an die Nazi-Diktatur anschloß, als eine zähe Macht.

So verweist der Weimarer Oberkirchenrat Hans Schäfer auf die wieder leicht ansteigenden Zahlen bei den Taufen, nach jahrelanger umgekehrter Tendenz. Knapp die Hälfte der Bewohner der „DDR“ gehört einer Kirche an: sechs bis sieben Millionen Protestanten, 1,2 Millionen Katholiken, und etwa 100 000 sind Mitglieder einer Freikirche. Von den 30- bis 40jährigen weiß jedoch mindestens die Hälfte nichts mehr vom Evangelium. Bei Führungen im Naumburger Dom

werden die Besucher deshalb stets gefragt, ob ihnen die Passionsgeschichte bekannt ist.

1977 hatte die Veröffentlichung des Entwurfs eines SED-Parteitags-Programms tiefe Sorge ausgelöst. Darin waren die Grundrechte der Verfassung ohne Glaubens- und Gewissensfreiheit verzeichnet. Mit Erfolg forderte daraufhin der Kirchenbund eine Korrektur. Bei einer Zusammenkunft von SED-Generalsekretär Honecker mit dem Vorstand des Kirchenbundes wurde im März 1978 eine Generalklausel vereinbart: die eigenständige gesellschaftliche Anerkennung der Kirchen im Sozialismus. Mit „freiwilliger Toleranz“ seitens der zuständigen Staatsorgane können die Gemeinden jedoch nicht rechnen.

Ihre Rechte müssen jeweils konkret eingefordert werden. Die SED-Führung verzichtete zwar darauf, die Kirche zu „sozialisieren“, richtete jedoch zugleich die Erwartung an Amtsträger und

Laien, „in Dienst und Zeugnis die Deutsche Demokratische Republik allseitig weiter zu stärken“ (Paul Vermer). Die Kirche erkennt ihrerseits „den kommunistischen Staat als Obrigkeit“ an (Oberkirchenrat Hans Schäfer). Was die jüngste Totsagung angeht, so gab sich der thüringische Theologe zuversichtlich, daß die Kirche die Propheten des Atheismus überdauern werde.

Vor einiger Zeit noch rechneten „DDR“-Gesellschaftswissenschaftler mit 300 bis 400 Jahren konkurrierenden Zusammenlebens mit der Kirche. Um diese Zeitspanne im Bewußtsein der Menschen drüben zu verkürzen, ließ nunmehr die Partei erneut die These vom Absterben der Religion verkünden. In Ost-Berlin wie in Moskau dürfte es jedoch kaum einen Zweifel geben, daß der Kommunismus in Mitteleuropa auf eine abendliche Kirche gestoßen ist, die nicht nach Maßstäben des Marxismus-Leninismus „liquidiert“ werden kann.

Kunstfehler, Schlamperei oder ungerechte Vorwürfe?

Er war ein angesehener Orthopäde und Chefarzt eines Hamburger Krankenhauses. Heute steht Rapprecht Bernbeck als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss, der unter anderem darüber befinden soll, ob er Kunstfehler begangen hat.

Von GISELA SCHÜTTE

Spannung, Neugier, Schadenfreude, Beklemmung, auch Haß prägen die Atmosphäre im Plenarsaal des Hamburger Rathauses. Abschirmung von Sicherheitskräften, begleitet von seinem Anwalt, betritt am Dienstagabend die Hauptperson die Bühne: der Orthopäde Professor Dr. Dr. Rapprecht Bernbeck. Der 66jährige soll als Zeuge im parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Orthopädie AK Hamburg“ gehört werden. Erklärt werden sollen mögliche ärztliche Kunstfehler, untersucht wird eventuelle behördliche Trübsal bei der Sanierung schwerer baulicher Mängel in der Klinik, und nicht zuletzt geht es auch um „Versäumnisse“ bei der Regelung von Schadenersatzforderungen.

Politische Kontroversen im Ausschuss und persönliche Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und den Gegnern des Arztes, die in einer Patienten-Initiative um materielle Wiedergutmachung für Behandlungsfehler kämpfen, erschweren die Wahrheitsfindung.

Etwas 150 Zuschauer drängen sich bei der Zeugenanhörung auf den rückwärtigen Bänken und auf den Emporen, in sicherer Distanz zum Arzt, der bereits einen Aussageverweigerungsbescheid erhalten hat. Er hat seine Sicherheit besorgt, läßt er seinen Anwalt mitteilen. Dabei mag man ihm Angst gar nicht zutrauen, so wie er mit verschlossenem Gesicht und starrem Blick, hager, grauhaarig, mit buschigen Augenbrauen, den Ansturm der Fotografen stehend und scheinbar ungehört erduldet. Er sieht sich nicht um, bringt das Protokoll in Schwierigkeiten, weil er dem Mikrophon ausweicht, um den fragenden Parlamentarier ins Auge zu sehen.

Er, der Orthopäde mit der dreifachen chirurgischen Fachausbildung und dem dreifachen Doktorgrad, der als Sohn eines königlich-bayerischen Forstassessors in Schleswig-Holstein geboren wurde, fuhr im Krieg auf einem U-Boot - das Abzeichen unter dem Revers zeigt er stolz. Und die aufrechte Haltung, der knappe Ton, die laute Stimme und die häufige Ungeduld des Befehlsgewohnten geben ihm auch mehr als 40 Jahre nach Kriegsende etwas Militärisches.

Einen Untersuchungsausschuss wie diesen hat es in Hamburg noch nicht gegeben. Die Parlamentarier mußten sich seit Herbst vergangenen Jahres in schwierige Details ärztlicher Behandlungsmethoden einarbeiten, Fragen der Krankheitsgeschichte und Infektionsgefahren einschätzen lernen. Sie hatten mit Zeugen zu tun, die absichtslos politischer Verantwortung persönlich betroffen, ja geschädigt waren, Zeugen, die nicht zu sachlicher Aussage in der Lage waren, die nach oder trotz ärztlicher Behandlung am Stock gehen, an Krücken, die im Rollstuhl sitzen, ohne Hoffnung auf Besserung, die weinten.

Ein solcher Wirbel wie der um die Barmbecker Orthopädie und ihren ehemaligen Chefarzt ist ebenso ohne Beispiel. Seit Januar 1984 haben sich



In Rollstühlen und mit Krücken: Die „Opfer“ beobachten den Auftritt des Professor Dr. Bernbeck. FOTO: JOCHEN KÖRNER

bei der Gesundheitsbehörde in Hamburg 186 Patienten aus der Klinik gemeldet, die Wiedergutmachung für Behandlungsfehler fordern. Ungläubigkeit und Ratlosigkeit brachten die Untersuchung nur schleppend in Gang. Gutachter wurden bestellt, Gutachten präsentiert, überprüft und wieder verworfen.

Über 40 Patienten haben inzwischen Geld bekommen, Abschlagszahlungen oder Entschädigungen. Ein junges Mädchen erhielt die höchste Abfindung, die in einem Kunstfehlerstreit in Deutschland bisher gezahlt wurde - über 600 000 Mark. Nach einer Knieoperation saß sie monatelang im Rollstuhl. Die Folgen des Eingriffs sind irreparabel.

Bei der Aussage des Arztes an diesem Abend im Hamburger Rathaus werden Spannung und Emotionen unter den Zuschauern nur mühsam unterdrückt. Auch der Zeuge wirkt anfangs verkrampft. Dann weist er unmißverständlich die Kritik an seinen Operationsmethoden zurück, unterstreicht das stete Bemühen um die bestmögliche Behandlungsmethode, betont, daß trotz der baulichen Mängel, gegen die er zusammen mit seinen Kollegen jahrelang vergebens bei der Gesundheitsbehörde protestiert hatte, die Patienten nicht in Gefahr gewesen seien.

Wie in einem dürrigen Feldlazarett

Dabei hatte es erschreckende Berichte von Patienten vor dem Ausschuss gegeben über einen rüden Umgangston des Chefarztes, der nach nicht erfolgreicher Behandlung die Kranken mit Nichtbeachtung gestraft haben soll. Da stehen in den Akten Details über bauliche Zustände nach Art eines dürrigen Feldlazaretts - zeitweilig regnete es in den Operationsaal, vor dessen Tür der Rollstuhl für Patienten, Besucher, Putzfrauen und Essenskarren endete; Schleusen gab es nicht.

Bei geöffneter Tür, so Zeugen, konnten Besucher auf den OP-Tisch sehen. Unvollständige Krankenakten, fehlende Röntgenbilder, haarsträubende Kritik von ärztlichen Zeugen, die eine Schienbein-Operation des Orthopäden im Nachhinein auf dem Röntgenbild als „Trümmerbruch“ eingestuft hatten, gutachterliche Aussagen über beispiellosen ärztlichen Pusch und im Hinter-

grund die Zuschauer im Rollstuhl - das ist die eine Seite der Fakten, die der Ausschuss gesammelt hat.

Auf der anderen Seite steht der internationale Ruf als orthopädisches As, das mehrere Hamburger Senatoren behandelte, Erfolgsberichte von fast 40 000 gelungenen Operationen während der Dienstzeit des Orthopäden zwischen 1963 und 1981, der gerade rührende Einsatz für die Contingent-Kinder, die Tätigkeit als Behinderten-Arzt, die Anhänglichkeit und Ergebenheit von Patienten, denen der Professor half, und die Loyalität ehemaliger Mitarbeiter.

Was ist die Wahrheit, oder stimmen beide Bilder? Der Ausschuss soll über Verantwortlichkeiten und Versagen entscheiden. In allgemeinen Fragen von Hygiene widerspricht Bernbeck kritischen Aussagen früherer Zeugen. Auf einen Disput über die von ihm entwickelte, umstrittene Methode der Hüftoperation hat er sich bestens vorbereitet: Der Arzt demonstriert das Verfahren mit Knochenmodellen aus dem Aktinkoffer. Auf aggressive, vorwurfsvolle Fragen der Ausschussmitglieder reagiert er unwirsch.

Aber gerade diese Unverbindlichkeit bringt ihm, in Grenzen, auch bei Kritikern unerwartete Anerkennung ein: Er hat sich nicht gedrückt vor diesem unangenehmen Auftritt (wie viele erwarteten), nicht versucht, durch verbindliches Gebärde um Sympathie zu werben. So wie der Professor sich im Ausschuss gibt, erklärt sich gleichzeitig die Anhänglichkeit seiner Bewunderer und die Abneigung seiner Gegner.

Als nach vierstündiger Vernehmung Details aus Krankengeschichten zur Sprache kommen, schaltet sich Bernbecks Anwalt ein. Der fast 70jährige Zeuge habe ein Attest, nach dem ihm längere Befragung nicht zuzumuten sei. Er sei zu weiteren Auskünften, aber nur bei vollständiger Aktenvorlage, bereit, heißt es.

Denn im Einzelfall geht es nicht nur um Schadenersatz, sondern auch um eine Reihe von Ermittlungsverfahren bei der Hamburger Staatsanwaltschaft: Etliche Patienten haben den Orthopäden wegen Körperverletzung angezeigt. Als der Arzt mit seinen Bewachern in einen Nebenraum eilt, löst sich die Spannung im Saal. „Pui, pui“, rufen Patienten. Sie sind davon überzeugt, daß sich der Zeuge jetzt drücken will.

„Fresno - Kardinal der Versöhnung“

Die katholische Kirche in Chile geht auf Distanz zur Regierung Pinochet. Kardinal Juan Francisco Fresno prangert öffentlich Menschenrechtsverletzungen an. Doch er wirft die Tür zum Regime nicht zu: Gemeinsam mit gemäßigten Oppositionsgruppen bemüht er sich um einen Dialog.

Von WERNER THOMAS

Die Frau des Präsidenten atmet erleichtert auf. „Ein Geschenk des Himmels“, sagte Lucia Hiriart de Pinochet. Der Grund für diese Danksagung: Der konservative Geistliche Juan Francisco Fresno war gerade vom Papst zum neuen Erzbischof Santiago berufen worden, als Nachfolger des „roten Kardinals“ Raúl Silva Henríquez. Heute, drei Jahre später, urteilt die erste Dame Chiles anders über den Kirchenführer. Öffentlich bekundet sie ihre „Rückkehr“.

Juan Francisco Fresno (71) inzwischen zum Kardinal erhoben, steht im öffentlichen Rampenlicht wie sein Amtsvorgänger. Er spielt jedoch eine noch einflussreichere Rolle, weil er eine breitere Unterstützung in der Bevölkerung genießt. Sein Integrations-talent und sein vorsichtiges Verhalten beeindruckt inzwischen viele seiner ehemaligen Kritiker.

Der stämmige Mann mit den weißen Haaren und den robusten Gesichtszügen ist eine imponierende Persönlichkeit. Es gibt in Lateinamerika nur noch einen Kirchenfürsten, der eine ähnliche Ausstrahlungskraft besitzt: der Nicaraguaner Miguel Obando y Bravo.

Die Leser der Zeitung „Las Últimas Noticias“ wählten Fresno Ende 1985 zum „Mann des Jahres“. Die Zeitschrift „Hoy“ verlieh ihm diesen Titel ohne Abstimmung.

Beide Kardinals, Obando y Bravo und Fresno, bestreiten ein politisches Engagement. Sie sind aber, freiwillig oder unfreiwillig, die wichtigsten Kontrahenten ihrer jeweiligen Regierungen geworden, die ideologisch das linke beziehungsweise das rechte Lateinamerika repräsentieren.

Juan Francisco Fresno übernahm 1983 die Führung einer politisierten Kirche, die er entpolitisierten wollte. Damals begann jedoch die blutige Demonstrationen gegen das Pinochet-Regime, auf die der General un-

terschiedlich reagierte. Einmal zeigte er Dialogbereitschaft, dann drohte er mit einer Politik der „harten Hand“. Gelegentlich herrschte ein rigoroser Ausnahmezustand.

Schon Ende 1983 wurde immer deutlicher, daß die Kluft zwischen der Regierung und der Opposition nicht zu überbrücken war. Die Opposition forderte den sofortigen Rücktritt Pinochets. Der pochte dagegen auf die Verfassung aus dem Jahr 1980, die ihm eine Amtszeit bis mindestens 1989 garantierte. „Die Verfassung steht nicht zur Disposition“, erklärte er damals.

Da kam Augusto Pinochet, nach eigenen Aussagen ein gläubiger Katholik, mit der Kirche in Konflikt: weil er sich an die Macht krallte und weil er sich diese Macht mit repressiven Methoden sicherte.

Kardinal Silva Henríquez und die meisten Bischöfe hatten im September 1973 noch den Militärputsch gegen die marxistische Allende-Regierung unterstützt. Ihre Einstellung zu Pinochet änderte sich jedoch, als sie sahen, wie er regierte, und als sie erkannten, daß der General kein Übergangspräsident sein wollte.

1976 ließ Silva Henríquez die Menschenrechtskommission „Vikariat der Solidarität“ gründen, die der General von Anfang an als „politisches Instrument“ verurteilt hat und die ihm äußerst unangenehm war. Denn in ihrem Büro registrierte sie Mordfälle, Entführungen und Folterungen - und publizierte ihr Material in der ganzen Welt.

Pinochet warf den dort tätigen Priestern marxistische Gesinnung vor. „Sie sind kommunistischer als die Kommunisten.“ Aktionen gegen das Vikariat verschärften die Lage.

Im März vergangenen Jahres wurden drei Regimegegner mit abgetrennten Köpfen in der Nähe des Pudahuel-Flughafens gefunden, unter ihnen der marxistische Soziologe José Manuel Parada, ein Vikariat-Vertreter. Mitglieder der Carabinero-Polizei müssen sich jetzt für dieses Verbrechen verantworten.

Vor diesem Hintergrund fiel es Fresno immer

schwerer, Makler zu sein. Schon 1984, nicht ganz ein Jahr nach seiner Amtseinführung, geriet er zwischen die Fronten. Als vier des Terrorismus verdächtige Jugendliche auf das Gelände der Nuntiatur flüchteten und die Pinochet-Regierung auch nach einem päpstlichen Appell keine Ausreisegenehmigung erteilen wollte, kritisierte Fresno öffentlich den General. Als die Regierung schließlich freies Geleit gewährte, zögerte Fresno - noch immer um Ausgleich bemüht - den Priester Rafael Maroto, der in der Zeitung „El Mercurio“ die marxistische Rebellengruppe „Bewegung der revolutionären Linken“ (MIR) verteidigt. Sie kämpfte für die „bessere Demokratie“. Der Erzbischof entband den MIR-Freund vom Gemeindedienst.

Rechte Kreise beschmierten jedoch die Kirchen und den Amtssitz des Kardinals mit Slogans wie „Viva Pinochet“ und „Rote Kurie“. Die Auseinandersetzungen verschärften sich, als in der zweiten Hälfte des Jahres 1984 der französische Priester André Jarlan in Santiago bei schweren Unruhen von Sicherheitskräften erschossen wurde. Fresno erklärte: „Eine Schande für Chile.“ Er zelebrierte eine emotionsgeladene Totenmesse.

Dann weigerte sich die Regierung, den damaligen Vikariats-Vorsitzen-



Überwachung für Pinochet: Kardinal Juan Francisco Fresno. FOTO: STUDIO X

den Ignacio Gutierrez, einen spanischen Priester, von einer Auslandsreise zurückkehren zu lassen. Der Kardinal: „Ein erster Schritt, den ich nicht akzeptieren kann.“ Junta-Mitglied General Fernando Matthei, der Luftwaffenkommandeur, konstatierte: „Die Beziehungen zur katholischen Kirche waren nie kälter.“

Im vergangenen Jahr, als die Welle der Gewalt eskalierte und die oppositionellen Parteien ein Bild totaler Zerstörung boten, übernahm der Kardinal eine Vermittlerrolle zwischen ihnen. Unter seiner Regie entstand das Ende August von elf nicht-marxistischen Parteien unterzeichnete „Nationale Abkommen für den Übergang zur vollen Demokratie“.

Ein diplomatisch formuliertes Dokument, das nicht Pinochets umgehende Demission forderte, sondern einen stufenweisen Übergang zu demokratischen Verhältnissen empfahl. Der General wies den „Acuerdo Nacional“ zwar nicht zurück, er wollte ihn aber auch nicht als Verhandlungsgrundlage akzeptieren. Er will nicht verhandeln.

Fresno läßt sich nicht entmutigen. Er verschönt, im Gegensatz zu vier sehr viel radikaleren Bischöfen, den Präsidenten mit persönlicher Kritik. Er sucht weiter das Gespräch mit ihm. Kurz vor Weihnachten und kurz nach Ostern führten die beiden ein Gespräch unter vier Augen im Moneda-Palast. Bei aller Gesprächsbereitschaft scheut sich der Kardinal aber nicht, seine Stimme gegen die Regierung zu erheben.

Als Sicherheitskräfte Anfang Mai mehrere tausend Chilenen in den Arbeiterbezirken vorübergehend festnahmen, protestierte er energisch. „Solche Aktionen verletzen die Würde des Menschen und die Rechte der ärmsten Bevölkerungsschichten.“

Die Bischofskonferenz veröffentlichte Ende vergangenen Jahres eine „Pastorale Orientierung für 1986 bis 1989“. Darin wird die staatliche und terroristische Gewalttätigkeit verurteilt und der Wunsch nach einer Veränderung der Machtverhältnisse geäußert. „Die Kirche vertraut in die demokratische Ordnung.“

Juan Francisco Fresno hat trotz aller Probleme die Hoffnung auf friedliche Lösungen nicht aufgegeben. Seine Bewunderer haben an Hauswänden in Santiago einen Slogan gemalt, den er gerne liest: „Fresno - Kardinal der Versöhnung.“

Volvo, der heimliche König im Königreich

Wie eine Krake zieht der schwedische Konzern Volvo Firmen im Lande an sich. Innerhalb von fünf Jahren vergrößerte sich die Zahl der kontrollierten Firmen. Jetzt gelang ein neuer Coup: der Einstieg in die Biotechnik.

Von GOTTFRIED MEHNER

Vor wenigen Jahren noch gab es kaum eine Wirtschaftsregion, in der Geldgüter und Finanzemportkumlinge so chancenlos antraten wie in Schweden. Sie alle scheiterten am übermächtigen Wallenberg-Imperium, das alle entscheidenden Schaltstellen leise und effizient kontrollierte und verteidigte. Mittlerweile müssen sich die Schweden aber nicht mehr in der Fernsehwelt des Texas-Fischings J. R. entföhren lassen, um eine Ahnung von Macht und Finanzkraft zu erhalten: nach dem Tode des Finanzmagnaten Marcus Wallenberg zogen auch an der Stockholmer Börse teilweise Wildwestmanieren ein.

Hauptakteure: eine Handvoll Finanzemportkumlinge, deren Namen außerhalb Schwedens kaum eine Rolle spielen. Aber auch diverse schwedische Multinationals, ganz vorne mit dabei: Volvo.

Volvo wird teilweise noch als Hersteller der „Welt schnellsten Traktoren“ belächelt, gemeint sind die robu-

sten Pkw. Setzt man die Produktionszahlen etwa ins Verhältnis zu großen europäischen oder amerikanischen Anbietern, so überflutet einen alles andere als ehrfürchtvolle Schauer: die Volvo-Zahlen produzieren die Großen der Automobilbranche an einigen Nachmittagen.

Aber für skandinavische Verhältnisse ist Volvo ein Gigant, der ein so erdrückendes Gewicht entfaltet, als ob - dies zur Illustration - Mercedes, Nestlé, Ciba Geigy, die BHF-Bank, Holsten und Aral zu einem Konzern gehörten. Volvo steht für elf Prozent des schwedischen Bruttoinlandsprodukts beziehungsweise für 12,5 Prozent aller exportierten schwedischen Exportwerte.

Wann immer in Schweden einer ein Bier oder eine Flasche Mineralwasser aufnimmt, mittels Fertiggerichten, Konserven, Tiefkühlkost, Fleisch oder Würstchen sein Mittagmahl bestreicht: die Chancen sind groß, daß auch Volvo mitverdient.

Neben dem Energie- und Nahrungsmittelsektor hat sich Volvo auch ganz vorne in der Pharma- und Medizintechnik platziert. Jetzt glückte die Übernahme des Soneson-Konzerns, aus dessen Gruppenteilen Volvo einen Biotechnikkonzern zusammenfügen will.

Im Königreich Schweden ist Volvo längst selbst ein kleines Königreich. Wenn Chef Per Gyllenhammar einlädt, dann entfalten sich im soziale-

demokratischen Schweden noch höfische Zeremonie, stehen die in Politik und Wirtschaft Einflußreichen Schlange. Auch Henry Kissinger gibt sich öfters ein Stelldichein. Der Hausherr trägt übrigens an beiden Handgelenken eine Uhr: manche sehen darin den Versuch, sich über die Zeit hinwegsetzen zu wollen.

Trotz der unbestrittenen Erfolge, die auch dem Lande nutzen, wird im Lande immer häufiger kritisch die Frage gestellt: Wer kontrolliert eigentlich Volvo? Die Eigentümerstruktur der Volvo Aktiengesellschaft ist so atomisiert (160 000 Aktionäre), daß das Management weitgehend von außen unbehelligt schalten und walten kann. Management? Bei Volvo hat allein Gyllenhammar das Heft in der Hand. Und dessen Entscheidungen sind in letzter Zeit nicht immer ohne Kritik geblieben.

Mitte 1987 werden zwei Spitzenmanager bei Volvo die Stühle räumen. Eigenartige Dimensionen erhält das im Zeichen des „Generationenwechsels“ angestrebte Führungskarussell aber dadurch, daß Håkan Frisinger (57) Nachfolger gleichaltig und der Nachfolger von Ulf Linden (48) vier Jahre älter ist.

Wo Rauch ist, ist auch Feuer: Volvo, dies zur Vorgeschichte, war in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ein Unternehmen in der Krise: mißglickte Modellpolitik und fehlschlagende Kooperationen lösten einander ab. In

dieser Situation übernahm Frisinger. Er setzte die Konzentration auf teure, exklusive und qualitativ hochwertige Limousinen durch. Dies entpuppte sich als visionär.

Lindens Job war die Pflege des Diversifikationsbereiches. Als er 1981 zum Konzern stieß, umfaßte dieser Bereich gerade drei Gesellschaften mit 800 Angestellten. Heute werden direkt 15 börsennotierte Gesellschaften mit etwa 17 000 Angestellten kontrolliert. Volvo kann alle „menschlichen Grundbedürfnisse“ erfüllen. Mißmanagement dürfte also als Motiv für den Abgang ausfallen.

Was Gyllenhammars Renommee nachhaltig ramponierte und auch ein Ende seiner Machtfülle signalisierte, war eine Kooperation im Alleingang mit dem Senkrechtsratgeber, so meinen Beobachter, „windigen“ Firma Fermenta. Im Januar wollten Volvo und Fermenta bei der Neuordnung der schwedischen Pharma- und Biotechnikindustrie kooperieren. Volvo zog sich aber von dieser Abmachung zurück, als rüber wurde, daß Fermenta-Chef el-Sayed bei der Aufnahme einer Privatanleihe gegenüber den Anlegern vollmundig unwahre Angaben über seine akademischen Qualifikationen (er hatte keine) gemacht hatte. Obwohl Gyllenhammar es zuerst abgestritten hatte, wurde später offenbar, daß Volvo sich mit 300 Millionen Kronen aus diesem Ziel freikaufen mußte.

Geld ertragreich und solide anlegen: Mit Bundesobligationen.

Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit mög-

lich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche



Nominalzins 5,50 %
Ausgabekurs 99,60 %
Rendite 5,59 %
Laufzeit 5 Jahre
Stand: 14. 5. 1986

Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Tel. (069) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr“ unter Tel. (069) 5 97 01 41 angesagt.

Bitte einsenden an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 10 04 61, 6000 Frankfurt 1. Sie erhalten ausführliches Informationsmaterial.

Name
Straße
PLZ/Ort

Bundesobligationen

WELT-Serie Die „Außenpolitik“ der Länder (II.): Hamburg

Mit hanseatischem Ehrgeiz wird auch schon mal antichambriert

Von HERBERT SCHÜTTE

Wir sind aufeinander angewiesen“, begrüßte Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi Anfang dieser Woche rund 1000 Gäste beim traditionellen Mai-Empfang des Senats für das Konsularkorps. Er machte eine „neue Öffnung“ der Stadt mit beachtlichen Erfolgen aus. Zwar ist das „Abenteuer von Seefahrt und Handel“ verblaßt, von dem der portugiesische Außenminister Pedro Pires de Miranda kürzlich mit Blick auf die Gemeinsamkeiten in der Geschichte seines Landes und der Hansestadt beim „Matthia-Mahl“ in Hamburg sprach.

Dafür ist ein Stück Außenpolitik – vornehmlich als Akquisitions-Politik – hinzugekommen. Welches Bundesland hätte eine bessere Legitimation dazu als die Hansestadt, die sich in der Präambel ihrer Verfassung die Aufgabe zugewiesen hat: „Sie will im Geiste des Friedens Mitleiden zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein“.

Der Begriff „Außenpolitik“ steht in dem Stadtstaat, der das Matthia-Mahl vor mehr als 600 Jahren einmal zu Ehren der „Hamburg wohlgesonnenen Mächte“ eingeführt hat, heute für wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit. Hier hat Hamburg beträchtliche Erfolge vorzuweisen: Die Volksrepublik China wählte die Hansestadt zum Standort für ihr westeuropäisches Außenhandelszentrum, die Hansestadt ist damit die Drehscheibe Pekings für die wirtschaftlichen Aktivitäten im westeuropäischen EG-Raum.

Wilhelm Haferkamp als Repräsentant in Brüssel

Der Senat hat wiederum mit der Wirtschaftsregion Shanghai eine enge Zusammenarbeit vereinbart. Die Hansestadt war auch die erste, die in Brüssel ein eigenes Büro eröffnete und im ehemaligen Vizepräsidenten der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, einen der besten Kenner des EG-Apparats als Repräsentanten gewann.

Inzwischen ist das Hamburger Büro dabei, sich eine angemessene Beteiligung am „Esprit“-II-Projekt

zu sichern. Das Projekt mit dem Schwerpunkt Informationstechnologie ist mit 6 Milliarden Mark ausgestattet, nach dem jüngsten Stand der gegenwärtig laufenden Vorberichtsphase haben rund 20 Firmen und Institute aus Hamburg und der weiteren Umgebung eine Chance, an dem Forschungsprogramm beteiligt zu werden.

„Akquisition“ heißt heute das Schlüsselwort für die Beziehungen Hamburgs nach draußen, eines Stadtstaates, dessen Kaufleute schon vor mehr als 100 Jahren in Afrika, Ostasien und Südamerika Türen geöffnet haben. Hamburg braucht sich also draußen nicht erst vorzustellen, doch es muß alte Be-



ziehungen sorgsam pflegen. Ein Pluspunkt ist die Funktion als führender Außenhandelsplatz der Bundesrepublik. Damit ist Hamburgs Stellung als Konsularplatz Nummer eins erklärt, mit 76 ausländischen Vertretungen steht die Hansestadt sogar nach New York an der Spitze der Welt.

Akquisition – das drückt sich auch in 30 Auslandsreisen aus, die Senatsmitglieder im letzten Jahr unternahmen. Hamburgs ehemaliger „Chef-Akquisiteur“ Harald Schulze – er war viele Jahre Staatsrat (Staatssekretär) der Wirtschaftsbehörde, ehe er zum Präsidenten des Rechnungshofes berufen wurde – brachte seine Erfahrungen auf die Formel: „Man kommt selten nach Hamburg zurück und kann sagen: Diese Firmen-Ansiedlung habe ich im Sack.“ Vor allem in Japan muß man viel Geduld haben.

Schulze brachte sie auf, er war fünfmal für den Senat in Japan. Mit dem Ergebnis, daß bedeutende japanische Elektronik-Unternehmen heute große Niederlassungen in der Hansestadt unterhalten. Schulze: „Man darf sich für nichts zu schade sein, Antichambrieren gehört zum Geschäft.“

Der hanseatische Chef-Akquisiteur konnte sich auf die Vorarbeit des Hamburg-Büros in Tokio stützen. Auch in New York besteht eine ähnliche Vertretung. Die Handelskammer verfügt über ein eigenes Büro in Brüssel (gemeinsam mit Bremen), eine Handelskammer, die den Senatsbemühungen mit ihrer Potenz ebenso wie mit den unzählbaren Erfahrungen großer Außenhandelsfirmen Rückendeckung gibt. Fast an allen großen Delegationsreisen der Stadtstaat-Regierung ist die Kammer beteiligt.

Außenpolitik zum Nutzen der Stadt und des Staates

Kein Wunder, wenn sich immer wieder Bonner Diplomaten, bevor sie ihren Posten an einer deutschen Auslandsmission in einem jungen Staate Afrikas oder Südasiens ansetzen, bei der Kammer informieren.

Hamburgs Bürgermeister, Klaus von Dohnanyi, sieht als ehemaliger Staatsminister im Auswärtigen Amt in der Pflege auswärtiger Beziehungen ein Feld, das ebenso von der Verfassung des Stadtstaates wie von seinen persönlichen Neigungen geprägt ist. Zudem brachte er ein Netz persönlicher auswärtiger Beziehungen mit in sein Hamburger Amt.

Dohnanyi, der ein Buch über Japan geschrieben hat, erkennt in den Hamburger Aktivitäten gegenüber dem Ausland – Besuche der Hamburger Bürgermeister, Gegenbesuche von Politikern aus vielen Ländern, das traditionell starke Konsularkorps – eine Förderung der „Außenpolitischen Zielsetzung zum Nutzen der Stadt und zum Vorteil der Bundesrepublik Deutschland“.

Erst kürzlich hat das Rathaus Hamburgs sein außenpolitisches Interesse bekräftigt: Der EG-Beitritt von Spanien und Portugal war Grund für den Senatsbeschluss, im September „Ibero-Amerikanische Wochen“ zu veranstalten. Dabei sollen die wirtschaftspolitischen Themen und die Kultur Ibero-Amerikas im Mittelpunkt stehen. Der Senat stellte dafür 350 000 Mark zur Verfügung. Auch wenn der Etat-Titel „Standortförderung“ heißt, ist dies zweifellos ein Stück Außenpolitik.

Will Späth auch Kontakte zur Ost-CDU?

dpa, Weimar

Der baden-württembergische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Lothar Späth hat seine Bereitschaft signalisiert, ohne Vorbehalte mit allen Verantwortlichen in der „DDR“ Kontakte aufzunehmen. Dabei schloß er die CDU in der „DDR“ nicht ausdrücklich aus. Bei einem Gespräch mit Journalisten in Weimar antwortete Späth auf die Frage, ob er sich auch Kontakte zwischen seiner Partei und der gleichnamigen Organisation in Mitteldeutschland vorstellen könne, man müsse zu Gesprächen mit allen bereit sein, die in der „DDR“ Verantwortung tragen. Gleichzeitig sprach er sich gegen jede Einmischung bei der Suche nach Gesprächsmöglichkeiten aus. Seine Partei, so der stellvertretende Ministerpräsident, habe „ein wenig Nachholbedarf an solchen Kontakten“.

Späth, der bei seinem Aufenthalt in Weimar von der CDU in der „DDR“ angeführten Oberbürgermeister Gerhard Baumgärtel begleitet worden war, verteilte die Auffassung, daß umso mehr Vertrauen entstehen könne, je enger wirtschaftliche, kulturelle und persönliche Verbindungen seien.

Gestern fuhr Späth von Weimar nach Dresden weiter. Dort standen unter anderem Gespräche beim Rat des Bezirks und in der Technischen Universität auf dem Programm. Zum Abschluß seiner vierstägigen Reise durch die „DDR“ wird Späth morgen in Ost-Berlin mit Staats- und Parteichef Honecker zusammentreffen.

Kostenbescheide der Polizei Rechts

AP, Mannheim

Die Polizeikostenverordnung des Landes Baden-Württemberg ist rechtlich unbedenklich und vom Grundgesetz gedeckt. Das stellte der Verwaltungsgerichtshof (VGH) des Landes in Mannheim gestern in drei Entscheidungen fest. Die Polizei kann danach solche Bescheide gegen Teilnehmer an Sitzblockaden erlassen, wenn diese mit einem Polizeieinsatz aufgelöst werden mußten.

Mit dem Grundzustandentscheidungen wird ein mehr als vierjähriger Verwaltungsrechtsstreit beendet. Betroffene hätten gegen Entscheidungen einzelner Verwaltungsgerichte, die die Kostenbescheide bestätigt hatten, Berufung eingelegt.

In der Atom-Debatte spricht Jacoby Lafontaine die Meinungsführerschaft ab

„Moralität nicht Vorrecht der Maschinenstürmer“ / Strauß sieht SPD-Kehrtwendung in Energiepolitik

iz, UR, München/Saarbrücken

Wer von Oskar Lafontaine einen Zeitplan für den von der SPD geforderten Ausstieg aus der Kernenergie erwartet hatte, wie ihn die Grünen in Hessen jetzt vorlegen wollen, wartete vergebens. In der Debatte um die Folgen der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl im saarländischen Landtag blieb der SPD-Regierungschef, von den linken in der Partei gern als Vordenker angepriesen, unverbündet. „Energien, die nicht beherrschbar sind, sind nicht akzeptabel“, führte der studierte Physiker blumig aus. „Sofort“ müsse lediglich der Ausbau der Kernenergie gestoppt werden, „nach und nach“ auch die laufenden Reaktoren außer Betrieb genommen werden.

Lafontaines von Beobachtern als schwach empfundene Regierungserklärung nutzte CDU-Chef Peter Jacoby, um der SPD die Meinungsführerschaft in dem für die CDU heiklen Thema abzuspüren. „Moralität ist nicht das Vorrecht der Maschinenstürmer, sondern durchaus das Recht der skeptischen Technologie-Befürworter“, sagte der CDU-Politiker mit Blick auf allzu undifferenzierte Ausstiegsforderungen.

Keine „Zukunftslösung“

Der gegenwärtigen Stimmung in der Bevölkerung angemessen sei laut Jacoby ein „Nachdenken über eine verantwortbare Energiepolitik“, deren Ziel es sein müsse, die Abhängigkeit von der Kernenergie zu überwinden. Jacoby, in der Union der erste

Politiker, der offen mit dem Gedanken eines Abkoppelns von der Kernenergie spielte, blieb seiner Linie treu. Die friedliche Nutzung der Kernkraft sei in „höchstem Maße gefährlich“ und eben nicht, wie immer wieder behauptet werde, absolut sicher. In der Vergangenheit habe der Kernkraft-Diskussion zu Unrecht eine dominierende Rolle gespielt. In einem Prozeß „grundsätzlichen Nachdenkens über eine menschliche Industriegesellschaft“ komme es jetzt darauf an, „daß wir unserer Verantwortung auch gegenüber der nachfolgenden Generation gerecht werden“. Atomenergie sei eine „Übergangs-, nicht aber eine Zukunftslösung“. Durch ein Weiterentwickeln „alternativer Energien“ und verstärkte Anstrengungen zur Energieeinsparung müsse Atomkraft „überflüssig gemacht werden“.

In München lehnte der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß die Forderung der SPD nach einem Ausstieg aus der Nukleartechnik ab. Es führe nicht zu mehr Sicherheit der Bevölkerung, falls die gefährlichen Anlagen stillgelegt würden, dagegen in anderen Ländern die gefährlichen Anlagen weiterbetrieben und ausgebaut werden, erklärte Strauß gestern im bayerischen Landtag.

Der CSU-Vorsitzende forderte von Bundeskanzler Helmut Kohl, auf eine weltweite Lösung dieses Problems hinzuwirken und deshalb bei den Vereinten Nationen eine internationale Reaktorsicherheitskonferenz zu

beantragen. „Wir haben Anspruch darauf, daß die UNO sich dieses Themas annimmt“, erklärte Strauß und nannte drei Ziele dieser Konferenz: Alle Reaktoren müssen mit dem nach dem Stand der Technik bestmöglichen Sicherheitssystemen ausgerüstet werden; alle Kernenergie nutzenden Staaten müssen zu vollständiger und regelmäßiger Information über sämtliche Störfälle und ihre Auswirkungen verpflichtet werden; für grenzüberschreitende Schäden muß nach dem Verursacherprinzip der Staat aufkommen, auf dessen Gebiet die Schadensursache liegt.

Reaktoren auch stilllegen

Reaktoren, die nicht umgerüstet werden könnten, müßten stillgelegt werden. „Dann bin auch ich für den Ausstieg“, meinte der Ministerpräsident. Der SPD warf er vor, mit ihrer Kehrtwendung in der Energiepolitik so zu tun, „als ob man technische Entwicklungen an und abschalten könnte wie ein Fernsehgerät“.

Während der SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann unbeteiligt den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie „ohne Wenn und Aber“ forderte, so sagte er dennoch dem Ministerpräsidenten Unterstützung zu bei den Bemühungen um eine internationale Reaktorkonferenz. Moskaus Informationspolitik verurteilte Hiersemann als „menschenverachtend“, warf aber zugleich auch den Ministern in Bonn und München „Vertuschung, Verharmlosung und Chaos“ vor.

Spiel mit verteilten Rollen in Hessen

GERNOT FACIUS, Bann

Die hessischen Grünen um Umweltminister Joschka Fischer reden munter von einem „Ausstiegs- und Umstiegsszenario“ für die Atomenergieanlagen und produzieren täglich Spekulationen über einen Störfall in der rot-grünen Koalition. Zumindest zwei hessische Spitzenpolitiker läßt das kalt: Ministerpräsident Holger Börner und CDU-Landeschef Walter Walbrunn. Sie schweigen – aus unterschiedlichen Gründen.

An Stelle Börners, der just am Höhepunkt der Ausstiegsforderungen der Grünen Hessen in Richtung Spanien verlassen hat, gibt Staatskanzlei Paul Leo Giani in Interviews zu bedenken, daß der Gedanke an eine akute Gefährdung der Hessen-Koalition weit hergeholt ist. Zwar fordern die Grünen den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie, während die SPD die Sicherung der Energieversorgung zur Vorbereitung mache, sagte Giani im Deutschlandfunk. Aber dieser Dispers sei bereits in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, die bisher nicht gekündigt sei. Die SPD habe es nicht für eine Alternative zur Kernenergie, „jetzt alle veralteten Kohleöfen“ mit ihren Emissionen wieder anzuführen. Gleichwohl, die SPD kam dem Partner entgegen und entspannte den Koalitions-Zwist. Am Ende der Auseinandersetzung mit den Grünen werde „ein konsensfähiges Szenario des Ausstiegs aus der zivilen Nutzung der Kernenergie gefunden“, sagte Sozialminister Armin Claus.

In der CDU wiederum vermutet man ein „Spiel mit verteilten Rollen“ zwischen SPD und Grünen. Als Teil dieses Spiels wird bei der größten Oppositionspartei im Wiesbadener Landtag die „Überlegung“ von Finanzminister Hans Krollmann zum Bau eines Hochtemperaturreaktors im nordhessischen Borken gesehen. Krollmann, so heißt es, habe nicht von sich aus reagiert. Der Finanzminister und nordhessische SPD-Chef habe sich eher von dem Gedanken leiten lassen: Wie kann man die Genossen im Norden „ruhigstellen“?

Börner und Krollmanns Parteifreunde in der strukturschwachen Region plädierten in der Vergangenheit vehement für ein Kernkraftwerk in Borken. Dieses Faktum muß die Regierung in Wiesbaden berücksichtigen, zumal da Hans Krollmann im vergangenen Jahr die heikle Aufgabe zugefallen war, die absehbaren Genossen von der Nützlichkeit des rot-grünen Bündnisses zu überzeugen.

Daß mit Tschernobyl sozusagen der „politische GAU“, der größte anzunehmende Unfall, über die Hes-

sen-Koalition gekommen ist, wird auch im grünen Spektrum nicht unbedingt bejagt. „Der schmale Grat des Atomkompromisses ist nach Tschernobyl zu Messers Schneide geworden“, ließ sich Minister Fischers Sprecher vernehmen.

Doch der Meister selber glaubt noch einige Karten in der Hand zu haben. Vorerst beschränkt er seine Offensive gegen die SPD auf eine „Phase inhaltlicher Konfrontation“ und gibt seinen Parteifreunden fast flehentlich zu bedenken, daß die Alternative doch nicht die Fundamentallisten in den eigenen Reihen sind, sondern Walter Walbrunn und dessen Generalsekretär Manfred Kanther sowie Wolfgang Gerhardt (FDP). Fischer, ich will diese Koalition. „Diese Einlassungen zeigen, daß die Strategie Fischers und seiner „Realos“ auch aus den innerparteilichen Zwistigkeiten geboren ist. Fischer muß sich profilieren, gerade nach Tschernobyl.

Die Kompetenzverteilung bei der Bildung der rot-grünen Koalition hat es mit sich gebracht, daß Sozialminister publikumswirksam den Kampf mit dem Bund um Grenzwerte und Informationen austragen konnte. Der Umweltminister war praktisch abgemeldet. Auch das ging den Grünen an die „politische Schmerzgrenze“.

„Wir müssen jetzt besonnen bleiben“

CSU-Landesgruppenchef: Wer unsere Reaktoren abschalten will, handelt opportunistisch

Von THEO WAIGEL

Der Reaktorunfall von Tschernobyl in der UdSSR hat zu einer Beunruhigung in unserer Bevölkerung geführt. Der mit dem Unfall verbundene Schaden blieb nicht auf das Gebiet der Sowjetunion begrenzt. Die Emission umweltschädlicher und radioaktiver Schadstoffe macht vor nationalen Grenzen nicht halt.

Unmittelbare politische Folge des Reaktorunfalls von Tschernobyl ist das Wiederaufleben der Kernenergie Diskussion in der Bundesrepublik. Die SPD, in deren Regierungszeit die am Netz befindlichen Kernreaktoren erstellt wurden, propagiert lautstark den mittelfristigen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Grünen fordern das sofortige Abschalten der deutschen Kernkraftwerke.

Diese Diskussion über die Nutzung der Kernenergie erinnert an Max Webers Analyse von Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Die Haltung der Kernenergiegegner wird gesinnungsethisch begründet: Da die friedliche Nutzung der Kernenergie ein nicht beherrschbares Restrisiko in sich birgt, müsse auf Kernkraftwerke verzichtet werden. Die Haltung der Kernkraftbefürworter ist demgegenüber verantwortungsethisch geprägt: Es ist unsere sittliche und ethische Pflicht, die voraussehbaren Folgen und Nebenfolgen aller Energieversorgungssysteme einschließlich der damit verbundenen Restrisiken abzusichern und abwägend zu entscheiden, ob bei entsprechender hohen Sicherheitsstandards und Überwachungsmöglichkeiten der Einsatz der Kernenergie gerechtfertigt ist.

Politiker und politische Gruppierungen, die heute die Stilllegung unserer Reaktoren verlangen, handeln ausschließlich nach gesinnungsethischen, um nicht zu sagen opportunistischen Gesichtspunkten. Wer den Ausstieg aus der Kernenergie propagiert, leugnet beziehungsweise ver-

harmlos die umweltschädlichen Folgen und Nebenfolgen einer zusätzlichen Verstromung fossiler Energieträger. Wer heute die weltweit als sicher geltenden und ständig überwachenden deutschen Reaktoren stilllegen will, aber den Weiterbetrieb der diesem hohen Sicherheitsstandard nicht entsprechenden Kernreaktoren im Ostblock stillschweigend in Kauf nimmt, betreibt allenfalls eine Politik



Theo Waigel

zur Beruhigung seines eigenen Gewissens, leistet aber weder einen Beitrag zur Gewährleistung der Gesundheit unserer Bevölkerung noch zur Verhinderung umweltschädlicher Folgen.

Eine an der Verantwortungsethik ausgerichtete Politik wägt positive und negative Folgen und Nebenfolgen von Entscheidungen ab. Die Konsequenz aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl muß deshalb lauten: alle Hebel in Bewegung setzen, damit die Reaktoren in allen Betreiberstaaten den optimalen und weltweit anerkannten Sicherheitsstandard deutscher Anlagen erhalten.

Es ist folgerichtig, wenn die Bundesregierung auf eine vollständige Information seitens der Sowjetunion drängt, Moskau von Anfang an Hilfe angeboten hat und eine internationale Konferenz aller kernenergienutzenden Staaten fordert. Ist die Sowjetunion nicht bereit, dem Ersuchen der Bundesregierung nach genauen In-

formationen über Ursache und Auswirkung des Reaktorunfalls nachzukommen, empfiehlt sich die Beantragung einer UNO-Sondersitzung durch die Bundesregierung.

Wir müssen uns in der jetzigen Situation politisch besonnen verhalten, und das heißt in Anlehnung an den Philosophen Robert Spaemann: unter den gegebenen Bedingungen, die wir uns nicht ausgesucht haben, das Sinnvolle tun, nämlich das unter diesen Bedingungen Bestmögliche.

Die Bundesrepublik Deutschland kann auf die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht verzichten. Rund 35 Prozent der Stromerzeugung entfällt auf die Kernenergie. Dieses Potential kann wegen der hohen umweltschädlichen Belastungen nicht von der Kohle übernommen werden. Angesichts der weltweit begrenzten Vorräte an Erdöl und Erdgas kommt auch eine Substitution der Kernkraft durch diese Energieträger nicht in Betracht. Das Einspar-Potential beim Stromverbrauch ist zu einem großen Teil ausgeschöpft.

Wer den Ausstieg aus der friedlichen Kernenergienutzung propagiert, handelt nicht rational, sondern ausschließlich unter wahltaktischen Gesichtspunkten. Am deutlichsten zeigt sich das beim Entsorgungskonzept des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau. Er wendet sich heute gegen die unter dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt konzipierte Strategie der Wiederaufbelegung und verlangt statt dessen die direkte Endlagerung, obwohl die SPD im Bund und in Niedersachsen bisher nichts Positives getan hat, um dieses Konzept voranzubringen.

Auch nach der Beunruhigung in der Bundesrepublik infolge des in der Sowjetunion erfolgten Reaktorunfalls sollte unsere Energiepolitik sich nicht opportunistischen und wahltaktischen Maßstäben unterwerfen.

Theo Waigel (47) ist Landesgruppen-

Unternehmensgruppe TENGELMANN

Mülheim an der Ruhr, Donnerstag, 15. Mai 1986

An unsere Geschäftspartner aus der Waschmittelindustrie

Sehr geehrte Damen und Herren,

die kontrovers geführte Diskussion auf Ihrer Seite um die Phosphatbelastung unserer Gewässer durch Waschmittel hat die Verbraucher verunsichert. Unbestritten ist wohl inzwischen, daß phosphatfreie Waschmittel (mit entsprechenden Ersatzstoffen) weniger umweltbelastend sind. Dennoch bieten einige von Ihnen ausschließlich phosphathaltige, andere sowohl phosphatfreie als auch solche mit Phosphat an.

Dabei erklären die einen, daß phosphatfreie Produkte eine geringere Waschkraft haben als phosphathaltige. Die anderen sagen dagegen, daß die Waschkraft gleich sei.

Unsere Kundenbefragungen haben ergeben, daß die Verbraucher bereit sind, ihren Beitrag zum Umweltschutz zu leisten; was den Waschmittel-Sektor angeht, fehlt ihnen dazu jedoch die notwendige Information.

Die Unternehmensgruppe TENGELMANN engagiert sich seit Jahrzehnten für den Umweltschutz und möchte sich auch auf dem Waschmittel-Sektor umweltbewußt verhalten. Wir bitten daher die Waschmittelindustrie, uns in unseren Bemühungen zu unterstützen und für eine lückenlose Aufklärung der Verbraucher Sorge zu tragen.

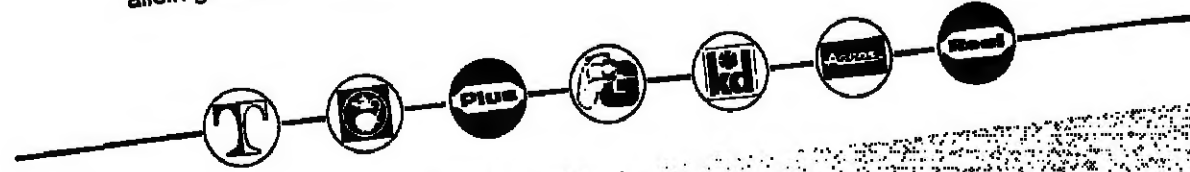
Unsere Unternehmensgruppe selbst wird zunächst in einem Großtest die Reaktion der Kunden erforschen, wenn phosphathaltige Waschmittel aus unserem Sortiment gestrichen werden.

Helfen Sie uns mit, die Unsicherheit der Verbraucher zu beseitigen. Wir sind sicher, daß der richtig informierte Bürger auch richtig entscheiden wird – der Umwelt zuliebe.

Mit freundlichen Grüßen

Erivan Haub

allein geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe TENGELMANN



WELT-Gespräch mit geflohenen Spitzenfunktionären aus Nicaragua

„Verletzung der Menschenrechte ist ein politisches Instrument“

WALTER H. RUEB, Bonn
Eine fünfköpfige Gruppe von Vertretern der antiautoritären Opposition macht zur Zeit im Rahmen einer Europa-Reise Station in Bonn. Unter ihnen sind ehemalige Mitglieder des Regimes in Managua wie der frühere Botschafter bei den UNO-Organisationen in Genf, Jaime Pasquiere, der stellvertretende Ex-Justizminister Alberto Gomez sowie Alvaro Baldizon, der ein enger Mitarbeiter von Innenminister Tomas Borge war.

„Das sandinistische Regime in Managua kann sich nur durch Unterdrückung der Bürger an der Macht halten“, sagt Alvaro Baldizon in einem Gespräch mit der WELT über die Zustände in Nicaragua. „Die Verletzung der Menschenrechte ist in Nicaragua ein politisches Instrument.“

Der 27-jährige Nicaraguaner war bis Juli 1985 Chef des internen Untersuchungs-Departements im Innenministerium der sandinistischen Regierung. Zu seinen Aufgaben gehörten Ermittlung und Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen durch Polizei, Armee, Justiz und andere Organe der Regierung. Das Ziel war indessen nicht die Wiederherstellung der Menschenrechte oder gar die Rehabilitierung der Betroffenen, sondern die Erarbeitung von Entschuldigungen und Erklärungen für das Ausland.

„Vorwürfe aus dem Ausland über Menschenrechtsverletzungen mußten dahingehend überprüft werden, wie sie am besten gekontiert oder gar propagandistisch genutzt werden konnten“, enthüllt Baldizon. Die Frage, ob die im Ausland erhobenen Vorwürfe über Menschenrechtsverletzungen in seiner Heimat strafbar, beantwortet Baldizon klar: „Sie sind wahr. Und wir kannten die Wahrheit, mußten darauf jedoch mit Ausreden und Lügen reagieren.“

Mit 30 Jahren trat Baldizon in den Dienst des Regimes, wurde mit 22 Jahren Polizeichef in der kleinen Ortschaft Sandino vor den Toren der Hauptstadt, fuhr einen Wagen, konnte heiraten, kassierte monatlich 2700 Cordobas – halb so viel wie ein Minister, aber viermal so viel wie ein

Lehrer. Nach einjährigem Studium an einer Polizeiakademie in der Sowjetunion folgte unter Anleitung von Kibarnen die Vorbereitung auf eine Karriere in Polizei- und Geheimdienst. 1982 wurde Baldizon Polizeioffizier und Sekretär für politische Erziehung, 1983 schließlich Chef des Untersuchungs-Departements im Innenministerium.

„Da begann ich zu verstehen“, gesteht Baldizon. „Ich entdeckte Dinge, die mir bisher verborgen geblieben waren: Menschenrechtsverletzungen.“



Kronzeuge gegen Sandinisten: Alvaro Baldizon FOTO: WAPUSKI

zungen, Korruption, der wirtschaftliche Zusammenbruch des Landes, die Diskrepanz zwischen marxistischer Theorie und nicaraguanischer Praxis. Aber ein Ausschneiden aus meinem Amt war zu gefährlich. Ich wußte zu viel. Ich dachte an Flucht in die Botschaft von Venezuela, sah aber davon ab, als Ende 1983 ein Landsmann mit Gewalt aus der Botschaft Venezuelas geholt wurde.“

Der Rest der Geschichte machte in Mittelamerika Schlagzeilen: Baldizon floh am 1. Juli 1985 nach Honduras, dann in die USA. Drei Tage später wurden seine Frau und sein älterer Bruder verhaftet, zur Erlangung von Hinweisen auf den „Verräter“ gequält, der siebenjährige Sohn bei Fremden untergebracht. Baldizon bitter: „Seither steht meine Frau unter Hausarrest, mein Bruder mußte für zehn Jahre ins Gefängnis.“

Der 57-jährige Alberto Gomez er-

hebt ebenfalls Vorwürfe gegen das Regime in Managua: Zielgerichtete neue Gesetze sicherten die Verteidigung des Systems, das Innenministerium dominierte die Justiz und verhinderte eine Gewaltentrennung. Gomez berichtet über ein Beispiel politischer Justiz: 1982 standen 350 Miskitos aus politischen Gründen vor Gericht. Richter, Anwälte und Verteidiger waren vom Innenministerium eingesetzt, Anklagen und Beweise erfanden, das Urteil vorgefertigt. 130 Miskitos verschwanden, die anderen landeten im Gefängnis.

Gomez zog die Konsequenzen, trat von seinem Posten zurück, wurde am Tag darauf vom Staatssicherheitsdienst abgeholt, ins Gefängnis geworfen und einer politischen Um-erziehung unterzogen. 1983 gelang ihm die Flucht nach Costa Rica.

Luis Mora Sanchez ist erst vor vier Wochen aus Nicaragua geflohen. „Ich war Somoza-Gegner, Vorsitzender der Druckergewerkschaft, Journalist und Mitarbeiter von ‚La Prensa‘. In Anlehnung meines Berufs verstieß ich immer wieder gegen sandinistische Gesetze. Es gibt keine Pressefreiheit.“

Der 31-jährige Journalist, Ehe-mann und Vater von vier Kindern saß in den letzten sieben Jahren insgesamt 22 Monate Haft im Gefängnis ab. Er wurde zusammen mit Homosexuellen in eine Zelle gesperrt, schließlich auf Intervention von Jimmy Carter bei dessen Nicaragua-Besuch im vergangenen April entlassen. „Im Gefängnis schlug man mir die Zähne aus und zertrümmerte meine Nase“, klagt Sanchez. „Nach der Freilassung erfuhr ich von meinem Anwalt, daß das Gericht mich zu elfjähriger Haft verurteilt wolle. Deshalb floh ich nach Costa Rica.“

„400 000 Nicaraguaner sind inzwischen ins Ausland geflohen“, schätzt Roberto Ferry, der ehemalige Rechtsberater der sandinistischen Regierung. Er floh 1976 vor Somoza, kehrte 1979 in die Heimat zurück, arbeitete für die Regierung, war aber schnell entlassen. „In Managua geben die Kibarnen den Ton an, der Staatssicherheitsdienst ist allgegenwärtig.“

Athen ließ sich von Carrington nicht überzeugen

SAD, Athen

Offenbar erfolglos hat NATO-Generalsekretär Lord Carrington in Athen dafür plädiert, daß die griechische Regierung den Dialog mit der Türkei als geeignetes Mittel zur Beilegung der seit Jahren bestehenden Differenzen benutzen sollte. Schon vor seinem Besuch hatte Carrington angedeutet, daß er eine Vermittlerrolle übernehmen würde.

Ministerpräsident Papandreu zeigte sich jedoch entschlossen, den Dialog abzulehnen, solange die Türkei den vor 1974 gültigen rechtlichen Status quo in der Ägäis nicht anerkennen und ihre Besatzungstruppen von der Mittelmeerinsel Zypern nicht abziehen wolle. Zusätzlich hat Papandreu jetzt eine alte Forderung neu aufgewischt: Eine Normalisierung der griechisch-türkischen Beziehungen könnte stattfinden, sollte die Allianz konkrete Schutzgarantien für die griechischen Grenzen gegenüber der Türkei geben.

Den Griechen geht es in erster Linie um eine Rückkehr zur Situation vor dem Sommer 1974, als durch den Zypern-Krieg und den vorübergehenden Austritt Griechenlands aus dem militärischen Teil der NATO das Verteidigungskonzept der Südostflanke aus den Fugen geriet.

Bis dahin hatten die Griechen die Verantwortung für die Operationskontrolle in der Ägäis. Im Zuge des griechischen NATO-Austritts wurde ein Teil dieser Pflichten den Türken anvertraut, was von Athen niemals anerkannt wurde.

Auch nach der Rückkehr Griechenlands in die Allianz blieben diese Fragen ungelöst. Zuletzt hatte Papandreu einen Vermittlungsplan des NATO-Oberbefehlshabers General Rogers im August 1985 abgelehnt. Er sah vor, daß Griechenland die Verantwortung für die Ägäis in Friedenszeiten hat, sie aber im Kriegsfall und bei Manövern mit der Türkei und den USA teilen sollte.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hat Griechenland in den letzten zwölf Jahren alle NATO-Manöver im Ägäis-Bereich mit der Begründung boykottiert, daß die Allianz in der Frage der Hoheitsrechte den türkischen Standpunkt unterstütze. Vorangiges Problem ist die Aufteilung der Operationskontrolle in der Ägäis sowie die Einbeziehung der Insel Lesbos in die Manöverplanung der NATO.

Schtscharanskij erbittet Reagans Hilfe für 400 000 Juden in der Sowjetunion

FRITZ WIRTH, Washington

Anatolij Schtscharanskij war ins Weiße Haus gekommen, um Dank zu sagen. „Ich verdanke nicht zuletzt Präsident Reagan meine Freiheit“, hatte vor dieser Begegnung dieser kleine, energiegeladene Mann gesagt. Man weiß nicht, worüber die beiden Männer im „Oval Office“ gesprochen haben. Doch wir dürfen sicher sein, daß es eine emotionale Begegnung war. Ebenso gewiß ist, daß in dieser Stunde des stillen Triumphes Ronald Reagan nichts lieber getan hätte, als sich anschließend an der Seite dieses jungen Mannes der Presse und den Fernsehkameras zu stellen.

Indes, die Szene fand nicht statt. Es gibt keine Fernsehschirme, die die beiden Männer zusammen zeigen. Lediglich ein Hofphotograph des Weißen Hauses war zugelassen. Die politische Verzweiflung, die die Strategen des State Departments hatten es so gewünscht, und sowohl Ronald Reagan wie auch Schtscharanskij stimmten zu. „Die Arrangements bei diesem Besuch im Weißen Haus und bei seinem Gespräch mit Außenminister Shultz entsprechen den Wünschen Mr. Schtscharanskij“, erklärte kühl der Sprecher des Außenministeriums.

Das Kalkül hinter diesem stark gebremsten und ent-emotionalisierten Protokoll war klar erkennbar. Schtscharanskij sollte nicht der letzte sein, der der Tortur der Arbeitslager entkommt. Die Reagan-Administration will im Vorfeld des nächsten Gipfels mit Gorbatschow alle verfügbaren Tüten offen halten.

Für Schtscharanskij muß dieses bemühte „Meer der Ruhe“ namens Washington ein fast befremdlicher Kontrast gewesen sein. Er war aus New York herübergekommen. Dort waren 300 000 Menschen zu seinem ersten öffentlichen Auftritt in den USA erschienen. „Meine Gefängniswächter des KGB versuchten mich zu überzeugen, daß ich allein war, machtslos in ihren Händen“, sagte er den 300 000 Menschen. „Doch ich wußte, daß ich niemals allein war. Ich wußte, daß ihr alle bei mir wart.“ Es war auf dem Dag-Hammarskjöld-Platz in Manhattan trotz der 300 000 Menschen keine Massenversammlung, es war eine sentimentale Wiedersehensfeier von Menschen, die sich nie begegnet sind, dennoch aber vertraut miteinander waren.

Und dieser Kontrast zwischen dem triumphalen Volksfest und den bemüht kühlen, nicht öffentlichen Begegnungen in Washington illustrierte zugleich die auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinende Strategie, der sich nicht nur die Reagan-Administration, sondern auch Schtscharanskij in ihrem Bemühen um die 400 000 Juden, die heute noch die Sowjetunion verlassen möchten, unterworfen haben. „Wir müssen mit einer Mischung von stiller Diplomatie

erhofft. Das sogenannte „Jackson-Amendment“, das einen direkten Zusammenhang herstellt zwischen dem Ausmaß des amerikanischen Handels mit der Sowjetunion und der Verwirklichung und Beachtung der Menschenrechte durch Moskau müsse erneuert und gestärkt werden. Und für den bevorstehenden Besuch Gorbatschows in Washington plant er, die dort zu erwartende „stille Diplomatie“ mit einer symbolhaften öffentlichen Kampagne zu begleiten.

Er hat vorgeschlagen, daß für die 400 000 Juden, die die Sowjetunion verlassen möchten, zu diesem Gipfel 400 000 amerikanische Juden nach Washington kommen, um der sowjetischen Führerschaft zu demonstrieren, daß sie niemals unsere Solidarität zerstören können.“

Es war ein bemerkenswerter Auftritt in der Rotunde des Kapitols. Er hat genug durchgemacht in den letzten neun Jahren, um zu hassen, doch er predigt keinen Haß. Er predigt Entschlossenheit, Härte, Unnachgiebigkeit, und er redet eindringlich in das Gewissen der Welt, jene nicht zu vergessen, die er zurückließ. Die Zahl 400 000 kehrt als Thema in jeder Rede, jedem Interview, jeder Randbemerkung wieder. „Nicht der KGB ist der schrecklichste Helfer der Tyrannei“, sagt er, „sondern die Vergesslichkeit.“

Am Tag zuvor hatte es in New York die bewegendste Begegnung dieser USA-Reise gegeben. Nach zehnjähriger Trennung traf er zum ersten Mal Jelena Bonner wieder, die Frau Andrej Sacharows und Mitbegründerin der Helsinki-Gruppe. 15 Minuten waren sie zusammen. Ihr Gespräch, ihre Gefühle und ihre Reaktionen blieben vertraulich. „Es war eine bewegende Mischung von kindlicher, ausgelassener Freude und hilfloser Trauer“, sagte der Verleger Robert Bernstein.

„Wir müssen den Helsinki-Prozess fortsetzen“, sagte Frau Bonner anschließend, deren Aufenthaltsgenehmigung in den USA am 2. Juni abläuft, dann zitierte sie einen Satz Sacharows aus seiner Nobelpreisrede: „Friede, Fortschritt und Menschenrechte müssen als eine Einheit zusammengehalten werden.“ Es war das Äußerste, was die Normen der „stillen Diplomatie“ diesem Gast mit der geborgten und immer knapper werdenden Freiheit auf Zeit als letzten bittenden Warnruf zuließen.



Präsident Reagan empfängt Anatolij Schtscharanskij im Weißen Haus FOTO: APF

„Feindseliges“ Milchpulver

AFP, Warschau

Die polnische Regierung unterscheidet bei den Sammlungen im Westen, die den Ankauf von Milchpulver für Polen dienen, zwischen „aufrichtigen Geschenken“ und solchen, die von „politischen Hintergedanken“ angetrieben wurden. So sei das vom US-Senat gespendete Milchpulver gewiß von „Feindseligkeit“ verseucht, doch werde es von Polen dennoch angenommen, erklärte der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban. Er kritisierte die von der Europäischen Gemeinschaft beschlossenen Einfuhrbeschränkungen aus den Ostblockländern. In Polen ist die Frischmilch möglicherweise durch die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl radioaktiv verseucht.

Gespräche zwischen China und Taiwan

str, Taipei

Die Volksrepublik China hat sich bereit erklärt, in Hongkong mit der Fluggesellschaft der Inselrepublik Taiwan Direktgespräche über die Rückgabe eines taiwanesischen Fracht-Flugzeugs aufzunehmen. Vor zehn Tagen war eine Maschine der Fluggesellschaft „China Airlines“ auf dem Flughafen Kanton in der Volksrepublik gelandet. Bei den Gesprächen soll es auch um die Rückkehr eines Besatzungsmitgliedes gehen. Pilot und Copilot hatten in Kanton um eine Aufenthaltsgenehmigung nachgesucht. Es handelt sich bei den Gesprächen um die ersten Direktkontakte zwischen den beiden Ländern seit der Teilung im Jahre 1949.

Pressepolitik der UdSSR verurteilt

dpa, Wien

Die Generalversammlung des Internationalen Presseninstituts (IPI) hat die sowjetische Informationspolitik nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl verurteilt. In einer Entschließung heißt es unter anderem: „Das schwere Unglück im Atomkraftwerk von Tschernobyl unterstreicht auf dramatische Weise, daß die sowjetische Regierung, was den freien Fluß von Informationen über Grenzen hinweg betrifft, nicht nach dem Geist der Helsinki-Verbindungen gehandelt hat.“ Die Generalversammlung des Instituts appelliert auch an alle Regierungen und internationalen Organisationen alles zu tun, um die in Beirut entführten Journalisten zu befreien.

In Sachen Tschernobyl argumentiert die „Iswestija“ jetzt mit Gott und Genscher

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der liebe Gott und der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher – das sind für die sowjetische Regierung „Iswestija“ die beiden wichtigsten Zeugen und Helfer gegen die „anti-sowjetischen Verleumdungen“, die den Reaktorunfall von Tschernobyl für ihre „finsternen Mächenschaften mißbrauchen“ wollen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte beginnt „Iswestija“ (unter der Überschrift: „In Gedanken an Tschernobyl“) den Grundsatzzartikel ihres „politischen Beobachters“ mit der Beschworung einer Macht, die es laut Marxismus-Leninismus eigentlich gar nicht gibt. „Bei unerwarteten Schicksalsschlägen“, so die „Iswestija“ wörtlich, „pflegten unsere Vorfahren immer wieder zu sagen: Wir alle wandeln unter Gott“. Ohne sich auf den Streit über Gott einzulassen zu wollen, müsse man jetzt, wie die Regierungzeitung fortführt, sagen: „Wir alle wandeln unter dem Atom.“

Auf die alte Panke

Nach einer eher flüchtigen Beileidsbekundung für die Opfer der Katastrophe ruft die „Iswestija“ den Bonner Außenminister Genscher zum Kronzeugen auf, daß die Welt nach Tschernobyl kleiner geworden sei, und daß alle zusammenhalten müßten und jetzt erst recht Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens zwischen Ost und West notwendig seien. Man könne, so das Moskauer Blatt, jedes der Worte Genschers unterschreiben.

Aber weder Gott noch Genscher vermögen die sowjetische Regierungsdarstellung daran zu hindern, im nächsten Atemzug auf die alte Ideo-

logische Panke zu hauen. Denn, so doniert die „Iswestija“, alle diese Freundschaften könnten sich nicht auf die „besessenen Sowjetisten“ beziehen – auf jene, die nach der Reaktor-Havarie (das Wort Katastrophe wird in den sowjetischen Medien peinlichst vermieden) „Panik verbreitet“ und die Atmosphäre – so wörtlich – „mit der Radioaktivität des Müllstroms gegen die Sowjetunion“ vergiftet hätten. „Sie haben keine Zunge, sondern einen vergifteten Stachel im Mund.“ Und die Moskauer Regierungsdarstellung kommt zu einem überraschenden Schluß, der die Reaktor-Katastrophe gewissermaßen in die Pädagogik emporhebt. Natürlich wäre es besser gewesen, so heißt es da, wenn die Erfahrung von Tschernobyl sich nicht ereignet hätte – aber, wenn es schon passiert ist, dann gibt diese Erfahrung allen Ländern der Welt noch einmal die Möglichkeit, etwas zu lernen.“

Wie sehr sich das Weltbild der sowjetischen Regierungsdarstellung durch Tschernobyl innerhalb von wenigen Tagen geändert hat, zeigt der Vergleich zweier Reportagen, die beide aus der ukrainischen Hauptstadt Kiew stammen. Die eine berichtet – immerhin eine Woche nach der Reaktor-Katastrophe – von einer wahren Idylle am 1. Mai 1986, dem Feiertag der Werktätigen: „Im frischen Grün der Kastanien, übersät von samtroten Tulpen, eingehüllt in das rote Tuch der Fahnen begeht die Hauptstadt der Sowjet-Union den Mai-Feiertag. Fast 100 000 Menschen kamen auf die Hauptstraße Kreschtschatsk und den Platz der Oktoberrevolution.“ Über irgendeine Katastrophe, über die damals bereits voll einsetzende Ewa-

lierung aus dem nahe gelegenen Tschernobyl – kein einziges Wort.

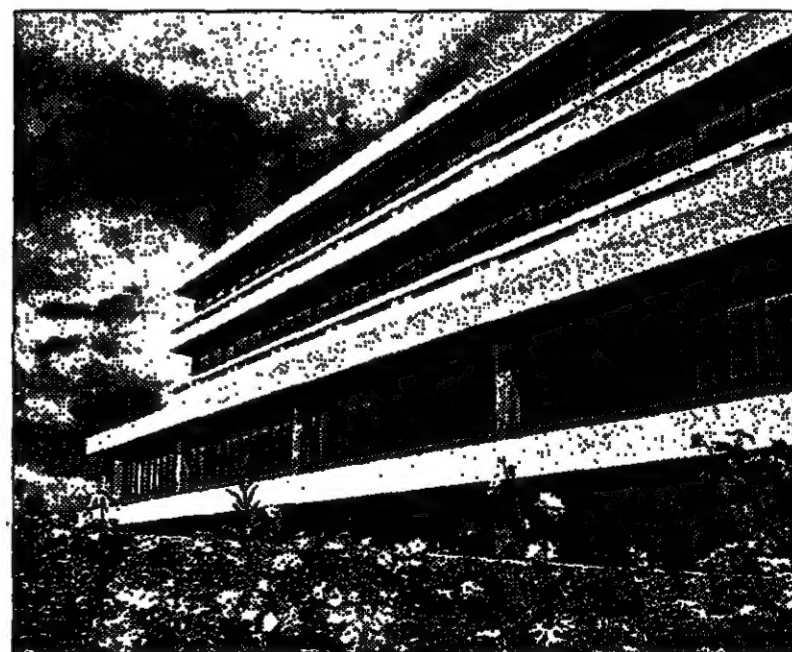
Zehn Tage danach ist alles anders: Nicht mehr von samtroten Tulpen und wehenden Fahnen ist die Rede – sondern von „Tagen der Sorge und des Alarms“ (so die Schlagzeile der „Iswestija“ vom 12. Mai). In einer Reportage aus Kiew berichtet sie, an den Zufahrtsstraßen der Stadt würden lange Schlangen von Personen und Lastkraftwagen samt Insassen und Ladung sorgfältig auf Radioaktivität untersucht. Die Bewohner seien instruiert und ernährt worden, vor allem Kinder nicht auf die Straße zu lassen.

Wie im Krieg

Über Evakuerte wird berichtet, die nicht glauben wollen, daß sie ihre Heimatorte im Unfallsbereich auf lange Zeit – vielleicht für immer verlassen mußten. Der Reporter berichtet von einem „Stab“, den das Rayon-Komitee der Partei und des Sowjets des Gebiets Makarow gebildet hätten. Der Erste Parteisekretär betone, daß es wie im Krieg zugehe: „Der Staat arbeitet praktisch Tag und Nacht. Nach 24 Stunden werden die Führer abgelöst, sonst würde man es nicht aushalten.“

Und auch das Akademie-Mitglied Welichow, ein enger Berater Gorbatschows, wird zitiert. Zwar beschwichtigt er, aber der Kernsatz seiner Aussage lautet: „Einstweilen werden unter schwierigsten Bedingungen hoher Radioaktivität im Kraftwerk Sonder-Arbeiten durchgeführt.“ So schnell kann sich für einen sowjetischen Zeitungsleser die Welt verändern.

Wer finanziert z. B. das deutsche Mekka der Gesundheit?



Die deutsche Klinik für Diagnostik in Wiesbaden. Von Patienten aus aller Welt aufgesucht. Von uns mitfinanziert.

Die Frankfurter.

Da sehen Sie, was man heute mit einer Hypothek von uns alles unternehmen kann. Unsere Kunden finanzieren damit Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen, Miethäuser und Supermärkte, Produktionsstätten und Erholungsstätten. Oder auch einmal eine Klinik von überregionaler Bedeutung.

Mit uns können Sie über jede Planung reden, die wirtschaftlich sinnvoll ist. Gewerblich oder privat. Über Alt- oder Neubau. An- oder Ausbau. Über Kauf oder Modernisierung. Über kleine Beträge oder Millionenbeträge.

Die Finanzierungen, die wir Ihnen vorschlagen, sind ideenreich wie Ihre eigenen Pläne. Wir garantieren Ihnen langfristig feste Zinssätze – bis zu 30 Jahren –, ganz wie es sich für Sie am besten rechnet. Unsere Berater helfen Ihnen, steuerliche Vorteile und staatliche Zuschüsse voll auszunutzen.

Nutzen Sie die Erfahrung, die Beweglichkeit und die Finanzkraft der Frankfurter.

Rufen Sie uns an. Zu einem ersten Gespräch. Sie erreichen uns in Frankfurt über den Anschluß (069) 298 98-346. Oder über unsere Geschäftsstellen Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Mannheim, München, Stuttgart, Wiesbaden.

Frankfurter Hypothekenbank

Wir geben Ihren Ideen Kredit.

Stoltenberg bestreitet Differenzen

DW, Bonn
Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ist gestern dem Eindruck entgegengetreten, daß es zwischen ihm und anderen Unionspolitikern in der Frage finanzieller Hilfen für die Bauern zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sei (WELT v. 14. 5.). In einer von der Pressestelle seines Ministeriums übermittelten Stellungnahme heißt es: „Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg hat persönlich beziehungsweise durch seinen zuständigen Staatssekretär an der Erarbeitung der Entlastungsmaßnahmen für die Bauern in der Agrarsozialpolitik mitgewirkt. Über die Ausgestaltung dieses Programms hat es am Montag keinerlei Differenzen mit dem Bundesfinanzminister gegeben.“

Es bestand vor den Sitzungen Einvernehmen zwischen den beteiligten Bundesressorts, daß als Folge der Erweiterung der benachteiligten Gebiete für die Sozialförderung rund 100 Millionen Mark Bundesmittel zusätzlich benötigt werden. In den Sitzungen am Montag hat man sich ohne Kontroverse darauf verständigt, diesen Betrag mit rund 125 Millionen Mark anzusetzen.“

Einen Vorbehalt in der Diskussion habe Stoltenberg zunächst gegen den Plan angemeldet, in einem Bundesland einen Großversuch zur Marktentlastung bei Grünbrache zu starten. Der Minister habe darauf hingewiesen, daß dieser Plan mit ihm nicht vorerörtert sei und einige Fragen mit ihm geklärt werden müßten. Nach einer „längeren Sachdiskussion“ habe Stoltenberg „aufgrund der vorgebrachten Argumente und auf dringenden Wunsch der anderen Politiker von CDU und CSU“ diesem Punkt zugestimmt. Als frei erfunden wurde die Darstellung bezeichnet, der Finanzminister habe die Koalitionsrunde mit der Bemerkung verlassen, er könne einen harmonischen Verhandlungsablauf nicht bestätigen.

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In Niedersachsen trifft Geißler auf eine Wand aus Angst vor den Strahlen

CDU-Generalsekretär: Selbst die Sorgen der Bauern treten in den Hintergrund

DIETHART GOOS, Bonn
„Tschernobyl ist das im Wahlkampf alles überlagernde Thema. Selbst die Sorgen der Bauern treten da in den Hintergrund.“ Nach knapp sechs Stunden der Wahlwerbung in Friesland und im Oldenburgischen zieht CDU-Generalsekretär Heiner Geißler etwas erschöpft beim Biere spät abends diese Bilanz. Konkrete Strahlenangst und unterschwellige Sorge vor einer mit atomaren Risiken bedrohten Zukunft bewegen die Menschen, nicht nur die politischen Gegner, sondern auch die CDU-Wähler.

Jugendliche Störer

Zum Blitzeinsatz war der CDU-„Trouble Shooter“ aus seinem Hauptquartier an der Bonner Friedrich-Ebert-Allee nach Jever gezogen, um Stimmung für seine Christdemokraten zu machen. In protestantischen Friesland steht die CDU nicht gerade auf festem Boden. Der Wahlkreis 99 in Jever wurde 1982 bei wenigen hundert Stimmen Vorsprung mit 42,8 Prozent vom CDU-Landwirt Andreas Luiken gewonnen. Wie die christlich-demokratische Union hier am 15. Juni abschneiden wird, wagt keiner recht zu prophezeien.

Kohl spricht bei Sudetendeutschen

dpa, München

Mehr als 150 000 Besucher aus dem In- und Ausland werden beim traditionellen Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft am kommenden Wochenende in München erwartet. Erstmals in der Geschichte dieses Vertriebenentreffens wird mit Helmut Kohl auch der Bundeskanzler reden. Weiterer Festredner auf dem 37. Sudetendeutschen Tag ist Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Die Veranstaltung auf dem Messegelände der bayerischen Hauptstadt steht unter dem Motto „Gerechtigkeit schafft Frieden“. Zum Rahmenprogramm, das schon am 10. Mai begonnen hat, werden in 33 Einzelveranstaltungen ein Volkstumsabend, Trachtenschauen, Festkonzerte und Podiumsdiskussionen angeboten.

Vor der malerischen Kulisse des Schlosses hatten sich einige hundert Neugierige unter freiem Himmel versammelt. Doch manche von ihnen, meist Jugendliche, waren nicht gekommen, um den CDU-Generalsekretär anzuhören, sie wollten ihn vielmehr am Reden hindern. Die Transparente zeigten ihre Gesinnung: „Radioaktivität ist Tod auf Zeit mit Sicherheit.“ Oder: „Wir wollen leben, saubere und sichere, mit Sonne und Wind.“ Geißler versuchte, seinen jugendlichen Opponenten den Schneid abzukaufen: „Ich begrüße ganz besonders in unserer Mitte die politischen Gegner. Man kann bei der CDU immer seine Meinung sagen.“ Als die Krakerler jedoch nicht verstummen wollten, wurde der CDU-Generalsekretär schon deutlicher: „Man sollte sich hier mit dem Kopf auseinandersetzen, statt mit dem Kehlkopf und Trillerpfeifen.“ Und als auch diese Sprache nichts nützte, wurde der nun sichtlich ärgerliche Geißler noch massiger: „Sie haben doch keine Argumente. Was wir hier hören, ist der Ausdruck des sozial-demokratischen Bildungsnotstandes der siebziger Jahre.“

Später, im zünftigen Dorstgasthof von Stenrum kurz vor Delmenhorst,

ein gänzlich anderes Bild. Hier erreichte die Union vor vier Jahren satte 50 Prozent und sieht auch heute dem Wahlschicksal gelassen entgegen. Dennoch, Geißler wird auch hier vom Atom eingeholt. Als ein junger Mann besorgt kritisch nach den Möglichkeiten eines mittelfristigen Verzichts auf Kernenergie fragte, bedankte sich der CDU-Generalsekretär ausdrücklich für dieses Auskunftsverlangen.

„Konsequenzen ziehen“

Der Verzicht werde international irgendwann einmal möglich sein, wenn die neuen Technologien einsetzbar sein würden. Für einen längeren Zeitraum werde man noch mit der Kernenergie leben müssen. „Nach Tschernobyl sind wir gescheitert als vorher und müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Wir verlangen, daß die anderen Kernreaktoren um uns herum dieselbe Sicherheit bekommen wie unsere.“ Hier ist der Beifall fast stärker als bei der grünen Warnung vor einer „Melonen-Koalition“ in Niedersachsen: „Innen rot und außen grün.“ Sozialistische Geistesfahrer wollten hier ein rot-grünes Experimentierfeld schaffen. Das müsse verhindert werden.

Albrecht wendet sich an die Bauern

lor, Bonn

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht läßt in einem Rundbrief an die Bauern des Landes das Ausmaß seiner Sorge über mögliche Vertrauensbrüche in dieser Klientel klar erkennen. Wie aus dem der WELT vorab bekanntgewordenen Schreiben hervorgeht, beklagt Albrecht, daß „viele weitgehend zu Unrecht“ die CDU-geführte Bundesregierung für die großen Schwierigkeiten verantwortlich machen, mit denen die Landwirtschaft derzeit zu kämpfen habe. Dem hält er die nach seinem Drängen vom Bundeskabinett verabschiedeten Hilfen für die Bauern entgegen. In dem Brief werden allerdings nicht die Sorgen der Bauern nach dem Unfall von Tschernobyl aufgegriffen, die den Wahlkampf mittlerweile beherrschen.

Strafanträge im Rheinmetall-Prozess

AP, Düsseldorf

Haftstrafen zwischen zweieinhalb Jahren und 21 Monaten hat die Staatsanwaltschaft gestern im Rheinmetall-Prozess gefordert. Die vier angeklagten Manager des Düsseldorfer Rüstungsunternehmens haben, wie die Staatsanwaltschaft nach viermonatiger Beweisaufnahme für „eindeutig erwiesen“ hält, gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen. Zwischen 1977 und 1980 hätten sie Waffen im Wert von 200 Millionen Mark ohne die notwendige Bonner Genehmigung nach Saudi-Arabien, Argentinien und Südafrika exportiert. „In zum Teil geradezu hinterhältiger Weise“ seien die für Waffenexporte zuständigen Bundesbehörden über den Endverbleib der Waffen getäuscht worden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Grobe Vereinfachung?

„Gegen Hunger und Gewalt MUß nur eine wirksame Entwicklungspolitik.“ WELT vom 2. Mai

In seinem Beitrag kommt Dr. Warnke, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zu dem Schluß, daß Familienplanung nicht Ersatz, aber sinnvolle und notwendige Ergänzung der Entwicklungspolitik sei. So weit, so gut.



Dr. Uwe Holtz, MdB, SPD

Für äußerst bedenklich aber halte ich, daß Herr Warnke Hunger, Aggression, Brutalität und Sittenverfall, ja die Vergiftung und Plünderung unseres Planeten auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen sucht. Eine solche Vereinfachung ist unredlich und verschweigt, daß Hunger, Unterernährung, Krankheiten,

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung nicht nur Folgen, sondern auch Ursachen eines zu hohen Bevölkerungswachstums sind.

Diese Ursachen müssen beseitigt werden, wenn Familienplanung greifen soll: Wenn eine hohe Geburtenrate in vielen Ländern der Dritten Welt angesichts der dortigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände durchaus „sinnvoll“ ist (z. B. zur Alterssicherung), kann eine andere Rationalität nur über eine Änderung dieser Zustände begründet werden. Wer diesen Zusammenhang verschweigt, erschwert die Lösung des Problems. Der Erfolg ist nur auf beiden Wegen möglich: Familienplanung muß einhergehen mit konkreten wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen gerade für die Armen.

Eine Politik freilich, die unter einer „Verbesserung der Wirksamkeit“ den Rückfall in nur ökonomisch orientierte Modernisierungsstrategien versteht, muß diese sozialen Zusammenhänge soweit wie möglich ausblenden. Die beste Pille zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums aber ist wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Dr. Uwe Holtz, MdB, SPD, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Was Tschernobyl zeigte

„Was Mühsal ist, was ...“ WELT vom 2. Mai

All das in der Glosse Angeprangerte ist allein eine sekundäre, logische Folge einer in 14 Tagen erwiesenen Tatsache mit einer unglaublichen, gespenstigen Erkenntnis für eine wirkliche Lebens- und Lebensraumbefreiende Gegebenheit und ihre Vorstufen. Die Bundesregierung als Bundesoberste Gesetzes- und Verwaltungsbehörde in ihrer Erst- und Hauptverantwortlichkeit hat bis heute keinen im einzelnen ausgearbeiteten, bekannten und allseits vermittelten Verhaltens- und Handlungsplan, der bis in die kleinste Anweisung, Ordnung- und Betreuungsebene einwirkt, für ein Ereignis und erst recht nicht einen Notfall dieser Art in den unterschiedlichen Stufen von der einfachen Belästigung bis zur möglichen tödlichen Bedrohung der Menschen und der Vernichtung des Lebensraumes, weder kleinräumig noch großräumig.

Über nicht vorbereitete Telefonleitungen, nicht vorhandene Informationswege und -zweige, über widersprechende Empfehlungen, Verbote, Datenangaben und Risikohinweise, über Ungefährlichkeitsklärungen und Warnungen in gleicher Sache, über nicht bekannte, nicht festgelegte Grenzwerte, Verbote von Mitteilungen über Maßdaten, Schlagwörter-

konsum, Scheinheiligkeit und Schuldabschiebung bis hin zur einseitigen Lobbytätigkeit reicht die Palette des Versagens.

Heinz Becker-Rummel, Steinheim

In der Tat: Die Reaktor-Reaktionen, die sich zur Zeit bei uns abspielen, sind katastrophal. Im Sandkasten spielende Kinder beläutet man bei der Heimkehr zu waschen. Am besten von Amts wegen, dann zählt das Sozialamt. Von der Geldwaschanlage zur Kinderswaschanlage. Der Fortschritt ist nicht aufzuhalten. Bei Regen bediene man sich des Regenschirms. Difficile est ...

Der Boden der Bundesrepublik ist für Jod 131, Cäsium 137 etc. seit Jahren gut vorbereitet. Kein Tag, an dem die Medien nicht neue Giftmünderungen lanciert haben: Gift im Kleiderschrank, Gift im Klo, Gift in der Le-

Wort des Tages
„Um die Wahrheit wahr-scheinlicher zu machen, muß man ein bißchen Lüge hineinmischen.“
Fedor Dostojewski, russischer Dichter (1821-1881)

berwurst, Gift im Mineralwasser, ad infinitum. Kein Wunder, daß sich der Bundesbürger angesichts dieses Dauerersens von Giftmünderungen nur noch müde an die Stirn tippt.

Nur die WELT, das darf ich als langjähriger Leser einmal feststellen, bildet eine rühmliche Ausnahme, indem sie sich stets bemüht hat, den Boden sachlicher Betrachtung nicht zu verlassen.

Mit freundlichen Grüßen
Gerd Koenemann,
Hamburg 65

Auf Weisung

„Macht wirklich jeder es so wie Herrschers Schmitz?“ WELT vom 2. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren, ob der CDU-Fraktion wegen ihrer eher moderaten Haltung zu dem Ablauf des staatsanwaltschaftlichen Vor-Ermittlungsverfahrens tatsächlich „das Fell über die Ohren gezogen“ worden ist, sei dahingestellt: Die Opposition im nordrhein-westfälischen Landtag besteht jedenfalls nicht allein aus der CDU, sondern auch aus der FDP.

Gerade die in jeder Hinsicht ungewöhnlichen „Parallel-Ermittlungen“ der Kölner Generalstaatsanwaltschaft und die widersprüchliche Haltung des nordrhein-westfälischen Justizministeriums sind von der FDP scharf kritisiert worden.

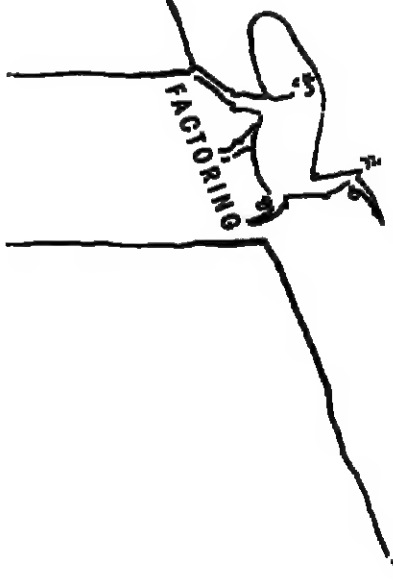
Darüber hinaus hat die FDP Konsequenzen gezogen und – gemeinsam mit der CDU – einen Antrag zur Änderung des Landesbeamtengesetzes eingebracht. Der zweifelhafte Eifer des Kölner Generalstaatsanwalts nicht erst bei der Frage, ob gegen den Bundeskanzler ermittelt werden solle, kommt nach Auffassung der FDP nicht von ungefähr: Daß in Nordrhein-Westfalen auch Generalstaatsanwälte politische Beamte sind (statt ausschließlich an Recht und Gesetz gebunden zu sein), ist eine beamtenrechtliche Fehlkonstruktion, die einen „voraussetzenden Gehorsam“ geradezu provoziert und die deshalb schnellstmöglich abgeschafft werden sollte – und sei es, die Justiz auch nur vor dem Anschein zu schützen, daß politische und parteiellische Gründe bei schwierigen Entscheidungen mitberücksichtigt werden könnten!

Mit freundlichen Grüßen
Michael Ruppert, MdB, Düsseldorf

Vergessen?

Die WELT berichtete am 3. Mai über die für 1987 ausgewählten Briefmarkenprogramme. Ich finde es zu bedauerlich, daß wohl abgelehnt wurde, dabei Ernst Wiechert zu gedenken (Wiechert wurde am 18. Mai 1887 geboren). Falls ja: mit welcher Begründung? Ist im „Programmbeirat“ der Bundespost und im zuständigen Referat ein fundiertes literarisches Urteil gewährleistet?
Dr. Herbert Czaja, MdB

AUF SCHWUNG



DG DISKONTBANK-FACTORING

Ein Konzept fördert Umsatz.

Durch Factoring kennen Sie keine Forderungsverluste mehr. Und Ihre Außenstände werden sofort zu Guthaben.

Denn wir, die DG DISKONTBANK, übernehmen mit dem Ankauf Ihrer Forderungen das volle Ausfallrisiko und verwandeln Außenstände in bares Geld. Sofort nach Auslieferung Ihrer Waren.

Wenn Ausfallrisiken für Sie also kein Thema sein sollen, wenn Sie trotz hoher Außenstände sofort über Liquidität verfügen wollen, dann sollte DG DISKONTBANK-FACTORING für Sie zum Thema werden.

Wir übernehmen natürlich auch das Inkassowesen für Sie und führen Ihre Debitorenbuchhaltung.

DG DISKONTBANK AG,
Wiesenhüttenstraße 10,
6000 Frankfurt am Main 1,
Tel. (0 69) 74 47 04, Telex 4 170 681,
Btx *597001527#

Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken

Rechnen Sie mit uns.

DG DISKONTBANK
Hauswirtschaft. Spezialdienst der DG Bank-Gruppe

Personen

EHRUNGEN

König Juan Carlos von Spanien wurde mit dem Europa-Preis 1986 ausgezeichnet, der vom Rat der Coudenhove-Kalergi-Stiftung in Lausanne vergeben wird. Die Preisverleihung soll im Juni in Madrid stattfinden. Der Preis, der aus einer Goldmedaille und einer Urkunde besteht, wird seit 1968 Persönlichkeiten verliehen, die sich um die Einheit Europas verdient gemacht haben. Unter den bisherigen Preisträgern sind der ehemalige französische Premierminister Raymond Barre, die früheren Präsidenten Griechenlands und Italiens, Konstantin Tsatsos und Sandro Pertini, sowie der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger.

Der frühere Präsident des Reformierten Weltbundes, der amerikanische Theologe und Philosoph James McCord (66), hat den mit 230 000 Dollar dotierten Templeton-Preis erhalten. McCord wurde für seine Pionierarbeit in der theologischen Ausbildung geehrt. Zu den bisherigen Preisträgern zählen Mutter Theresa von Kalkutta, der amerikanische Evangelist Billy Graham und der sowjetische Schriftsteller Alexander Solzhenitsyn.

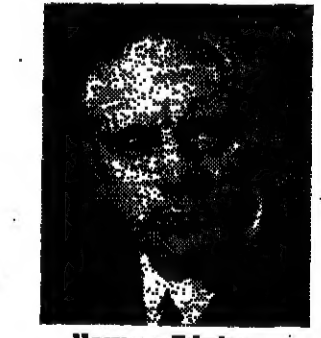
WAHL

Der Münchner Schriftsteller Gerhard Kopf ist zum neuen Stadtschreiber von Bergen-Erkheim gewählt worden. Der 1948 in Pfronten/Allgäu geborene Autor tritt sein „Amt“ am 29. August an.

GEBURTSTAGE

Heute feiert der emeritierte Direktor des Seminars für Völkerkunde der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Professor Dr. Hermann Trimborn, seinen 88. Geburtstag. Der gebürtige Bonner studierte in Bonn und München und wurde mit 21 Jahren promoviert. An der Hochschule seiner Heimatstadt habilitierte er sich

1928. 1933 erhielt er einen Ruf auf die neugegründete Professur für „Arqueologia y Etnografia Precolombina de América“ an der Universität Madrid. Der 1936 einsetzende Bürgerkrieg zwang ihn jedoch, nach Deutschland zurückzukehren. An der Universität Bonn begann er 1948 mit dem Aufbau des Seminars für Völkerkunde. Heute ist Hermann Trimborn nicht nur der Nestor der Alt-Amerikanistik im



Hermann Trimborn

deutschsprachigen Gebiet, er ist auch im internationalen Bereich einer der führenden Wissenschaftler seines Faches.

Adolf Müller aus Remscheid, Mitglied des Deutschen Bundestages der CDU, feierte seinen 70. Geburtstag. Bei einem Empfang im Bonner Bundestag würdigten Fraktionschef Alfred Dregger, Bundesarbeitsminister Norbert Blum, aber auch die SPD-Politikerin Anke Fuchs und Bundestagsvizepräsident Dieter Julius Cromeberg von der FDP die parlamentarische Arbeit Müllers, der aus der katholischen Arbeiterbewegung kommt und führendes Mitglied der CDU-Fraktion ist.

VERANSTALTUNG

Zwar nicht viel Geld in der Tasche, aber die Köpfe voller Ideen, Innovationen, Initiativen – so schilderte der Minister für Bundesangelegenheiten und besondere Aufgaben des Saarlandes, Ottokar

Hahn, die Situation seines Landes, das jetzt auch mit einer Ausstellung seiner Wirtschaft in der Bonner Landesvertretung seine „neuen Konturen“ zeichnen möchte. Neun Unternehmen beweisen, so Hahn, daß man zukunftsweisende Technologien anbieten könne, daß man dabei Kohle als „schwarzes Gold“ mit umweltsauberen Waste“ anbiete.

UNIVERSITÄT

Der Grafiker Klaus Staack soll Gastprofessor an der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf werden. Der in Heidelberg lebende Künstler soll vom Wintersemester 1986/87 an für drei Semester an der Hochschule zum Thema „Arbeiten am erweiterten Kunstbegriff“ lehren.

KIRCHE

Thomas Ackermann (33), seit 1984 Pastor an der Gartenkirche in Hannover, hat zum Sommersemester an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität München eine neue Aufgabe als akademischer Rat übernommen. Ackermann wird sich mit Problemen der Neuen Kirchengemeinschaft, insbesondere mit Fragen des „spezifisch lutherischen Widerstandes im Dritten Reich“ befassen.

GESTORBEN

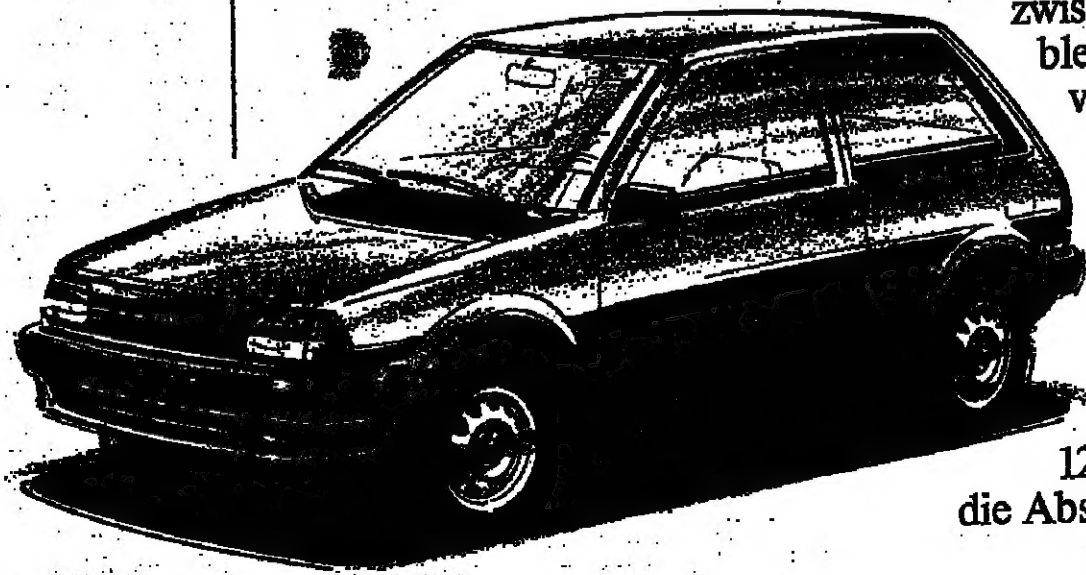
Die argentinische Frauenrechtlerin und Sozialistin Alicia Moreau de Justo ist in Buenos Aires im Alter von 100 Jahren verstorben. Die am 11. Oktober 1885 in London geborene Tochter eines französischen Ehepaares im Exil wuchs in Argentinien auf, wo sie Medizin studierte und unermüdet für das Frauenwahlrecht kämpfte, das in den fünfziger Jahren von Evita Peron eingeführt wurde. „Der Feminismus ist der sozialen Wirklichkeit nicht fremd: Die Frau befreit sich gemeinsam mit dem Mann, nicht gegen ihn“, resümierte Alicia Moreau ihr feministisches und sozialistisches Engagement.

Das Ergebnis der neuen ADAC-Pannenstatistik:

WIR HABEN GESIEGT. SIE HABEN GEWONNEN. TOYOTA



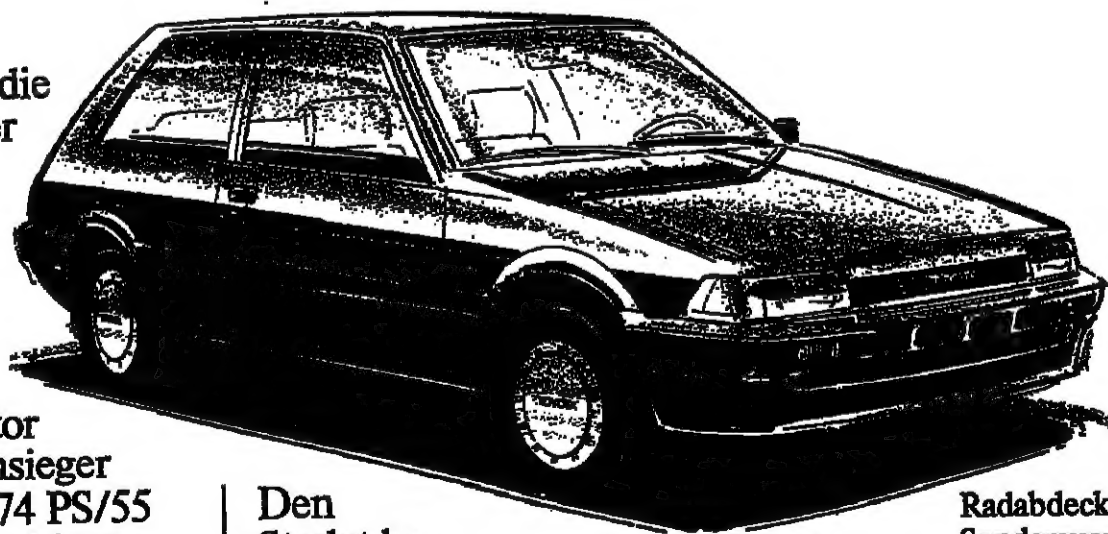
Die neuen Sieger heißen: Toyota Starlet in der kleinen Klasse. Und Toyota Corolla in der unteren Mittelklasse. Denn diese beiden hatten 1985 jeweils die wenigsten Pannen. Was vor allem die Qualität und Zuverlässigkeit der Toyota Mehrventil-Motoren besonders eindrucksvoll unter Beweis stellt. Für den Fahrer bedeutet das: weniger Ärger, weniger Reparaturen, weniger Autokosten. Der hohe technische Standard bei Toyota zählt sich also in Mark und Pfennig für



Sie aus. Hinzu kommen die steuerlichen Vorteile. Der ADAC-Klassensieger Starlet ist mit 1,0-l-Motor und 54 PS/40 kW ohne Katalysator steuerfrei. Sie sparen in 3 1/2 Jahren bis zu DM 750,-. Ebenfalls ohne Katalysator spart der ADAC-Klassensieger Corolla mit 1,3-l-Motor, 74 PS/55 kW und 5-Gang-Getriebe bis zu DM 109,- Kfz-Steuern pro Jahr. Beide lassen Ihnen die freie Wahl zwischen umweltfreundlichem, bleifreiem Benzin und dem verbreiteten Normalbenzin.

Und für beide gilt auch das günstige Finanzierungsangebot:

3,33% effektiver Jahreszins bei 33 % Anzahlung und Laufzeiten von 12, 24 und 33 Monaten über die Absatzkreditbank.



Radabdeckung
Sonderausstattung.

Den Starlet bekommen Sie ab DM 12.640,- und den Corolla ab DM 14.740,- unverbindliche Preisempfehlung plus Überführung. Treffen Sie Ihre Wahl. Und Sie haben gewonnen.

TOYOTA

*Widuts ist
unmöglich*

Das aktuelle Fachbuch

Was Dioxin und Curare verbindet

Zu allen Zeiten kannten die Menschen Gifte - und fürchteten sie. Stets war der Begriff Gift für den Menschen mit starken Emotionen beladen, weil sich mit diesem Wort die Vorstellung von Leiden, Not und Tod verbindet. Magier, Priester, Alchemisten und „Hexen“ manipulierten in früheren Zeiten mit Giften; Ärzte, Pharmazeuten und Chemiker arbeiten heute mit ihnen und erforschen ihre Wirkung.

Das Buch vermittelt einen ausführlich geschilderten kulturgeschichtlichen Überblick zum komplexen Thema Toxikologie. Es berichtet auch über Vorkommen, Gewinnung, Anwendung und Bekämpfung der im Tier-, Pflanzen- und Mineralreich vorkommenden Gifte. Die Wirkung von Fungiziden und Zyklophosphat auf den menschlichen Organismus wird ebenso wie die giftige Wirkung der Kugelfische beschrieben.

Für den naturwissenschaftlich Interessierten werden von Fall zu Fall die chemischen Strukturformeln gleich mitgeliefert. Ein minutiös ausgearbeitetes Sachregister ist bei der Benutzung als Nachschlagewerk wertvoll.

D. T. „Gift: Magie und Realität, Nutzen und Verderben“, von Dieter Martini und Karlheinz Lohs, Callwey-Verlag, München 1984, 184 Seiten mit 55 einfarbigen und 52 vierfarbigen Abbildungen, DM 58,-.

„Heilmittel“, die keine sind

Zunehmend werden Psychopharmaka allzu bedenkenlos und ohne begleitende Psychotherapie als „Hausmittel“ gegen seelische Störungen aller Art eingenommen. Die unkontrollierte Verabreichung dieser Medikamente birgt erhebliche Gefahren in sich, wie Überdosierung und Entstehung eventueller körperlicher Schädigungen, die Verschleierung von Erkrankungen und manchmal die Entwicklung von Gewöhnung und Abhängigkeit bis hin zur Sucht.

Die Autoren stellen die einzelnen Medikamentengruppen übersichtlich und umfassend vor, erklären, welche Psychopharmaka zu vermeiden und welche im gegebenen Fall genommen werden können. Wertvoll ist die Beschreibung eines menschenwürdigen Therapiekonzeptes als Gegensatz zu einer rein chemisch orientierten psychischen Therapie. Die Kräfte der Selbstheilung und Selbstregulierung sollen dabei gefördert werden.

Interviews mit Patienten über ihre Erfahrungen, ein kleines Lexikon der Fachausdrücke, Adressen von Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen sowie ein Medikamentenverzeichnis runden diesen nützlichen Ratgeber ab.

D. T. „Chemie für die Seele, Gefahren und Alternativen“, von Josef Zehentbauer und Wolfgang Steck, Atheneum-Verlag, Königstein/Ts., 336 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, DM 24,80.



Auf einigen Flughäfen ist das Verbot von Lärmteuer geworden. So werden z. B. seit April dieses Jahres auf dem Münchner Flughafen in einer neuen Landegebührenordnung kleine Flugzeuge mit einer Fluggeschwindigkeit von 100 km/h oder weniger bestraft. Für Flugzeuge, die die vorgeschriebene Lärmgrenzwerte der Internationalen Luftfahrtorganisation übertreffen, gibt es einen zehnprozentigen Aufschlag. Zu dieser Klasse gehören z. B. der Airbus A 310, die Boeing 767, die DC 9/80 und der modernisierte Jumbo 747.

FOTO: DPA

Vom Donnervogel zum Flusterjet

Im Kampf gegen den Lärm von Passagierflugzeugen vermehren Physiker weitere Erfolge

Von HORST MEERMANN

Die Belastung durch Fluglärm, die in der Bundesrepublik Deutschland noch bis in die 70er Jahre hinein angestiegen war, hat in letzter Zeit abgenommen. Der Trend zu einer weiteren Verringerung der Fluglärmbelastung wird sich auch in Zukunft - trotz wachsender Anzahl der Flüge - fortsetzen, insbesondere, weil ältere durch neue, weniger laute Flugzeuge ersetzt werden. Dieses Fazit ziehen Prof. Ernst-August Müller, Direktor am Göttinger Max-Planck-Institut für Strömungsforschung, und sein Kollege Dr. Klaus Matschat nach über dreißig Jahren Forschungsarbeit zur Entstehung, Ausbreitung und Minderung des Fluglärms.

Zur Berechnung der Fluglärmbelastung verwenden die Forscher eine Vielzahl von Angaben. Die wichtigsten flugfeldspezifischen Daten sind dabei: die Lage der Start- und Landebahnen, der Verlauf der An- und Abflugstrecken und die Belegung dieser Strecken mit Flügen von Flugzeugen bestimmter Typen und Beladungen.

Individuelles Lärmgebirge

Für jeden Einzelflug wird ein bestimmtes Flugverfahren zugrunde gelegt, beispielsweise für Abflüge ein lärmminimierendes Startverfahren, das von der Bundesanstalt für Flugsicherung empfohlen wird. Aus den akustischen Eigenschaften der Triebwerke kann dann mit Hilfe der Schallausbreitungsgesetze für jeden Punkt

auf dem Erdboden die gesamte aus den Vorbeiflügen in einem bestimmten Zeitraum resultierende Schallbelastung ermittelt werden. So erhält man für das Umland des Flughafens ein „Lärmgebirge“, dessen Höhenlinien (Linien gleicher Lärmbelastung) vom Computer gezeichnet werden.

Die Genauigkeit der Vorhersage-Verfahren kann mit Hilfe der von den Flughäfen betriebenen Fluglärm-Messstellen überprüft werden. Die Differenzen zwischen Meß- und Rechenwert liegen häufig unter einem Dezibel (dB). Klaus Matschat: „Ein Schallpegel-Unterschied von 1 dB kann vom Menschen gerade noch wahrgenommen werden.“

Insgesamt lassen sich die zur Minderung des Fluglärms angewandten Maßnahmen in vier Gruppen unterteilen:

- Lärmreduktion an der Quelle, so durch den Einbau leiserer Triebwerke und durch deren geeignete Anbringung am Flugzeug;
- Vergrößerung des Abstandes zwischen Flugzeug und den Menschen, die dem Lärm ausgesetzt sind;
- Minderung des Schalls auf dessen Ausbreitungsweg, etwa durch den Einbau von Schallschutz-Fenstern in den Wohnhäusern, die in der Nähe des Flugplatzes liegen;
- Beschränkungen des Flugbetriebs, beispielsweise durch Verbote von Nachtstarts.

Zu den vielfältigen Maßnahmen zur Minderung des Fluglärms gehört auch ein bereits in den 70er Jahren entwickeltes Landeverfahren. Bei dem neuen Verfahren wurden der ho-

izontale Anflug auf 900 m und die Fluggeschwindigkeit auf ca. 390 km/h angehoben. Die Geschwindigkeit wird erst auf dem Gleitweg bei niedrigem Klappenwinkel und niedrigem Schub reduziert.

Berechnungen verfeinern

Erst etwa sieben Kilometer vor Landebahn-Anfang geht das Flugzeug in die Lande-Konfiguration über, die wegen des höheren Widerstands einen höheren Triebwerkschub benötigt und damit höhere Schallabstrahlung verursacht. Die erzielte Minderung des Lärmpegels beträgt je nach Ortslage bis zu 9 dB. Nachdem die Bundesanstalt für Flugsicherung bei den meisten deutschen Verkehrsflughäfen die Anflughöhe heraufgesetzt und die Staffelfahrt der ankommenden Flugzeuge den erhöhten Fluggeschwindigkeiten angepaßt hat, wird das Verfahren seit 1975 allen Flugsugführern zur Anwendung empfohlen.

In Zukunft wollen die Forscher des Göttinger Max-Planck-Instituts die Berechnungen der Fluglärmbelastung noch weiter verfeinern. Dazu Prof. Müller: „Die bisherigen Rechenverfahren sind standardisiert. Dabei gehen aber Feinheiten verloren, etwa die Abhängigkeit der Schallabstrahlung von der räumlichen Orientierung des Flugzeugs.“ Beispielsweise müsse man in die Berechnungen die Besonderheiten des Kurvenflugs einbeziehen oder auch die Art der vom Piloten ausgeführten Flugmanöver, etwa beim Steigflug nach dem Start.

Mangel mit schwerwiegenden Folgen

Mediziner sehen das Schilddrüsen-Vorsorgeprogramm in der Bundesrepublik gefährdet

Von VERA ZYLKA

Im Mittelpunkt der Verwirrung um die gesundheitlichen Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl stehen nach wie vor die radioaktiven Isotope Jod 131 und Caesium 137. Dem Jod kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. So reagiert die Bevölkerung aus Angst vor Strahlenschäden mit einem Run auf Apotheken und Panikläufen von Jodtabletten. Daraufhin warnen Institutionen des Gesundheitswesens und verschiedene Behörden vor deren Einnahme, da wegen des geringen Fallouts von Jod-131 ihre Verabreichung unnötig war.

In der Öffentlichkeit wurde so ein falsches Bild über Nutzen und Risiken der unterschiedlichen Jodtherapien hervorgerufen. Die amtliche Warnung hat viele Patienten verwirrt, die Jodtabletten und andere Schilddrüsenmedikamente bereits seit Jahren aufgrund ärztlicher Verordnung einnehmen. Aber auch Bundesbürger, die Jodpräparate zur Vorbeugung einer Jodmangelstruma („Kropf“) verwenden, sind zunehmend verunsichert.

Schutz vor Strahlen?

Von der Öffentlichkeit wurde nicht ausreichend beachtet, daß die behördlichen Warnungen vor der Einnahme von Jodtabletten sich ausschließlich auf Präparate mit tausendfach höherem Jodgehalt beziehen. Diese hochdosierten „Reaktor-unfalltablets“ (100 Milligramm Kaliumjodid pro Tablette) dienen der „Blockierung“ der Schilddrüse. Sinn dieses Präparates ist es, durch Auf-sättigung des Organs mit therapeuti-

chem Jod die Aufnahme des radioaktiven Isotops um den Faktor zehn zu verringern. Der Einsatz dieser hochdosierten Jodtabletten soll ausschließlich für den Atomunfall mit hohen Strahlenbelastungen vorbehalten sein.

Mediziner des „Arbeitskreises Jodmangel“, sehen jetzt gefährdet, was sie seit Jahren in breitangelegten Kampagnen zum Schutz der Bevölkerung initiiert hatten. Die undifferenzierte Warnung der Anwendung von Jodtabletten übt eine solche Breitenwirkung aus, daß nunmehr von der Öffentlichkeit das Gesamtkonzept der Jodeinnahme zur Verhütung von Kropfbildung und Folgeerkrankungen in Frage gestellt wird. Besorgt über diese Entwicklung äußern sich jetzt die Mitglieder der Sektion Schilddrüse der Deutschen Gesellschaft für Endokrinologie, Prof. Dieter Hötzel und Prof. Peter Pannenstiel.

Im Gegensatz zur Hochdosierung, wie sie die Einnahme von „Reaktor-unfalltablets“ vorsieht, schützt hingegen die Applikation von Jod in physiologischer Dosierung (0,1 Milligramm Wirkstoff pro Tablette) die Gesundheit der Bevölkerung in doppelter Hinsicht: Einerseits schafft sie eine bessere gesundheitliche Ausgangslage bei etwaigen weiteren Atomzwischenfällen.

Prof. Pannenstiel: „Eine jodverarmte Schilddrüse nimmt im Mittel 60 bis 70 Prozent des radioaktiven Jods auf, eine ausreichend mit Jod versorgte hingegen nur 20 bis 30 Prozent. Andererseits gelte es festzuhalten, so der Mediziner, daß eine geeignete tägliche Jodprophylaxe der

Kropfbildung und Schilddrüsenfunktionsstörungen entgegenwirkt.

Jod stellt den Schlüsselbaustein der lebenswichtigen Schilddrüsenhormone dar, mit denen alle Stoffwechselvorgänge im menschlichen Organismus reguliert und im Gleichgewicht gehalten werden. Alle Bestandteile der Schilddrüsenhormone kann die Schilddrüse selbst auf biologischem Weg herstellen - mit Ausnahme des Elementes Jod.

Jodhaltige Nahrung

Ein Jodmangel hat eine verminderte Produktion von Schilddrüsenhormonen zur Folge. Dies äußert sich in Müdigkeit, nachlassender Leistungsfähigkeit, Nervosität, Konzentrationschwäche, Kopfschmerzen, Herzbeschwerden sowie Lern- und Merkschwierigkeiten bei Schulkindern, im Extremfall in geistigen und körperlichen Reifungsstörungen von Neugeborenen.

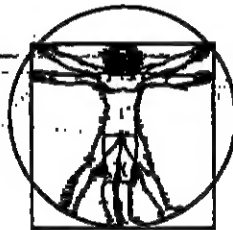
Wird dem Organismus nicht über die Nahrung (Seefische, Muscheln, Vollkorn, Hühnerfleisch, Apfeln, Spinat, jodiertes Salz) oder medikamentösen Ersatz die täglich erforderliche Dosis von 150 bis 200 Mikrogramm (Millionstel Gramm) zugeführt, dann versucht er aus eigenen Kräften diesen Mangel zu kompensieren.

So gelangen über die Schilddrüsenhormon-Konzentrationen im Blut ständig Informationen an die übergeordneten Regulationszentren, des Hypophysenvorderlappens und den Hypothalamus. Nach dem Prinzip der negativen Rückkopplung veranlassen sie die Schilddrüse zu einer zahlenmäßigen Vermehrung der Zellmasse, was einer Vergrößerung des Organs, der Kropfbildung, entspricht.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Gefräßige Ameisen

São Paulo (AFP) - Milliarden von Feuerameisen haben in wenigen Jahren im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul 230 000 Hektar Eukalyptuswald vernichtet. Die Eukalyptus-Wälder waren in den siebziger Jahren angepflanzt worden, um in dieser Region im Südwesten Brasiliens eine Holz- und Papierindustrie zu schaffen. Die ersten Symptome der wirtschaftli-



chen und ökologischen Katastrophe wurden bereits vor sechs Jahren festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 65 000 Hektar Wald von den gefräßigen Ameisen vernichtet worden. Der brasilianische Agronom Nelson Teixeira de Mendonça sprach von der „größten Konzentration von Ameisenhaufen in der Welt“.

Narkose-Computer

Bonn (DW) - Ein Fortschritt auf dem Gebiet der Narkoseforschung ist dem Bonner Institut für Anästhesiologie gelungen: In über zehnjähriger Forschung wurden Computer-

Saljut-7 in Betrieb

Moskau (AFP) - Die beiden sowjetischen Kosmonauten Leonid Kizim und Wladimir Solowjew sind derzeit dabei, die Raumstation Saljut-7 betriebsbereit zu machen, in der sie sich seit einer Woche aufhalten. Dies meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS. Am

„DDR“-Waldschäden

Berlin (dpa) - Die Bemühungen zur Bekämpfung der Waldschäden in der „DDR“ sind nach den Worten von „DDR“-Forstwissenschaftler Prof. Horst Kurth in den letzten Jahren „sehr hoch“. Kurth bezeichnete die schadstoffbedingten Schäden der Bäume in der Leipziger „Volkszeitung“ als „ernstes Problem“. Vordringend gehe es darum, „bereits eingetretene Schäden zu mindern“ und die Waldfunktion zu erhalten. Es gebe auch Versuche, „gegen Umwelteinflüsse“ weniger gefährdete Pflanzen zu pflanzen. Die „DDR“ wolle den Bestand an Laubbäumen wieder erhöhen und vor allem den Fichtenanteil aus stärker belasteten Gebieten zurückdrängen. Auf einem Zehntel der Waldfläche würden zudem Koniferen eingebürgert, unter anderem Douglasien und Kieferntannen.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

Der Mensch - eine kosmische Epizentrum - über die neue Astronomie und die Stellung des Menschen im Kosmos sprach Adelbert Reif mit dem Direktor des Max-Planck-Instituts für Astronomie, Prof. Hans Esdasser.

„Als die Uruppe nach Soda schmeckte“ - Matthias Glaubrecht zur Vermutung Hamburger Geologen, daß Ozeane früher alkalisch waren.

Montag hätten die Kosmonauten die Funktionstüchtigkeit des Steuerungssystems der Station überprüft. Jetzt stünden die Kontrolle und Wartung einiger Bestandteile der elektrischen Leitungen auf dem Programm. Kizim und Solowjew, die bereits seit zwei Monaten im Welt- raum sind und sich zuvor in der neuen Raumstation Mir aufhielten, sind TASS zufolge bei guter Gesundheit.

Der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V. informiert: Was hat Kalk mit dem Umweltschutz zu tun?



Kalk macht Natur.

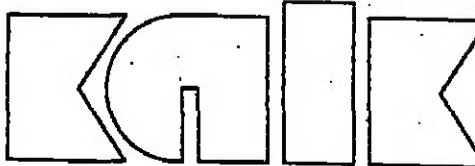
Kalk ist als bewährter und fortschrittlicher Naturstoff an der Herstellung einer unendlichen Zahl von Produkten direkt oder indirekt beteiligt. Es sind Produkte, die uns tagtäglich umgeben, die uns auf Schritt und Tritt begegnen. So bewahrt Kalk zum Beispiel im Umweltschutz, was er kann. Kalk entschwefelt Rauchgase, macht Wasser zu Trinkwasser, reinigt Abwasser und befreit Klärschlamm von schädlichen Substanzen. Er ist der natürliche Helfer unseres vom sauren Regen bedrohten Waldes.

Aber das ist nur einer seiner vielen Anwendungsbereiche. Überall wird Kalk mit großem Erfolg eingesetzt. Und die Grenzen seiner Anwendungsmöglichkeiten sind noch längst nicht erreicht.

Kalk ist und bleibt ein unersetzliches Schlüsselement unseres Lebens, ein Geschenk der Natur, ohne das es den Fortschritt von heute und morgen nicht gäbe.

Für mehr Informationen über „Kalk und seine überaus vielfältigen Einsatzmöglichkeiten“ halten wir für Sie Informations-Broschüren bereit: O Kalk in der Land- und Forstwirtschaft O im Umweltschutz O in der Baustoffindustrie O im Straßen- und Betonbau O in der Mörtel- und Putzindustrie O in der Industrie (d. h. Eisen und Stahl, Chemie, Glas, Zucker, Kosmetik, Papier...)

Bitte anfordern beim: Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V., Annstr. 67-71, 5000 Köln 51, Tel. 02 21/37 69 20, Telex 8 882 674



Kalk ist mehr. Viel mehr.

Dr. Walter Matuschke

* 11. 5. 1903

† 8. 5. 1986

In stiller Trauer

Angela Fries-Matuschke, Wiesbaden
Bettina Matuschke-Jouannet, Genf
Cornelia Berman geb. Matuschke, Hamburg
Alexander Matuschke, München
Verena, Thomas, Julia als Enkelkinder

Die Trauerfeier findet am 16. Mai 1986, 11.00 Uhr, auf dem Friedhof Chapelle du Crématoire de St. Martin, Vevey, Schweiz, im engsten Familienkreis statt.

Bettina Jouannet
9 Avenue des Cavaliers CH-1224 Genf

Am 8. Mai 1986 verstarb kurz vor Vollendung seines 83. Lebensjahres

Dr. Walter Matuschke

Wir trauern um unseren ehemaligen Technischen Direktor, der sich große Verdienste um den Aufbau unserer Druckereien erworben hat. Als weltweit anerkannter Fachmann war er Gründer und Ehrenpräsident der internationalen Verbände der Druckindustrie IFRA (Inca - Fiey Research Association) und ERA (European Rotogravure Association).

AXEL SPRINGER VERLAG

Vorstand und Geschäftsführung

Sei getreu bis an den Tod,
so will ich Dir die Krone des Lebens geben.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Dr. med. Karl Hermann Spannagel

* 29. November 1909

† 13. Mai 1986

Im Namen der Familie:

Ingeborg Spannagel
geb. Fuchs

5828 Ennepetal-Voerde, Milsper Str. 14, den 13. Mai 1986

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 16. Mai 1986, um 13.30 Uhr in der Friedhofskapelle Ennepetal-Voerde statt. Anschließend erfolgt die Beisetzung.

Birne keine Beileidsbesuche und Beileidsbezeugungen am Grabe. Statt freundlichst zugedachter Blumen wird eine Spende zugunsten der Evang. Stiftung Lohernocken, Ennepetal-Voerde, Konto-Nr. 1 004 845, Sparkasse Ennepetal, BLZ 454 510 60, erbeten.

Allen, derer wir in unserer Trauer nicht gedenken, diene diese Anzeige.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch
oder fernschriftlich
durchgegeben werden

Telefon: Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
oder -42 30


Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Liebe Leser

Schreiben Sie bitte die Chiffre-Nr. möglichst deutlich, wenn Sie auf eine Chiffre-Anzeige antworten. Sie ersparen sich damit Zeit und unnötige Rückfragen.

**Wir sorgen für die Gräber.
Wir betreuen die Angehörigen.
Wir arbeiten für Versöhnung
und Frieden.**

 **Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge**
Werner-Hilpert-Str. 2, 3500 Kassel · Postgiro Kontonummer 4300-603 Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60.

Wir trauern um

Dipl.-Ing. Hellmut Eilsberger

Träger des Großen Verdienstkreuzes des
Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Träger der belgischen Orden
Officier de l'Ordre de la Couronne
Officier de l'Ordre de Léopold II

Wie schon sein Vater hat der Verstorbene sein gesamtes berufliches Leben dem Hause Solvay in Deutschland gewidmet. Als Mitglied der Geschäftsführung der Deutschen Solvay-Werke von 1946 bis 1968 hat er in schwieriger Nachkriegssituation zunächst deren Existenz gesichert und das Unternehmen dann in zäher Aufbauarbeit zu ungewöhnlichem Erfolg geführt. In seiner Tätigkeit zeichneten ihn hohe persönliche Kultur, unternehmerischer Weitblick und stets ein besonderer Sinn für die Verpflichtung gegenüber allen Mitarbeitern aus.

In Dankbarkeit und Verehrung nehmen wir Abschied.

Aufsichtsräte, Geschäftsführer, Betriebsräte und Mitarbeiter

der

Deutsche Solvay-Werke GmbH

Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen



Ein Abonnement der Zeitschrift WELTKUNST

Aktuelle Zeitschrift für Kunst und Antiquitäten

Ein halbes Jahr alle 14 Tage ein aufwendig gestaltetes Heft mit vielen brillanten Farbbildern. Anerkannte Experten berichten aus der bildenden Kunst und dem Kunsthandwerk. WELTKUNST informiert Sie umfassend über bedeutende Ausstellungen, Auktionen, Kunstmessen und den Kunsthandel des In- und Auslandes. In jeder Ausgabe finden Sie den aktuellen Auktions-, Ausstellungs- und Messekalender.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Absende-Datum) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Prämien-Gutschein

Ich bin der Vermittler. Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür wünsche ich:

Das WELTKUNST-Abonnement

Vorname/Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorw./Tel.: _____ Datum: _____

Der neue Abonnent gehört nicht zu meinem Haushalt. Die Dankeschön-Prämie steht mir zu, wenn das erste Bezugsgeld für das neue Abonnement beim Verlag eingegangen ist.

Unterschrift des Vermittlers: _____

Bestellschein

Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der günstigste Abonnementspreis beträgt im Inland monatlich DM 27,10, anteilige Versandkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Die Abonnements-Bedingungen ergeben sich aus dem Impressum der WELT. Ich war während des letzten halben Jahres nicht Abonnent der WELT.

Vorname/Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorw./Tel.: _____ Datum: _____

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (rückständige Abrechnung gratis) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____



Hans Rosenthal: „Das war Spitze“-Quizmaster

Jubiläum für Rosenthals Quiz - Erfolg durch Zurückhaltung des Showmasters?

Es sprudeln des Rätsels Lösungsworte

Tempo bestimmt das Spiel. Spontaneität führt in die zweite Runde. Schlagfertigkeit bringt den Erfolg - im Fernsehen zumindest zehnmal jährlich anderthalb Stunden, wenn sich Schauspieler, Showstars, Sportler und Politiker zum Begriffe-Rufen treffen, wenn Quizmaster Hans Rosenthal alle die vor den Bildschirm lockt, die sich gern amüsieren, keine Anstrengung, sondern Entspannung (Rosenthal) wollen. Auf „Dalli-Dalli“ sprudeln dann die Namhaften des Rätsels Lösungsworte hervor und erfüllen so die Forderung nach leichtem Entertainment, das die ZDF-Programmdirektoren der Sendung ins Konzept schrieben. Daß heute die 150. Folge ausgestrahlt wird, fünfzehn Minuten länger als üblich, spricht für den Erfolg des Ratespiels.

Viele Ideen, um das Publikum noch länger gut zu unterhalten, faßt Hans Rosenthal seine Wünsche zusammen. Denn sein Zuegfeld ist im Abendprogramm ganz künftig am Start. „Solange „Dalli-Dalli“ gut im Rennen liegt, wird es weiterlaufen“,

zunächst bis Ende 1987, so weit reicht die Programmplanung.

Ständig aufgepeppt wird die Show, die von ihren Kandidaten oft akrobatisches Geschick fordert, aber in erster Linie Phantasie verlangt, um beispielsweise verbal und blitzschnell Reisegepäck oder Kochzutaten zusammenzusetzen. Zum Jubiläum nehmen mit Eduardo Fencillos und Adrien Melsch, Botschafter Spaniens und Luxemburgs in Bonn, erstmals

Dalli-Dalli - ZDF um 19.30 Uhr

Diplomaten auf den Kandidatenstühlen Platz. Und natürlich gibt es neue Spiele, bei denen jetzt die Zuschauer im Saal und zu Hause sogar Geld gewinnen können.

Damit das Publikum mitteilen kann, was es von dem Wettbewerb vor der Bühne hält, gibt es das geprüfte „das war Spitze“. Das Schlagwort stammt von Rosenthals Schwiegervater. Das Springen war „beim ersten Mal ganz spontan“. Um aber die Spiele stets „Spitze“ werden zu las-

sen, testet Rosenthal sie vor ihrer Kameralpremiere.

Angefangen hat die „Dalli-Dalli“-Geschichte 1971. Hans Rosenthal sollte eine große Abendshow konzipieren - kein schwieriges Pensum, keine Show mit Orchester und Ballett. In Berlin sollte das Quiz, das jetzt in München und Wien gedreht wird, ursprünglich immer starten. So erklärt Rosenthal auch den Titel: „Ich wollte gerne Schwung in die altherwürdige Stadt bringen.“ Seitdem bietet der Quizmaster allen zu Hause die Chance, sich an den Berühmtheiten in der Kandidatenrolle zu messen. Denn bei „Dalli-Dalli“ kann jeder mithalten und braucht sich nicht von vor wissen strotzenden Experten belehren oder gar frustrieren zu lassen.

Hans Rosenthal glaubt dabei, der Erfolg seiner Show geht nicht allein auf das Konzept zurück: „Ich bin kein Star, sondern präsentiere die Gäste. Ich halte mich selbst im Hintergrund. Das ist sicher ein Grund, warum „Dalli-Dalli“ länger hält als vergleichbare Quiz-Formate.“

MARTINA SCHELMANN

KRITIK

Einflussende Beschaulichkeit

Große Teile von Mexiko-Stadt, der größten Stadt auf unserem Planeten, sind - mit Verlaub - ein Dreckloch, das einem Vergleich mit der New Yorker Bronx allemal standhält. Dort, wo die Erde fast täglich bebzt und nach einigen Stunden Aufenthalt die Augen unauffällig brennen, drängen sich bereits heute 18 Millionen Menschen - amesengleich - auf einer Fläche von 1000 Quadratkilometern. Und der Zustrom reißt nicht ab, auch wenn die, die es wissen müssen, ständig warnen. Denn, so propheten die Experten, bei 25 Millionen ist alles vorbei, dann kommt der Kollaps, weil das Wasser nicht mehr getrunken, die Luft nicht mehr geatmet werden kann.

Wer das alles weiß, wundert sich über die bunten Bilder der Reportage am Montag. Wenn einer Stadt die Luft wegbleibt (ZDF). Man wartet auf Szenen, die das Ausmaß der Gefahr deutlich machen. Vermittelt wurde indes musseles Geplänkel,

eingebettet in einhüllende Beschaulichkeit. Was ZDF-Mittelamerika-Korrespondent Harald Jung da einsammelt, artet in eine gebremste Zustandsbeschreibung aus, zu haubacken und zu bieder für das Medium Fernsehen. Nur wenige seiner Impressionen beeindruckten und gingen unter die Haut.

DIETER THIERBACH

Verhexte Schablonen

Wenn einer 75 wird, ehrt ihn auch das Fernsehen. Ist es Max Frisch, zeigt das ZDF Andorra. Ein „Modell“, wie Frisch es nannte, aus „Zeiten, die auf Schablonen verhext sind“. Daran hat sich auch in der Deutung des Stücks nichts geändert. Schablonenhaft sehen alle darin den Antisemitismus behandelt.

Doch der ist ja selbst Teil des Modells. Das Stück ist mehr. Wie in allen Werken Frischs seit „Stiller“ (1964) geht es auch hier um die Identität des einzelnen und um die Möglichkeit, er selbst sein zu können. Und Frisch

weiß - wie schon Kleist - daß uns unser Ich erst von einem Du und vom Wir der anderen zukommt. Und wenn alle nicht „wie alle“ sein, wenn alle ihn spüren lassen und es ihm sagen, daß er „anders“ ist.

Der recht trockenen Düsseldorfer Aufführung, die das ZDF aufzeichnete, war das schon auf der Bühne nicht zu entnehmen. Regisseur Peter Heusch hatte sich allzu sehr auf die Brecht-Technik verlassen, die Frisch gerade in diesem Werk meisterlich auf die Spitze trieb. Nur ist sie in dem Vierteljahrhundert, die „Andorra“ alt ist, ziemlich ranzig geworden. Der Bildregisseur muß das gemerkt haben: Um den Mangel auszugleichen, arbeitete er anfangs mit Gegenschnitten: Barblin auf der Straße, die Bürger in der Kneipe. Nur hielt er das Verfahren nicht durch, und die Inszenierung, in der die Figur des Andrei nicht im mindesten entwickelt ist und keinerlei Wandlung durchmacht, war durch diesen Trick nicht zu retten. Wenn einer 75 wird, ist er zu ehren, gewiß. Nur darf das nicht zur Pflichtübung werden.

HORST ZIERMANN

Abschreckung gegen Spielzeug

Fernsehen und Politik haben eine Wechselwirkung, wenn flache Sendungen die einzige Informationsquelle sind. Zum Beispiel Panorama (ARD) über die neuen chemischen US-Waffen. Man erhielt den Eindruck, bismarische Militärs hätten nichts anderes im Sinn als C-Krieg. Moderator Gatter setzte fromm: „Als ob es nicht schon genug brandgefährliches Kriegsspielzeug in Europa gäbe!“ Daß die USA sich verpflichtet haben, chemische Waffen nicht als erste einzusetzen, blieb unerwähnt; ebenso, daß gerade beschlossen wurde, neue US-C-Waffen nicht in Friedenszeiten hier zu lagern.

Gut war allerdings - wohl ungezogen - Soldaten in C-Schutzkleidung zu zeigen, denn die Hälfte der konventionellen Stärke gingen verloren, wenn die Verteidiger in die umständlichen Anzüge gezwungen würden. Daß man den potentiellen Angreifer auf allen Ebenen abschrecken muß, wurde aber auch nicht erwähnt. cvb



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

ARD	ZDF
09.57 Heute im Parlament Neue Heimat nur in den ARD-Kanälen: 2.18 Die Sendung mit der Maus 9.45 Info Arbeit und Beruf	10.00 Tagesschau und Tagesschau 10.25 Deutschland - Holland 12.00 Umsonst 12.18 ZDF Magazin 15.00 Tagesschau
15.00 Tagesschau 15.05 Expeditionen ins Tierreich Heinz Sielmann zeigt: Eine Welt der Gefiederten Naher Waldsee liegt einer der größten Vogelparke der Welt, der Endbühne in die Vogelwelt von fünf Kontinenten eintritt.	14.00 Heute 14.05 Heute 14.10 Heute 14.15 Heute 14.20 Heute 14.25 Heute 14.30 Heute 14.35 Heute 14.40 Heute 14.45 Heute 14.50 Heute 14.55 Heute 15.00 Heute 15.05 Heute 15.10 Heute 15.15 Heute 15.20 Heute 15.25 Heute 15.30 Heute 15.35 Heute 15.40 Heute 15.45 Heute 15.50 Heute 15.55 Heute 16.00 Heute 16.05 Heute 16.10 Heute 16.15 Heute 16.20 Heute 16.25 Heute 16.30 Heute 16.35 Heute 16.40 Heute 16.45 Heute 16.50 Heute 16.55 Heute 17.00 Heute 17.05 Heute 17.10 Heute 17.15 Heute 17.20 Heute 17.25 Heute 17.30 Heute 17.35 Heute 17.40 Heute 17.45 Heute 17.50 Heute 17.55 Heute 18.00 Heute 18.05 Heute 18.10 Heute 18.15 Heute 18.20 Heute 18.25 Heute 18.30 Heute 18.35 Heute 18.40 Heute 18.45 Heute 18.50 Heute 18.55 Heute 19.00 Heute 19.05 Heute 19.10 Heute 19.15 Heute 19.20 Heute 19.25 Heute 19.30 Heute 19.35 Heute 19.40 Heute 19.45 Heute 19.50 Heute 19.55 Heute 20.00 Heute 20.05 Heute 20.10 Heute 20.15 Heute 20.20 Heute 20.25 Heute 20.30 Heute 20.35 Heute 20.40 Heute 20.45 Heute 20.50 Heute 20.55 Heute 21.00 Heute 21.05 Heute 21.10 Heute 21.15 Heute 21.20 Heute 21.25 Heute 21.30 Heute 21.35 Heute 21.40 Heute 21.45 Heute 21.50 Heute 21.55 Heute 22.00 Heute 22.05 Heute 22.10 Heute 22.15 Heute 22.20 Heute 22.25 Heute 22.30 Heute 22.35 Heute 22.40 Heute 22.45 Heute 22.50 Heute 22.55 Heute 23.00 Heute 23.05 Heute 23.10 Heute 23.15 Heute 23.20 Heute 23.25 Heute 23.30 Heute 23.35 Heute 23.40 Heute 23.45 Heute 23.50 Heute 23.55 Heute 24.00 Heute



SAT 1
15.00 Marco 15.30 Lasse 16.00 Kicker-Studio 16.30 Kicker-Studio 16.50 Kicker-Studio 17.00 Kicker-Studio 17.30 Kicker-Studio 18.00 Kicker-Studio 18.30 Kicker-Studio 19.00 Kicker-Studio 19.30 Kicker-Studio 20.00 Kicker-Studio 20.30 Kicker-Studio 21.00 Kicker-Studio 21.30 Kicker-Studio 22.00 Kicker-Studio 22.30 Kicker-Studio 23.00 Kicker-Studio 23.30 Kicker-Studio 24.00 Kicker-Studio

III.

WEST 15.00 Telejournal II 15.30 Die Sendung mit der Maus 15.40 Axelita Stunde 15.50 Tageschau 16.05 Lederne Flammen Amerikanischer Spielfilm (1942) 16.15 Filmip 16.20 In Sochen Ernst Thälmann 16.32 Keltenszenen 16.10 Osnip Mandelstam Der russische Dichter 16.50 Tips Nr. Leser	15.25 Autoreport 15.30 Drei aktuell 15.40 Kaskaden 15.51 B. Oppenheim, Atomphysik 16.10 Frankfurt Postvorlesungen Hermann Lenz
SÜDWEST 19.00 Abendchau 19.25 Sandmännchen 19.30 Zum Testen mit der Armut Italienischer Spielfilm (1945) Nur für Baden-Württemberg: 21.00 9 aktuell 21.15 Politik Südwert Nur für Rheinland-Pfalz: 21.00 Neues aus 9 Nur für Rheinland-Pfalz: 21.15 Transport Gemeinschaftsprogramm: 21.45 Sport unter der Lupe 22.30 So lesen	
NORD 15.00 Dornen-Tennis aus Berlin Sportveranst. Fest Hannover Aufzeichnung vom 7. Mai 15.20 Die Erde mit der Wiese 15.30 Bedürfnis für den Abendland? Die Erde lebt: Die Wüste 15.40 Tageschau Die Goldküste Amerikanischer Spielfilm (1964) 16.15 Bücherjournal 22.35 Frauen Schriftstellerin Salish Scheinhart Hochzeiten	BAWERN 15.15 Hauptstadt Bericht 16.45 Rundschau 19.00 Wirbelwind der Liebe Amerikanischer Spielfilm (1941) 20.50 Evangelische Kadetten in d. Serie Bestandsaufnahme 21.35 Rundschau 21.50 Wandel ohne Revolution Notizen aus Südradio 22.35 Im Gespräch 22.35 Rundschau 23.25 Ein Uhr sechs Franzö.-ital. Spielfilm (1965)
HESSEN 15.00 Trübsinnigkeit und dunkler Fleck 15.10 Hessen Der heilige 15.55 Sammler und Gesammelte 19.00 Band aus Zurliebende 19.20 Hessenschau 19.55 Drei aktuell 20.30 Die Kunst der Nacht Ital.-franz. Spielfilm (1965)	

3SAT

3SAT
15.00 Mini-Zoo 15.30 Sport-Zeit 15.45 Sport-Zeit 15.55 Sport-Zeit 16.05 Sport-Zeit 16.15 Sport-Zeit 16.25 Sport-Zeit 16.35 Sport-Zeit 16.45 Sport-Zeit 16.55 Sport-Zeit 17.05 Sport-Zeit 17.15 Sport-Zeit 17.25 Sport-Zeit 17.35 Sport-Zeit 17.45 Sport-Zeit 17.55 Sport-Zeit 18.05 Sport-Zeit 18.15 Sport-Zeit 18.25 Sport-Zeit 18.35 Sport-Zeit 18.45 Sport-Zeit 18.55 Sport-Zeit 19.05 Sport-Zeit 19.15 Sport-Zeit 19.25 Sport-Zeit 19.35 Sport-Zeit 19.45 Sport-Zeit 19.55 Sport-Zeit 20.05 Sport-Zeit 20.15 Sport-Zeit 20.25 Sport-Zeit 20.35 Sport-Zeit 20.45 Sport-Zeit 20.55 Sport-Zeit 21.05 Sport-Zeit 21.15 Sport-Zeit 21.25 Sport-Zeit 21.35 Sport-Zeit 21.45 Sport-Zeit 21.55 Sport-Zeit 22.05 Sport-Zeit 22.15 Sport-Zeit 22.25 Sport-Zeit 22.35 Sport-Zeit 22.45 Sport-Zeit 22.55 Sport-Zeit 23.05 Sport-Zeit 23.15 Sport-Zeit 23.25 Sport-Zeit 23.35 Sport-Zeit 23.45 Sport-Zeit 23.55 Sport-Zeit 24.00 Sport-Zeit

RTL-plus

RTL-plus
15.00 Mini-Zoo 15.30 Sport-Zeit 15.45 Sport-Zeit 15.55 Sport-Zeit 16.05 Sport-Zeit 16.15 Sport-Zeit 16.25 Sport-Zeit 16.35 Sport-Zeit 16.45 Sport-Zeit 16.55 Sport-Zeit 17.05 Sport-Zeit 17.15 Sport-Zeit 17.25 Sport-Zeit 17.35 Sport-Zeit 17.45 Sport-Zeit 17.55 Sport-Zeit 18.05 Sport-Zeit 18.15 Sport-Zeit 18.25 Sport-Zeit 18.35 Sport-Zeit 18.45 Sport-Zeit 18.55 Sport-Zeit 19.05 Sport-Zeit 19.15 Sport-Zeit 19.25 Sport-Zeit 19.35 Sport-Zeit 19.45 Sport-Zeit 19.55 Sport-Zeit 20.05 Sport-Zeit 20.15 Sport-Zeit 20.25 Sport-Zeit 20.35 Sport-Zeit 20.45 Sport-Zeit 20.55 Sport-Zeit 21.05 Sport-Zeit 21.15 Sport-Zeit 21.25 Sport-Zeit 21.35 Sport-Zeit 21.45 Sport-Zeit 21.55 Sport-Zeit 22.05 Sport-Zeit 22.15 Sport-Zeit 22.25 Sport-Zeit 22.35 Sport-Zeit 22.45 Sport-Zeit 22.55 Sport-Zeit 23.05 Sport-Zeit 23.15 Sport-Zeit 23.25 Sport-Zeit 23.35 Sport-Zeit 23.45 Sport-Zeit 23.55 Sport-Zeit 24.00 Sport-Zeit

INSIDER-INFORMATIONEN für Zulieferer der Raumfahrt-Industrie

Der Markt für die europäischen Raumfahrt-Programme wächst. Speziell für Zulieferer gibt es RAUMFAHRT-WIRTSCHAFT, den ersten europäischen Business-Report. Zweimal monatlich:

- Hintergrundinformationen ● Neue Anforderungen
- Auswahlkriterien für Newcomer ● Ausschreibungen
- Neues aus Forschung und Industrie ● Trends und Analysen

Probeabonnent für drei Monate: DM 195,-.

Zu beziehen bei:

Dr. Harnisch Verlags GmbH, Abt. R-W Blumenstraße 15, 8500 Nürnberg 1

Auslieferungslager

Hannover - Braunschweig - Minden - Kassel (nördlich bis Lüneburg - südlich bis Bad Hersfeld)

PARAGUAY Investoren! Auswanderer!

Irgendwann muß die Transportfrage gelöst werden. Wir sind Spezialisten!

SLT SPEDITIONS-GMBH

Postfach 21 01 16, 2000 Bremen 1

Telefon: 04 21 / 1 50 21, Telex 2 44 693

Warenreste Geschäftsaufstellung

KAUF sofort gegen BAR

Telefon 02 34 / 53 10 35

Telex 8 25 495

An alle Gastronomen!

Wollen Sie Ihre Gäste mit etwas ganz Besonderem überraschen? Dann bieten Sie Ihre Tagesmenü-Karte über eine schöne Kassette an die von einer angenehmen Stimme besprochen sowie mit schöner Musik unterlegt wird.

Melodie Musik-Studio

Postfach 21 01 16, 2000 Karlsruhe

Telefon 02 34 / 53 10 35

Telex 8 25 495

Das Kontor Bürozentrum

IHRE PRÄSENZ IN HAMBURG

* Konferenzraum/Schreibservice *

* mobile Büros * Telefonservice *

* Geschäftsadresse * Telex/Telefax *

Bramfelder Ch. 216, 0 40 1 61 48 21

Wir sind ein junges, leistungsfähiges Unternehmen, das sich ausschließlich mit Wirtschaft und Unternehmensberatung sowie Personalberatung befaßt. Wir decken den gesamten Bereich der Unternehmensberatung ab.

Betriebsanalyse Bankgespräche Liquiditätsbeschaffung Marketing Krisenmanagement Konsumabwendung Marktanalyse Standortanalyse

Sollten Sie unternehmerische Entscheidungen treffen, so stehen wir Ihnen mit qualifizierten Mitarbeitern zur Verfügung. Wir leisten Soforthilfe und stehen Ihnen in einem Gespräch in Ihrem Haus zur Verfügung.

g.w.u.

Gesellschaft für Wirtschaft und Unternehmensberatung mbH

Personalberatung Köln/Leipzig 60

4000 Düsseldorf

Telefon 02 11 / 90 23 12

Telex 5 587 942 pax

Telefax 02 11 / 90 23 12

Telefax 02 11 / 90 23 12

Einstieg in den US-Markt

Wie Sie richtig in den USA Fuß fassen und dabei Fehler vermeiden. Gratis-Info bei

EBCON European Business Consultants Inc.

Rothenbaumchaussee 5

2000 Hamburg 13

Wichtige Immobilienfirmen an der Costa Brava

(Gemeinsam) sucht Vertreter oder Immobilienagentur für den Verkauf zweier ganz fertiger Ferienhäuser. Wir liefern Fotoalbum, Disposition, Video usw. und jeden notwendigen Verkaufsunterlagen. 20 Jahre Erfahrung. Verbindung durch:

IMISA AG Immobilien 14-A

Barcelona 08006 Spanien.

CHINA-HANDELSVERTRETER

mit guten Erfahrungen und Verbindungen, nimmt z. Z. noch weitere Vertretungen entgegen. Angebote um C 2103 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geigerzähler

aus schwed. Armeebeständen preiswert abzugeben.

Ra. 0 61 05 / 69 78

Telex 4 189 938

Wir sind ein angesehenes Unternehmen der österreichischen Textilindustrie, das seit vielen Jahren mit Erfolg den deutschen Markt bearbeitet. Unsere, im eigenen Unternehmen aus hochwertigen Naturfaser-Rohstoffen entwickelten Walkstoffe werden u. a. auch zu

Hausschuhen

verarbeitet, die im Markt gut eingeführt sind. Für diese Produktpalette suchen wir zur Bearbeitung des Raumes Norddeutschland einen

Handelsvertreter

Diese Alleinvertretung möchten wir an einen Herrn vergeben, der im Schuhhandel gut eingeführt ist, entsprechende Erfolge nachweisen kann und bereit ist, eine langfristige Bindung mit uns einzugehen.

Wenn Sie glauben, daß Sie für uns und wir für Sie richtige Partner sind, dann richten Sie bitte Ihre Zuschrift mit den nötigen Erläuterungen (bearbeitete Gebiete, vertretene Kollektionen, ggf. bestehende Vertragspartnerschaften) an die von uns beauftragte Unternehmensberatung, die Ihnen selbstverständlich vertrauliche Behandlung zusichert und die Sie zur Klärung einzelner Fragen auch vorher anrufen können.

Unternehmensberatung Hubert H. Schaefer

Postfach 7234 - 4000 Düsseldorf 1 - Duisburger Straße 115 - Telefon 02 11 - 49 33 77

EXISTENZ-AUFBA

erguthabens wiederangelegt werden sowie die
 Abholung eines Differenzbetrags zum Kauf eines
 in Antzits.

Vorteile einer NV-Bescheinigung wird auf die
 Veranlage in Höhe der Gesamtausschüttung bis
 30. Juni 1986 Rabatt gewährt: 3% bei
 FONDS, AIRAK und UNIGLOBAL, 1,5% bei
 ASENTA und UNIZINS.

**Union
 Investment**

Meinzer LandstraÙe 47, 8000 Frankfurt am Main 1

Malteser-Investments-Gesellschaft mbH, Postfach 18 57 K2,
 6 Frankfurt am Main 18

Wenn Sie das tun ☐ Buchen Sie Z. 1. 1988

Informieren Sie die Union-Fonds und über den Union-Anlagever

Ich bin Anzeigeberechtigter ☐ ja ☐ nein

Ter _____ DW

Im Bauskandal jetzt auch ein SPD-Politiker in Haft

Berliner Exstadtrat Kaiser soll 10 000 Mark erhalten haben

H. R. KARUTZ, Berlin
Mit der Verhaftung eines ehemaligen SPD-Stadtrats und Kreisvorsitzenden seiner Partei und der erneuten Festnahme des Berliner Bauträgers Kurt Franke ist im Bestechungs- und Korruptionsskandal in der Stadt jetzt ein weiteres Kapitel eingeleitet worden. Exstadtrat Bernd Kaiser, der in der Bundestagsverwaltung im Berliner Reichstagsgebäude tätig ist, wird vorgeworfen, für die Vergabe eines Grundstücks von Franke mit 10 000 Mark bestochen worden zu sein. Die Berliner SPD kündigte den Parteiausschluss von Kaiser an, falls sich die Vorwürfe bewahrheiten.

Der 71-jährige Baufinanzier Franke war am 31. Januar 1986 gegen eine Kaution von einer Million Mark wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Seine erneute Verhaftung begründete der Richter mit der Gefahr, Franke könnte sich durch eine Flucht in die Schweiz den deutschen Behörden entziehen. Franke hat dort ein förmliches Wohnrecht. Der Bauträger steht bald in einem weiteren Prozess vor Gericht, weil er die früheren CDU-Baustadträte Wolfgang Antes und Jörg Herrmann mit hohen Summen bestochen haben soll.

Inzwischen wird der politische Skandal weiter aufgearbeitet: Am 26. Mai beginnen die ersten öffentlichen Zeugenvernehmungen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Zu den 29 Zeugen, die die Abgeordneten hören wollen, gehören der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, sein früherer Stellvertreter Heinrich Lummer, CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky, der frühere CDU-Baustadtrat und heutige Hauptangeklagte Wolfgang Antes sowie Beamte aus der Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters.

Zunächst kommt der gesamte Komplex der disziplinarischen Ermittlungen gegen Antes zur Sprache, die schon 1984 begannen, aber nach Auffassung der Opposition zu keinen ausreichenden Konsequenzen führten.

Bei der Sonderkommission der Berliner Polizei, die den umfangreichen Korruptionsskandal der Berliner Nachkriegszeit aufklärt, laufen inzwischen 50 Ermittlungsverfahren gegen 109 Tatverdächtige. Bei 226 Hausdurchsuchungen wurde in 188 Fällen belastendes Material gefunden.

Kohl lobt Tarifpartner

Kanzler: Durch lohnpolitische Vernunft zu neuen Arbeitsplätzen

HANS J. MAHNKE, Heidelberg
Bundeskanzler Helmut Kohl hat den Tarifpartnern bescheinigt, in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geleistet zu haben. Auf einer Veranstaltung des Deutschen Industrie- und Handelstages in Heidelberg sagte Kohl: „Steigende Beschäftigungszahlen signalisieren, daß lohnpolitische Vernunft durchaus zu greifbaren Ergebnissen führt.“ Er wies darauf hin, daß es schon Ende 1985 wieder mehr Arbeitsplätze gab als Ende 1982.

Zum Verhältnis von wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Sicherheit meinte der Kanzler, das Anliegen der sozialen Marktwirtschaft sei heute so aktuell wie zur Zeit, als diese Republik aus den Trümmern wieder aufgebaut wurde. „Wirtschaftliche Lei-

stung und unternehmerisches Engagement des einzelnen stehen nicht im Gegensatz zur sozialen Sicherheit für viele, sondern sie bedingen sich gegenseitig.“ Ohne wirtschaftlichen Erfolg sei es nur eine Frage der Zeit, wann es nicht mehr zu verteilen gebe. Umgekehrt sei wirtschaftlicher Erfolg auf Dauer nur möglich, wenn der Bürger, der zu diesem Erfolg an seinem Arbeitsplatz seinen Beitrag leistet, auf eine verlässliche soziale Sicherheit rechnen kann.

Für Helmut Kohl ist die Ausweitung des Welthandels keine abstrakte wirtschaftliche oder politische Angelegenheit, sondern von realer Bedeutung. An die Adresse Japans sagte er, daß die Teilnahme am Weltmarkt keine Einbahnstraße für die eigenen Exporte sein dürfe, sondern auf Gegenseitigkeit beruhen müsse.

Kohl an Reagan: Beim „Teststopp“ muß der Westen Initiative zurückgewinnen

Verhandlungen behalten weiterhin Vorrang / Beratungen zwischen den Bündnispartnern

BERNT CONRAD, Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl hat bei Präsident Ronald Reagan dafür plädiert, sowjetischen Propagandabemühungen im Zusammenhang mit einem nuklearen Teststopp wirksam zu begegnen. Nach Ansicht des Kanzlers wäre ein Teststopp keineswegs ein Ersatz für eine substantielle Reduzierung vorhandener Waffenarsenale. Darum müßten die Verhandlungen darüber auch weiterhin Vorrang haben. Dennoch wären Schritte in Richtung auf die Einstellung von Atomversuchen nützlich. Dies hat Kohl in einem Brief an Reagan zum Ausdruck gebracht, aus dem Teile durch eine Veröffentlichung in der „Bild“-Zeitung bekannt geworden sind.

Genfer Verhandlungen

Grundsätzliches Interesse an einem Teststopp hatte der Kanzler schon am 9. Januar 1986 und am 11. April 1986 vor der Bundespressekonferenz bekundet, ohne dabei allerdings die vom Westen vereinbarten Prioritäten für die Genfer Abrüstungsverhandlungen in Frage zu stellen.

Direkte Vereinbarungen über Reduzierungen der atomaren Waffenarsenale wären nach Meinung des Kanzlers ein besserer Einstieg in die Rüstungskontrolle als der von Moskau immer wieder propagierte Einstellung der Tests. Deshalb sollte der Weg zu Reduzierungen in den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen freigemacht werden.

Schon vor vier Wochen hatte Kohl öffentlich einen Weg, um eine Annäherung der Standpunkte der Supermächte zu erreichen, vorgeschlagen: „Beide Seiten könnten als ersten Schritt beziehungsweise als Übergangslösung über eine Begrenzung von Tests nachdenken. So könnten zum Beispiel die für die Überprüfung der Funktionsfähigkeit von Nuklearwaffen notwendigen Tests auf vereinbarte, zeitlich eingegrenzte Intervalle begrenzt und im Rahmen vereinbarter Reduzierungen von Nuklearwaffen allmählich ganz eingestellt werden.“

Unter dem Eindruck der verstärkten Propaganda-Kampagne Moskaus für eine Beendigung der Versuche wandte sich Kohl dann am 22. April in einem Brief an Reagan, der das Thema offenbar bisher primär unter

dem zwar sachlich einleuchtenden, aber propagandistisch wenig wirksamen Gesichtspunkt der militärischen Zweckmäßigkeit betrachtet hatte. Der Westen sollte – nicht zuletzt mit dem Blick auf die Öffentlichkeit – „auf dem Gebiet des Teststopps die Initiative wiedergewinnen“ und Gespräche mit Moskau darüber aufnehmen, schrieb der Kanzler dem Präsidenten.

Gemeinsame Überlegungen

Konkret schlug er vor, daß Sachverständige Bonn und Washingtons, „möglichst im Rahmen des Bündnisses und jedenfalls unter Beteiligung der an dieser Frage besonders interessierten Verbündeten, gemeinsam Überlegungen im Teststopp-Bereich wirkungsvoll und für die Öffentlichkeit überzeugend bezeugt werden kann. Zu diesem Zweck werden die in der Bundesregierung zuständigen Stellen binnen Kürze mit den zuständigen Behörden Verbindung aufnehmen.“

Daß dies in die Presse gelangte, war dem Kanzleramt allerdings mit Rücksicht auf Reagan peinlich.

Paris verbietet Verkauf von Spinat

Paris/Moskau

Rund zweieinhalb Wochen nach dem Reaktorunglück in der UdSSR haben die französischen Behörden gestern erstmals ein Verkaufsverbot verhängt. Es betrifft Spinat aus dem südlichen Elsaß und gilt für die kommenden zehn Tage. Wie ein Sprecher des Innenministeriums in Paris sagte, handelt es sich um eine Vorsichtsmaßnahme zum Schutz der Verbraucher. Unterdessen berichtete die sowjetische Zeitung „Sowetskaja Rosija“, daß der ärztliche Notdienst der Ukraine nach dem Unglück in Tschernobyl nicht mit genügend Hilfsmaterial ausgestattet war. Der stellvertretende Chef des ukrainischen Gesundheitsdienstes habe mitgeteilt, daß erst in den vergangenen Tagen große Mengen an medizinischen Ausrüstungsgegenständen an Ort und Stelle eingetroffen seien.

Sowjetbürgern fallen Haare aus

DW, Bonn

Die Auswirkungen des Reaktorunglücks in Tschernobyl auf die Gesundheit der Menschen sind weitreichender, als bisher zugegeben wurde. Eine Frau aus der weißrussischen Stadt Gomel, 130 Kilometer nördlich von Tschernobyl, berichtete Freunden in Moskau am Telefon, ihr und ihrem fünfjährigen Kind seien in den vergangenen Tagen sämtliche Haare ausgefallen. Vielen Leuten in Gomel sei ähnliches passiert. Die Stadt ist nach Darstellung der Frau inzwischen geschlossen worden. Diese Angaben wurden von einem Sprecher des Außenministeriums in Moskau jedoch nicht bestätigt. Die Hilfe der Patienten, die nach dem Reaktorunglück in Krankenhäusern in Kiew eingeliefert worden waren, soll nach sowjetischen Zeitungsberichten wieder entlassen worden sein.

„Berlin ist eine sichere Stadt“

hrk, Berlin

Berlin ist nach Auffassung des neuen Innensensors Professor Wilhelm Kewenig auch nach den Attentaten ausländischer Terroristen auf die Discothek „La Belle“ und die Deutsch-Arabishe Gesellschaft „ebenso sicher wie jede andere Stadt in der übrigen Bundesrepublik oder in Europa“. Das sagte er gestern in seiner ersten Pressekonferenz. Alle kolportierten Gerüchte, amerikanische Touristen mißten seit dem Anschlag vor allem Berlin, seien „eindeutig falsch“. Zu den Erkenntnissen über die Lieferung von Sprengstoff durch die Ost-Berliner syrische Botschaft für zumindest einen der blutigen Anschläge in West-Berlin, sagte der Senator. Konsequenzen gegenüber der DDR müßten die Alliierten und die Bundesregierung ziehen, nicht der Senat.

Die Union hält Rau „Widersprüche“ vor

CDU-Sicherheitskongreß attackiert Leitartikel der SPD

rnc, Bonn

Scharfe, vom bevorstehenden Bundestagswahlkampf bestimmte Angriffe haben CDU-Politiker auf dem sicherheitspolitischen Kongreß der Partei in Bonn gegen die Sozialdemokraten gerichtet. Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner bezeichnete die SPD als ein „Sicherheitsrisiko“, deren Verteidigungspolitik „falsch und gefährlich“ sei. Bei feierlichen Empfängen bekennnten sich die führenden Sozialdemokraten zur Bundeswehr, auf der anderen Seite tolerierten sie aber, daß Parteimitglieder Kasernen blockierten oder gegen öffentliche Gelöbnisse vorgingen. Wörner kritisierte scharf den SPD-Kanzlerkandidaten Rau, der einen sicherheitspolitischen Leitartikel „voller Widersprüche“ für den Wahlparteitag im August zugelassen habe. Einerseits würden in dem Papier ausreichende Kräfte zur Verteidigung gefordert, andererseits lehne Rau die Verlängerung des Wehrdienstes ab und wolle die Bundeswehr sogar personell reduzieren sowie die finanziellen Verteidigungsleistungen vermindern. So sei der ganze Antrag „ein wackeres Sowohl-als-Auch, ein echter Rau“.

Nach Ansicht des Verteidigungsministers kann der Personalbestand der Bundeswehr auch „über 1995 hinaus“ gesichert werden. Allerdings bedürfte es „großer Anstrengungen“, die Attraktivität des Dienstes zu steigern.

CDU-Generalsekretär Geißler forderte „angesichts des dramatischen außen- und sicherheitspolitischen Kurswechsels der SPD“ eine Aufklärungskampagne über die Bedeutung der demokratischen Werte. Er erklärte, die Unionsparteien seien die einzige bedeutende politische Kraft, auf die sich die Bürger in Sicherheitsfragen verlassen könne.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Rühe, sagte, die europäischen NATO-Partner sollten selbst für ein stärkeres Gewicht im Dialog mit Washington sorgen und eine gemeinsame Außenpolitik erarbeiten. Wer es mit dem transatlantischen Verhältnis gut meine, müsse sich dafür einsetzen, daß in Europa „nicht das Gefühl einer Unabhängigkeit von den USA“ entstehe und Vorstellungen der Amerikaner entgegenwirken, die Verbündeten wollten ihren Teil der Verantwortung nicht übernehmen.

Moskau steht im Wort

Genscher: Sowjets sollen bei MBFR-Runde konkret werden

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat die Sowjetunion aufgefordert, bei der heute beginnenden neuen Runde der Wiener Truppenreduzierungs-Verhandlungen (MBFR) endlich die Ankündigungen ihres Parteichefs vom 15. Januar dieses Jahres zu konkretisieren. Gorbatschow hatte damals eine „vernünftige Kontrolle“ von Truppenreduzierungen bejaht, ohne daß sich dies bei MBFR ausgewirkt hat.

Die negative Reaktion Moskaus auf die jüngsten Vorschläge des Westens, so Genscher, dürfe nicht das letzte Wort sein. Notwendig sei vor allem, daß die Sowjets folgende Punkte akzeptierten:

• Angaben über Streitkräfte im Reduzierungsgebiet dürfen nicht auf Gesamtzahlen beschränkt werden,

sondern müßten so weit aufgeschlüsselt werden, daß ihre Überprüfung möglich sei.

• Bei Inspektionen vor Ort, die für die Überprüfung der gemachten Angaben unerlässlich seien, dürfe es kein Ablehnungsrecht geben.

• Die halbjährlich stattfindende Rotation sowjetischer Streitkräfte, bei der jeweils mehrere hunderttausend Mann ausgetauscht würden, müsse von ständigen Durchlaufpunkten ersetzt werden, die Gorbatschow im Januar als möglich bezeichnet hatte.

Ein effektiver Beitrag Moskaus wäre nach Ansicht Genschers von Bedeutung auch für die Bewertung des Vorschlags für einen Abbau der konventionellen Streitkräfte in Europa bis zum Ural. Dieses Angebot hatte Gorbatschow im April auf dem SED-Parteitag in Ost-Berlin gemacht.

Nach Nordamerika fliegen wir sowieso.



Via London direkt in 30 Städte Nord- und Südamerikas, Kanadas und der Karibik.

BRITISH AIRWAYS
Die Airline

alt Rau
he" vor

Donnerstag, 15. Mai 1986
Nr. 111

WELT DER WIRTSCHAFT

13

Chiracs Alternative

J. Sch. (Paris) - Die „neue“ französische Wirtschaftspolitik ist bisher kaum in Erscheinung getreten, wenn man von der umstrittenen Francabwertung ablässt. Insbesondere die groß angekündigten Liberalisierungsaktionen lassen immer noch auf sich warten. Sowohl bei den Preisen als auch im Kapital- und Devisenverkehr begnügt sich die bürgerliche Regierung wie zuvor die sozialistische mit selektiven Maßnahmen von begrenzter Bedeutung. Das gleiche gilt für die Kreditpolitik.

In der Budgetpolitik wurde inzwischen sogar ein noch restriktiverer Kurs eingeschlagen. Zum Abbau der Defizite sollen die Staatsausgaben in diesem und im nächsten Jahr drastisch zurückgeführt werden. Zwar sind den Unternehmen Steuererleichterungen in Aussicht gestellt. Aber sie werden erst ab Ende 1988 wirksam.

Unter diesen Umständen übertrifft es nicht, daß sich die Wirtschaft mit Investitionen und Neueinstellungen stark zurückhält, zumal Entlassungen auch weiterhin reglementiert bleiben sollen, wenn auch nicht mehr so stark wie bisher. Aber Premierminister Chirac braucht gerade im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit schnelle Erfolge, wenn er die Präsidentschaftswahlen in knapp zwei Jahren gewinnen will.

Da andererseits der Kampf gegen die Inflation nicht vernachlässigt werden darf, bleiben im wesentlichen nur die Mittel der psychologischen Kriegsführung. So hat jetzt Chirac die Unternehmer vor die „Alternative“ gestellt: Entweder ihr schafft Arbeitsplätze, oder unsere Liberalisierungsaktion scheitert.

Überraschend

A. G. - Überraschendes, leider nicht nur Erfreuliches, fördert die neueste Frühjahrsumfrage der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer zutage: In der „unternehmerischen Problem-Skala“ sind der „Arger mit der Bürokratie“ und der „Facharbeitermangel“ vorgezogen. Der erste genannte Punkt liegt jetzt schon nach „Personalkosten“ und „Steuerbelastung“ auf Rang drei und damit noch vor „Absatzproblemen“. Mit anderen Worten, die Schwierigkeiten mit gesetzlichen und behördlichen Vorschriften, Auflagen, Melde- und Genehmigungspflichten sind also inzwischen größer geworden als die Schwierigkeiten mit dem Markt, dem eigentlichen unternehmerischen Betätigungsfeld. Das ist einfach ärgerlich, da vermeintlich, und zeigt, daß die bisherigen Bemühungen zur Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung noch keineswegs ausreichen. Daß der „Facharbeitermangel“ gleich um drei Stellen auf den sechsten Platz vorgezogen ist, kann man auch als gute Nachricht ansehen. Am Arbeitsmarkt geht es wieder aufwärts.

SELBSTÄNDIGE UNTERNEHMER / Alle Steuerzahler gleichermaßen entlasten

Bundesregierung soll endlich Ernst machen mit dem Subventionsabbau

ARNULF GOSCH, Bonn

In der kommenden Legislaturperiode sollte endlich ernst gemacht werden mit der von der Bundesregierung seit langem angekündigten „Offensive für mehr Markt“. Das forderte die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) auf ihrer Jahrespressekonferenz in Bonn. Wie ASU-Vorsitz Martin Leicht erklärte, gelte diese Forderung für die Themen Subventionen - die um mindestens 20 bis 25 Milliarden Mark abgebaut werden müßten - und Privatisierung.

Auch sollte eindeutiger als bisher geklärt werden, was die Rolle des Staates zum Beispiel in der Industriepolitik oder bei der Forschungsförderung sein solle und dürfe. „Wohltätiger Dirigismus“ erscheine der ASU genauso problematisch wie jede andere Lenkung. In diesem Zusammenhang kritisierte Leicht das Bundesforschungsministerium. Was dort zum Teil gemacht werde, sei „manchmal schlecht, manchmal skandalös“ - so zum Beispiel die Mega-Chip-Förderung. Nach Meinung der ASU muß die Bundesregierung in Zukunft auch noch mehr unternehmen bei der Deregulierung, der Entbürokratisierung, der Liberalisierung der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen dort, wo sie heute die Initiative behindert und die Dynamik einschränkt.

Die ASU sieht sich durch ihre jüngste Frühjahrsumfrage bei rund 800 Mitgliedern voll bestätigt: 40 Prozent sehen Handlungsbedarf im ordnungspolitischen Bereich nach dem Motto: Mehr Markt - weniger Staat. An zweiter Stelle mit rund 30 Prozent der Nennungen steht die Forderung nach einer durchgreifenden Reform

wenn die Lage am Arbeitsmarkt weiterhin unbefriedigend sei, sollten auch die Gewerkschaften anerkennen, daß die deutsche Volkswirtschaft wieder aus der Sackgasse herausgefunden habe. Die ASU erwartet, daß der DGB von seiner Agitation abläßt und seinen politischen Anspruch und sein Selbstverständnis kritisch überprüfe und kläre.

Der mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklung sehen die ASU-Mitglieder mit „verstärktem Optimismus“ entgegen. Daran werde auch Tschernobyl kaum etwas ändern, es sei denn, es komme aufgrund des Reaktor-Desasters zu einem Ausstieg aus der Kernenergie und/oder zu einem Regierungswechsel in Bonn. Der Anteil derer, die die Zukunftsaussichten ihres eigenen Unternehmens jetzt gut oder sehr gut beurteilen, sei deutlich von 48 auf 57 Prozent gestiegen.

Noch eindeutiger zeige sich die durchgreifende Verbesserung der Stimmung bei der Frage nach der Beurteilung der mittelfristigen Perspektiven der deutschen Wirtschaft insgesamt. War der Anteil derer, die die Noten sehr gut und gut vergaben, in den letzten drei Jahren bei 20 Prozent ziemlich konstant, so ist dieser Anteil nach der jüngsten Umfrage auf „sensationalen“ 61 Prozent hochgeschossen. Jeder zweite befragte Unternehmer erwartet also, daß die Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Jahren einen guten oder sogar sehr guten Verlauf nimmt.

Massive Kritik übte der ASU-Vorsitzende an den Gewerkschaften. Den DGB warnte Leicht, das Prinzip der Einheitsgewerkschaft auf Spiel zu setzen. Was die Gewerkschaften aus dem Thema Paragraf 116 Arbeitsförderungsgesetz gemacht hätten, könne nur betreffen stimmen. Auch

NIEDERSACHSEN

Breuel: Wichtige Indikatoren signalisieren Aufwärtstrend

dos, Hannover

Die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen zeigt auch im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet deutliche Besserungstendenzen. Bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts wies Wirtschaftsministerin Birgit Breuel darauf hin, daß speziell in der jüngsten Zeit auch der Arbeitsmarkt am Aufschwung partizipiere. Beim Abbau der Arbeitslosigkeit sei das Land jetzt die Nummer eins. Während im Bund die Arbeitslosenquote um 3,2 Prozent zurückgegangen sei, laute der entsprechende Wert in Niedersachsen 6,8 Prozent.

Frau Breuel zeigte sich zuversichtlich, daß die Aufwärtstendenzen anhielt. Die drei großen Investitionssektoren Maschinenbau, Elektro- und Fahrzeugbau dürften 1986 in Niedersachsen zweistellige Zuwachsraten verzeichnen. Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts verlaufe parallel zu der im übrigen Bundesgebiet.

Schließlich übersteige die Zahl der Firmenneugründungen in Niedersachsen deutlich die Löschungen. Gerade die Ansiedlungsprojekte in den letzten Monaten zeigten, daß „Niedersachsen wieder im Gespräch ist“, wenn die Unternehmen über neue Standorte entscheiden, meinte die Ministerin. Derzeit werde über verschiedene neue Vorhaben gesprochen, die allerdings noch nicht entscheidungsreif seien.

Ein wesentlicher Faktor der jetzt greifenden günstigeren Entwicklung

in Niedersachsen seien die Anstrengungen auf den Gebieten Forschung und Technologie. Die Gründung einer Vielzahl wirtschaftsnaher Institute beginne sich auszahlen, weil dadurch Unternehmen der Hochtechnologie angezogen würden. Alles spreche dafür, daß Niedersachsen im laufenden Jahr in vollem Umfang an der dynamischen Entwicklung des Bundes teilnehmen wird.

Nachdrücklich sprach sich Frau Breuel für die weitere Nutzung der Kernenergie aus. Es sei Augenwischerei zu glauben, daß in den nächsten 15 bis 20 Jahren auf Kernenergie verzichtet werden könne. Der in Niedersachsen erreichte Kernenergie-Anteil bei der Stromversorgung von rund 70 Prozent sei nicht zu ersetzen, es sei denn, man nehme eine soziale und wirtschaftliche Krise in Kauf. Dies schließe allerdings nicht aus, daß intensiv über Technologiealternativen nachgedacht werde, sagte Frau Breuel.

Die Hauptaufgabe für die Bundesrepublik sieht die Ministerin darin, die „Atomgefahren im Ausland zu bannen“. Dazu sei es notwendig, weltweit alle Kernkraftwerke auf gleiche Sicherheitsstandards festzulegen. Auch der Mut zum Abschalten der weniger sicheren Anlagen, die nach Frau Breuels Worten „nicht zuletzt in unserer östlichen Nachbarschaft zu vermuten sind“, sollte vorhanden sein. Sicherheitsfragen bei Kernkraftwerken seien keine ausschließlich nationalen Fragen mehr.

Mehr deutsche Investitionen

Von WILHELM FURLER, London

In kein anderes Land, ausgenommen die USA, steckt die deutsche Wirtschaft so viel Geld wie in Großbritannien. Offenbar haben die deutschen Unternehmen das Vereinigte Königreich als einen hervorragenden Platz für Direktinvestitionen erkannt. Wie die Deutsche Industrie- und Handelskammer in London der WELT mitteilte, erreichten die deutschen Direktinvestitionen in Großbritannien im vergangenen Jahr mit 2,616 Milliarden Mark den bisher mit Abstand höchsten Betrag. Sie liegen um nicht weniger als 140 Prozent über den Investitionen im Jahr zuvor. Damit betragen die akkumulierten Investitionen deutscher Unternehmen in Großbritannien per Ende 1985 6,728 Milliarden Mark.

Wann es zu einem 1986 noch eine Milliarden Mark und im vergangenen Jahr sogar mehr als 2,6 Milliarden Mark für Betriebsverlagerungen oder Firmengründungen in ein Land, wo angeblich Auseinandersetzungen um Tee- und Waspenschen ständig zu Arbeitskampf und roten Unternehmenszahlen führen? Weil es mit der schon legendären Streikfreudigkeit der britischen Arbeitnehmer nicht mehr viel auf sich hat, und weil deutsche Investoren in einem marktwirtschaftlich dominierten und von der Regierung Thatcher mit günstigen Rahmenbedingungen ausgestatteten Umfeld blühende Geschäfte machen können.

Den jüngsten vielbesprochenen Coup landete die Allianz Versicherungsgruppe Anfang des Jahres. Für gut eine Milliarde Mark übernahm sie die Londoner Cornhill-Versicherung von dem englischen Maschinenkonzern BTR.

Doch auch weniger beachtete Investitionen tragen dazu bei, daß der deutsche Einfluß auf britischen Markt spürbar zunimmt. Dazu zählen in den letzten drei Jahren die Übernahme des schottischen Uniroyal-Reifenwerks durch die Continental-Gummiwerke ebenso wie die 50prozentige Siemens-Beteiligung an Elektronik-Unternehmen Ferranti Measurements oder die Investitionen der Deminor in britische Nordsee-Ölfelder in Milliardenhöhe.

Zum Sprung über den Kanal oder zum weiteren Ausbau bestehender Kapazitäten reizen in erster Linie diese Faktoren:

• Niedrige Personalkosten und Körperschaftsteuern - die Personalkosten liegen in Großbritannien unverändert um rund 30 Prozent unter denen in Deutschland, und die Körperschaftsteuer wurde von der Thatcher-Administration schrittweise von 52 auf heute nur noch 35 Prozent reduziert.

• Erheblich verbesserte Arbeitsbeziehungen - mit der neuen Gewerkschaftsgesetzgebung ist die Militanz britischer Gewerkschaften stark geschwächt worden. Gleichzeitig ist mit der allgemeinen Abspeckungskur in der britischen Wirtschaft und dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit die Streikneigung deutlich zurückgegangen.

• Hohe Motivation und Produktivität britischer Wirtschaftsmänner - die Erfahrungen deutscher Manager mit dem eigenen Betriebsverfassungsgesetz und der Mitbestimmung werden meist auch in britischen Tochterfirmen angewandt mit dem Resultat, daß der Betriebsfrieden fast immer gesichert bleibt. In der Regel bieten die deutschen Firmen auch modernere und schöner ausgestattete Fabriken und Büros als die meisten britischen Unternehmen, der Umgang mit den Beschäftigten ist menschlicher. Entsprechend haben einer Umfrage der deutschen Kammer in London zufolge 83 Prozent der Manager von 263 befragten deutschen Niederlassungen die Produktivität in ihren Betrieben als gut bis ausgezeichnet beurteilt.

Führt man zudem noch immer geltende Vorzüge deutscher Fertigung hinsichtlich Qualität, Design, Kundendienst und Pünktlichkeit an, die die Absatzchancen gerade in Großbritannien in nicht zu unterschätzendem Maße verbessern, dann wird verständlich, warum inzwischen rund 550 deutsche Firmen mit Verkaufszweigen und 250 mit Produktionsstätten niedergelassen sind.

Die jüngsten Phänomene-Unsicherheiten werden die deutschen Unternehmen mehr noch als in zurückliegenden Jahren veranlassen, die Möglichkeiten der Direktinvestition und der Produktion in Großbritannien zu prüfen. „Sie erscheinen jetzt interessanter denn je“, meint auch Klaus Balzer, der langjährige Chef der deutschen Kammer in London.

AUF EIN WORT



Die künftige Wirtschaft- und Finanzpolitik muß alles daransetzen, das Stabilitätsniveau zu halten und auch die verbliebenen internen Kostensteigerungen zurückzuführen. Dies berührt besonders die Lohnpolitik. Verteilungskämpfe sollten der Vergangenheit angehören.

Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes
FOTO: SONNENSTRA

„Zwangsabgabe“: Kosten eingeklagt

dpa, Göttersloh

In einem Musterprozeß vor dem Bonner Landgericht hat ein Güterleher Bekleidungsunternehmen die Bundesrepublik um 2316,20 DM Schadensersatz verklagt. Der Unternehmer will sich so seine Kosten zurückholen, die ihm durch das mittlerweile für verfassungswidrig erklärte Investitionsabgabegesetz („Zwangsabgabe“) für Besondereinstellung entstanden sind. Sollte das Güterleher-Bekleidungsunternehmen in Bonn Recht bekommen, könnte dies enorme Auswirkungen haben: Etwa eine Million Bundesbürger waren von der „Zwangsabgabe“ betroffen. Sie könnten dann ihre Kosten plus Zinsen (etwa für Büroaufwand oder den Steuerberater) einklagen. (A.Z.: 1 O 459/85).

KONJUNKTUR

DIW erwartet Belebung der expansiven Kräfte

dpa/VWD, Berlin

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet für die kommenden Monate wieder mit einer Belebung der expansiven Kräfte, nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresumfragequartal 1986 „wesentlich schlechter als erwartet“ ausgefallen sei. Das Bruttoinlandsprodukt sank, wie es im jüngsten DIW-Wochenbericht heißt, gegenüber dem vierten Quartal 1985 preisbereinigt um ein Prozent; um die unterschiedliche Zahl der Arbeitskräfte bereinigt waren es 1,5 Prozent.

Ausgangspunkt für den Produktionsrückgang war nach Ansicht des DIW die Schwäche des Exports und der Investitionstätigkeit. „Der reale Außenbeitrag sank erneut kräftig ab.“ Seit Herbst hätten die realen Auftragseingänge in der Industrie nicht mehr zugenommen.

„Vieles spricht jedoch dafür, daß sich die expansiven Kräfte in den nächsten Monaten wieder durchsetzen“, heißt es. Insbesondere für einen Anstieg der Inlandsnachfrage seien die Rahmenbedingungen günstig. Die stabilen Preise erhöhten die Kaufkraft der Haushalte. Der private Verbrauch werde das gesamtwirtschaftliche Wachstum stimulieren. Die Bauinvestitionen würden allein schon wegen des Wegfalls der Witterungsabgrenzungen in den kommenden Monaten expandieren, und auch der Export dürfte leicht zunehmen.

Zwar würde die niedrige Bewertung des US-Dollar dämpfend auf die stimulierenden Effekte, die durch die Ölpreissenkungen auf das Wachstum der importierenden Länder ausgehen, würden bald zu einer Zunahme der Nachfrage auch nach deutschen Produkten führen.

MASCHINENBAUMESSE IN MOSKAU

Grüner fordert bessere Kooperation mit UdSSR

A. G. Bonn

Soviet Kooperation wie möglich mit der Sowjetunion will die Bundesregierung auch und gerade bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Martin Grüner, gestern in Moskau anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Metallbearbeitungstechnik in der Bundesrepublik Deutschland“, auf der bis zum 31. Mai 227 deutsche Firmen ihr Maschinenangebot präsentieren.

Nach Grüners Worten möchte die Bundesregierung hier zu einer intensiven Informations- und Sicherheitszusammenarbeit kommen. Tschernobyl habe erneut die absolute Notwendigkeit eines Austausches von Information und Know-how unterstrichen. Die Bundesrepublik verfüge in der Anwendung höchstmöglicher Sicherheitsstandards über eine große, weltweit anerkannte Praxis, und die sollte von allen Ländern genutzt werden.

Der Staatssekretär forderte dazu auf, viel mehr Anstrengungen zur Steigerung des gegenseitigen Handels zu unternehmen. Die deutsche Seite setze dabei große Hoffnungen auf den neuen Fünf-Jahres-Plan der UdSSR. Daß die deutsche Industrie in allen ihren Sektoren ein leistungsfähiger und verlässlicher Partner sei, gelte besonders für den Maschinenbau, der in vielen Zweigen weltweit Marktführer sei.

Die UdSSR hat 1985 für gut drei Milliarden Mark Maschinen und Ausrüstungen aus der Bundesrepublik importiert. Der deutsche Maschinenbau, mit Abstand wichtigster westlicher Lieferant der Sowjetunion, rechnet mit einer weiteren Steigerung seiner Lieferungen und hält auch eine verstärkte Kooperation mit sowjetischen Betrieben für möglich.

SPARKASSENTAG / Geiger fordert Landesbanken zu verstärkter Kooperation auf

„Diskontsenkung wäre ohne Nutzen“

CLAUS DERTINGER, Hamburg

Am Vorabend des heute in Hamburg beginnenden Deutschen Sparkassentages ermunerte Verbandspresident Helmut Geiger die Bundesbank, an ihrer bisher verfolgten geldpolitischen Linie einer Absenkung der von den Marktkräften herbeigeführten Zinssenkung festzuhalten und sich nicht zu einer Diskontsenkung drängen zu lassen, von der er sich keinen Nutzen verspricht. Je niedriger das Zinsniveau sei, desto drückender werde um so eher müsse sich ein Rückgang einstellen. Völlig sinnlos sei es, von einer deutschen Zinssenkung eine Stabilisierung des Dollarkurses zu erwarten.

Der Sparkassenpräsident hofft, daß die niedrigen Zinsen im Laufe dieses Jahres auch die Konjunktur stimulieren und nicht zuletzt den Wohnungsbau. Bis jetzt läßt die Kreditentwicklung in der Sparkassenor-

ganisation allerdings noch keine Anzeichen dafür erkennen. Die Kreditnachfrage sei bereits seit Mitte letzten Jahres schwach, und im ersten Quartal dieses Jahres habe sie sich das Wachstum der Kredite (3,3 Milliarden Mark) gegenüber der gleichen Vorjahreszeit nahezu halbiert. Als Ursache nennt Geiger vor allem die geringe Bankkreditnachfrage, die Zurückhaltung der Kommunen bei der Aufnahme von Investitionskrediten und die hohe Selbstfinanzierung der Unternehmen.

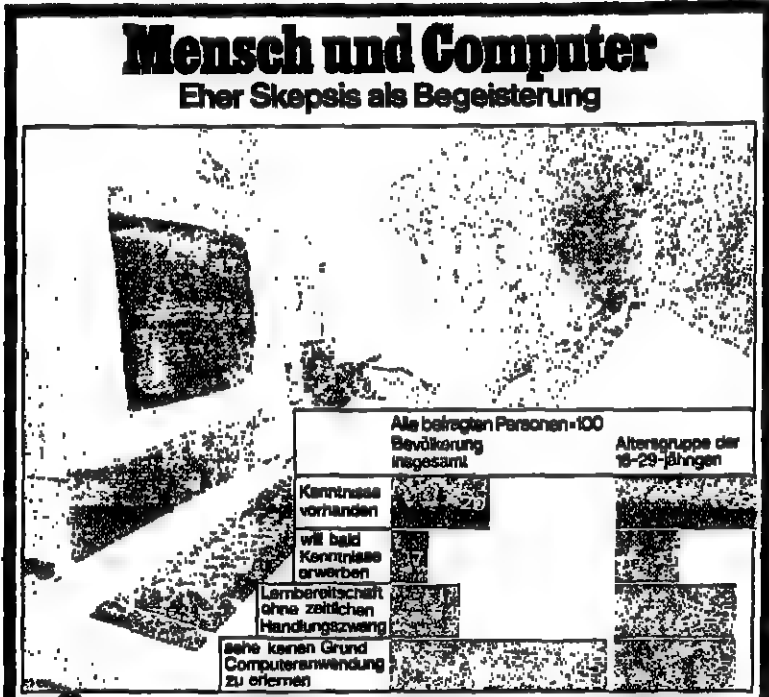
Im Einlagengeschäft spüren auch die Sparkassen den strukturellen Umbruch der Märkte. Die Sparer achten verstärkt auf den Ertrag, sie richten ihre Dispositionen nach Zinsen, Laufzeiten und Verwendungszweck der Anlagen aus. So konzentrierte sich denn der Zuwachs an Spargeldern im ersten Quartal allein auf die höherverzinslichen Sondersparformen (plus 4,7 Milliarden Mark), wäh-

rend die anderen Sparanlagen um 2,9 Milliarden Mark abnahmen. Stark be- lebt hat sich auch das Interesse für Aktien.

Für dieses Jahr rechnet Geiger mit einer gegenüber 1985 unveränderten Sparquote von gut 13 Prozent. Als Problem sieht die Sparkassenorganisation ihre nur geringe Beteiligung an Konsortien für Aktienemissionen an, die bei der Kundschaft Verärg- erung hervorrufe, ohne daß Depotkri- digungen zu beobachten seien; aller- dings verschiebe sich in Depots po- tenter Privatkunden das Gewicht von Sparkassen zu im Emissionsgeschäft aktiven privaten Banken.

Geiger forderte die Landesbanken auf, verstärkt gemeinsam aufzutreten und in Kooperation das Gewicht der Gruppe im Wettbewerb zu nutzen. Dies ist auch ein Thema auf dem Sparkassentag, der unter dem Motto „Leistung durch Wettbewerb“ steht.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Mit dem Computer können sich die Bundesbürger noch nicht so recht anfreunden. 54 von 100 Bürgern sehen den Computer, 49 die Mikroelektronik eher als unheimlich an. 40 Prozent aller Erwerbstätigen haben heute schon direkt oder indirekt Kontakt mit der modernen Datenverarbeitung. 1970 etwa wird schon jeder zweite nicht mehr ohne EDV-Grundkenntnisse auskommen können. Bei der Jugend ist das Interesse an Computern und EDV allerdings größer als in der Gesamtbevölkerung. QUELLE: IMA/WW

Baulandpreise sind erheblich gestiegen

Wiesbaden (AP) - Der Quadratmeterpreis für Bauland in der Bundesrepublik ist im vierten Quartal 1985 erheblich gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte, erhöhte er sich im Vergleich zum vorangegangenen Vierteljahr von durchschnittlich 72,48 auf 81,26 DM. Baureifes Land wurde für 120,65 (108,06) DM je Quadratmeter, Rohbauland für 28,07 (28,12) DM verkauft. Für das vierte Quartal 1985 wurden 15 052 Baulandkäufe mit einer Fläche von 1762 Hektar gemeldet.

Gegen Investitionsrücklage Bonn (rt) - Den Forderungen nach einer steuerständigen Investitionsrücklage zur Verminderung der Steuerbelastung von Unternehmen hat der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, eine klare Absage erteilt. Mit einer Linienisierung des progressiven Steuertarifs und einer Senkung des Spitzensteuersatzes sei dem Mittelstand mehr gedient.

„Grüne Gefahr“ Köln (dpa/VWD) - Das unternehmerische Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln hat der Partei der Grünen vorgehalten, die Fundamente der modernen Industriegesellschaft in der Bundesrepublik würden zerstört, „ginge es nach ihrem Programm“. In einer Untersuchung der Wirtschaftsprogramme der Grünen erklärte das Kölner Institut, mit dem im Februar von der Bundestagsfraktion vorgestellten und offensichtlich von „Realos“ geprägten Entwurf für den „Umbau der Industriegesellschaft“ solle dem Ausstieg aus der Industriegesellschaft ein „Umbau“ vorangestellt werden.

Finnland: Zinserhöhung Helsinki (rt) - Die finnische Notenbank hat die Leitzinsen innerhalb von 24 Stunden zweimal erhöht, um

die von den Abwertungsgerichteten belastete Landeswährung zu verteidigen. Die Notenbank teilte gestern mit, die Sätze bei der Ausleihung von Tagesgeld seien auf 16 Prozent, bei Kauf auf 15,3 Prozent angehoben worden. Diese Sätze waren erst vor Dienstag nach 29 Monaten auf 13 von 11,2 Prozent beziehungsweise auf 12,5 von 10,5 Prozent erhöht worden.

Kündigungsrecht erweitert Berlin (dpa/VWD) - Das Bundesaufsichtsrat für die Versicherungen wies sei zwar grundsätzlich für Beitragsanpassungsklauseln in bestimmten Versicherungsverträgen, doch dürften die Rechte der Versicherungsnehmer dadurch nicht zu stark eingeschränkt werden. Nach Angabe seines Präsidenten, August Angerer, will das Amt den Versicherten ein Kündigungsrecht immer dann einräumen, wenn die Gesellschaft die Beiträge automatisch anpassen.

Bau noch unzufrieden Bonn (A. G.) Trotz einer deutlichen Auftragsbelebung und eines starken Rückgangs der Kurzarbeit am Bau im April rechnet die Mehrzahl der baugewerblichen Unternehmen noch nicht mit einer Änderung der gegenwärtig „unbefriedigenden“ Geschäftsentwicklung. Das ergab die jüngst Schnellhebende des Zentralverbandes des Deutschen Bauwesens. In April stieg die Nachfrage nach Bauleistungen insbesondere im gewerblichen Bau sowie im Straßen- und Tiefbau. Die Zunahme der Bauproduktion dagegen hielt sich im saisonüblichen Rahmen.

Zeichnung geschlossen Frankfurt (VWD) - Die Zeichnung der Aktien der Oberland Glas AG Bad Wurzach, wurde gestern im Einvernehmen mit der Gesellschaft wegen Überzeichnung mit sofortiger Wirkung geschlossen. Das teilte dem Emissionskonsortium federführend Deutsche Bank AG, Frankfurt mit.

MINERALÖL

Zum Sommer hin steigen die Benzinpreise meistens an

Bm, Essen

Auf breiter Front haben die Anbieter von Benzin in der Bundesrepublik den Vorstoß der Esso AG, die Preise um fünf Pfennig je Liter zu erhöhen, nachvollzogen. Selbst aggressive freie Anbieter, wie etwa Jet, sind der Preissteigerung sofort gefolgt.

Diese Preissteigerung gilt in der Branche als überfällig. Seit Anfang April ist der Preis für Super in Rottterdam um vier Pfennig je Liter und der für Normalbenzin um sieben Pfennig gestiegen. Dieser Anstieg ist noch begrenzt worden durch den gleichzeitigen Rückgang des Dollars von 2,34 auf 2,17 Mark. Auf dem deutschen Markt ist in dieser Zeit der Preis für Normalbenzin in Selbstbedienung um drei Pfennig gestiegen. Damit lagen die Großhandelspreise seit Ende April unter dem Rottardamer Preisniveau.

Auch vom Rohölpreis läßt sich die jüngste Preissteigerung bei Benzin ableiten. Anfang April war Nordseeöl auf 10 Dollar je Barrel gefallen. Jetzt liegt der Preis wieder bei 13,50 bis 14 Dollar. Diese Entspannung wird auch darauf zurückgeführt, daß die norwegische Ölproduktion drei Wochen durch Streik unterbrochen war.

Saisonal bedingt wird mit einer weiteren Befestigung des Benzinpreises gerechnet, da im Frühjahr und Sommer erfahrungsgemäß mehr Auto gefahren wird. Ein neuer Aspekt ist jedoch hinzugekommen: Die Änderung der Urlaubsgewohnheiten der Amerikaner, die auf Reisen nach Westeuropa verzichten und dafür ihren Urlaub in den USA verbringen. Aus Rottterdam ist zu hören, daß die Trendwende dort zu stärkerer Nachfrage aus den USA zurückzuführen sei.

REINHEITSGEBOT

Schwerer Stand für Bonn

Ha. Luxemburg
Einen schweren Stand hatte die Bundesregierung gestern bei der Verteidigung des Importverbots für nicht nach dem deutschen Reinheitsgebot gebranntes Bier vor dem Europäischen Gerichtshof. Nach der mündlichen Verhandlung neigten viele Sachverständige jedoch der Ansicht zu, daß auch die EG-Kommission wohl von ihrer Forderung ablassen muß, jedem in einem anderen Mitgliedsland rechtmäßig hergestellten Bier freien Zugang zum deutschen Markt zu gewähren.

Aus Fragen der Europa-Richter ließ sich ableiten, daß sich Bonn kaum länger dagegen wehren kann, mit Rohfrucht (Mais, Reis, Sorghum) gebranntes ausländisches Bier in der Bundesrepublik zum Verkauf zuzulassen. Von diesen Erzeugnissen geht eindeutig keine gesundheitliche Gefährdung der Verbraucher aus. Bestimmte Zusatzstoffe dürfen jedoch auch in Zukunft verboten bleiben.

Die achtstündige Verhandlung konzentrierte sich auf die Frage, wie weit die Bonner Behörden gegen die durch derartige Zusätze entstehenden Gefahren berechnigt sind. Der Prozessbevollmächtigte der Bundesregierung, Joachim Sedemund, machte geltend, Bier sei für die Deutschen ein Grundnahrungsmittel. Die Wirkung der Zusatzstoffe kumuliere wegen des hohen Bierverbrauchs.

Auch die Kommission leugnete nicht, daß ein toxisches „Reinheitsgebot“ bestehe und trat dafür ein, einige der in einzelnen Mitgliedsstaaten erlaubten Stoffe zu verbieten. Ihr Rechtsvertreter, Jörn Sack, meinte jedoch, ein Verbot aller mit Zusätzen behandelten Biere sei nicht zu verantworten. Als sicher galt in Luxemburg, daß das EG-Gericht den deutschen Bezeichnungsschutz für Bier aufheben wird.

PROTEKTIONISMUS

Baker warnt den US-Kongreß

dpa/VWD, Washington
US-Finanzminister James Baker und der Handelsbeauftragte des Weißen Hauses, Clayton Yentzer, haben den US-Kongreß nachdrücklich vor der Verabschiedung von Gesetzen gewarnt, die den Handel beschränken. Beide äußerten die Befürchtung, daß dies zu Vergeltungsmaßnahmen der Handelspartner führen werde.

In Washington wird damit gerechnet, daß das Repräsentantenhaus mit seiner demokratischen Mehrheit in der nächsten Woche ein Gesetz beschließt, das unter anderem Länder mit hohen Handelsüberschüssen wie Japan und die Bundesrepublik mit Restriktionen bedroht, wenn diese nicht vier Jahre lang ihre Exportüberschüsse gegenüber den USA um jährlich zehn Prozent reduzieren. Auch im Senat gibt es Bestrebungen, die Handelsposition der USA durch Verschärfung gesetzlicher Bestimmungen und gezielte Maßnahmen auf einigen Gebieten zu stärken. Die USA hatten 1985 ein Handelsdefizit von 148,5 Mrd. Dollar.

Baker sagte vor einem Senatsausschuß, protektionistische Beschlüsse des Kongresses würden die Bemühungen der USA um eine engere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der wichtigsten Industrieländer unterlaufen. Darin liegt nach seinen Worten auch die Lösung für die Handelsprobleme der USA. Für 1986 rechnete Baker damit, daß sich die Handelsbilanz nicht weiter verschlechtern wird; für 1987 erwartete er aufgrund des gesunkenen Dollarkurses einen Rückgang des Defizits unter 100 Mrd. Dollar.

Yentzer bezeichnete die im Repräsentantenhaus verfolgten Pläne zur Reduzierung des Handelsdefizits als „schädlich“ für die USA und den Weltmarkt. Die meisten Vorschläge verstießen gegen die GATT-Regeln.

BERLIN / Wirtschaftssenator Pieroth sieht schon jetzt alle Merkmale einer Metropole

An Rolle der Gründerjahre anknüpfen

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Berlin muß eine umfassende politische, wirtschaftliche und soziale Strategie entwickeln, um die Stadt durch die Summe ihrer vielen positiven Seiten zu einer wahren Metropole werden zu lassen. Diese Forderung erhob Wirtschaftsminister Einar Pieroth (CDU) in einem Grundsatzreferat vor der „Urania“-Gesellschaft.

Die aktuelle Wirtschaftsentwicklung in der Stadt zeige, daß sich Berlin auf dem richtigen Weg befindet, stellte Pieroth fest. Die Stadt besitze schon jetzt alle Grundmerkmale einer Metropole:

- „Mit annähernd zwei Millionen Einwohnern in West-Berlin und einem in jüngster Zeit erfreulichen Wanderungsgewinn;
- durch zusätzliche 29 000 Arbeitsplätze seit 1984;
- durch eine Vielzahl von Unternehmensgründungen, Ansiedlungen und Betriebsverlagerungen;
- mit zweistelligen Zuwachsraten beim internationalen Tourismus;

- Berlins Sprung auf den sechsten Platz der bedeutsamsten Kongreß-Städte der Welt;
- seine weltstädtische Kunst- und Kulturszene.“

Mit diesen Daten seien Fundamente geschaffen worden, die es nun erlaubt, Berlin tatsächlich zu einer echten Metropole auszugestalten.

Pieroth erinnerte an den „Ausbau-Prozess“ und die Verluste an „wirtschaftlicher und sozialer Substanz“, die zwischen dem Mauerbau und dem Beginn der achtziger Jahre eingetreten seien. „Diesen Rückstand müssen wir jetzt durch frischen Geist und neue Initiativen aufholen.“

Der Wirtschaftsminister empfahl, die Berliner für ihre Stadt neu zu begeistern und an die führende Rolle Berlins im Deutschland der Gründerjahre anzuknüpfen: „Wenn wir in unserem Qualitätsanspruch vorankommen und gegen das Damoklesschwert der ‚verlängerten Werkbank‘ erfolgreich ankämpfen wollen, müs-

sen wir uns an Berlins Führungsposition während der industriellen Revolution vor 100 Jahren orientieren.“

Zu den Bedingungen für eine gesicherte Aufwärtsentwicklung gehörte nach Pieroths Analyse die Notwendigkeit, „noch mehr Selbstständigkeit und Eigeninitiative zu entwickeln, die Subventionen zügiger abzubauen und die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft zu verstärken“.

Die Stadt verfüge auch im nationalen Maßstab über eine „einmalige Forschungslandschaft mit einem beispiellosen breiten Know-how“. Nirgendwo in Deutschland gebe es 180 Forschungsinstitute an einem Ort, 90 000 Studenten und 37 000 Wissenschaftler. Pieroth zeigte sich, auch aus dem Blickwinkel seines Ressorts, mit dem Rückgang Berlins nicht bange: „Wir Berliner besitzen die geistige Beweglichkeit, um uns im Wettbewerb mit anderen Regionen der Bundesrepublik auf allen Wachstumsfeldern zu behaupten.“

ITALIEN / Einlagen und Darlehensgewährung der Kreditinstitute stagnieren

Banken unter starkem Zinssenkungs-Druck

ds. Mailand
Italienische Regierungssprecher lassen neuerdings kaum einen Tag vergehen, ohne die Banken an ihre „volkswirtschaftliche Pflicht“ zur Zinssenkung hinzuweisen. Bankensprecher betonen dagegen, daß die Banken zögern, hier noch mehr den Hebel anzusetzen, da die Einlagentendenzen ohnehin im Abnehmen ist. Zwischen Dezember und April verminderte sich der Zuwachs der Einlagen von 10,1 auf sieben Prozent. Das heißt, daß die Depotsenken real gegenwärtig ungefähr gleich hoch sind wie in derselben Vorjahreszeit.

Der Aktivseite eine ebenso ausgeprägte Stagnation der Kreditgewährung gegenüber. Der Zuwachs der Kreditgewährung beträgt inzwischen sieben Prozent; real gibt es praktisch kein Wachstum. Gegenwärtig befindet sich das gesamte Darlehensvolumen des Bankensystems um rund 5000 Mrd. Lire unter dem von der Zentralbank anvisierten Limit.

Obwohl dadurch die Zinsen von selbst unter Druck geraten und die durchschnittliche Prime Rate von 15,2 Prozent (März) auf nun 13 bis 14 Prozent sank, genügen der Regierung diese Resultate noch nicht.

Dem Einlagenschwund steht auf der Aktivseite eine ebenso ausgeprägte Stagnation der Kreditgewährung gegenüber. Der Zuwachs der Kreditgewährung beträgt inzwischen sieben Prozent; real gibt es praktisch kein Wachstum. Gegenwärtig befindet sich das gesamte Darlehensvolumen des Bankensystems um rund 5000 Mrd. Lire unter dem von der Zentralbank anvisierten Limit.

Ausnahme von der Altersversorgung

Ha. Luxemburg
Warenhäuser können Teilzeitschäftige von der betrieblichen Altersversorgung ausnehmen, wenn sie darlegen, daß diese Maßnahme gerechtfertigt ist und keine Diskriminierung auf Grund des Geschlechts darstellt. Dies hat der Europäische Gerichtshof am Ersuchen des Bundesarbeitsgerichts entschieden.

Zur Diskussion stand, ob dieser Ausschuß eine Verstärkung des in den Römischen Verträgen verankerten Grundsatzes des gleichen Entgeltes für Frauen und Männer bedeute, wenn - wie im vorliegenden Fall - von der Maßnahme wesentlich mehr Frauen als Männer betroffen würden.

Der Europagerichtshof befand, daß ein solcher Verstoß dann vorliege, wenn die Sonderbehandlung der Teilzeitschäftigen nicht durch Umstände zu erklären sei, die eine Diskriminierung ausschließen. Die Pensionsregelung müsse einem wirklichen Bedürfnis des Unternehmens entsprechen.

Es ging um die Klage einer Verkäuferin gegen die Bilka-Kaufhaus GmbH. Die Klägerin war von 1961 bis 1972 in dem Geschäft als Vollzeitbeschäftigte und anschließend als Halbtagskraft angestellt. Nach der Versorgungsordnung des Unternehmens haben Teilzeitschäftige nur dann Anspruch auf ein betriebliches Altersgeld, wenn sie bei einer Betriebszugehörigkeit von 20 Jahren 15 Jahre lang vollzeitlich beschäftigt waren.

Die Klägerin sah in der Verweigerung des Altersruhegeldes einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz. Arbeitnehmerinnen seien häufiger als ihre männlichen Kollegen gezwungen, aus familiären Gründen eine Halbtagsbeschäftigung nachzugehen. Das Unternehmen meint hingegen, es sprächen wirtschaftliche Gründe dafür, Teilzeitschäftige von der Pensionsregelung auszunehmen.

YEN / Probleme für die japanische Exportwirtschaft

Kein Ende des Höhenflugs

FRED de LA TROBE, Tokio
Seit sich Japan auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio mit seinem Anliegen einer konzentrierten Stützung des Dollars nicht durchsetzen konnte, hat sich der Yen-Höhenflug beschleunigt. Schon am Montag durchbrach die japanische Währungseinheit die Schallgrenze von 160 Yen zum Dollar, am Dienstag pendelte sie sich bei 161 und gestern bei 165 ein. Seit September 1985 beträgt die Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar fast 45 Prozent und gegenüber der Mark etwas über zehn Prozent.

Die Devisenhändler in Tokio erklärten den jüngsten Auftrieb ihrer Währung mit der vorherrschenden Meinung, daß die USA und westeuropäische Länder für eine weitere Stärkung des Yen seien. Außerdem hätten spekulative Käufe eine wichtige Rolle gespielt. Die Bank von Japan hat in den letzten Tagen wieder Dollar aufgekauft, konnte die Entwicklung aber nicht wesentlich beeinflussen. Finanzminister Takeshita betonte, daß die Zentralbank auch weiterhin rechtzeitig und angemessen eingreifen werde, um ein Chaos am Markt zu verhindern.

Tokio erwägt auch zusätzliche Maßnahmen wie vermehrte öffentliche Ausgaben, Sonderimporte und eine weitere Diskontsenkung. In Bankkreisen rechnet man mit einem Sinken des japanischen Zinsniveaus von durchschnittlich einem Prozent in den nächsten Wochen. Aus der Industrie kommen immer mehr Appelle an die Regierung, energische Maßnahmen gegen das Steigen des Yen und die deflationistischen Auswirkungen zu ergreifen.

Vorteile totgeschwiegen

Allgemein besteht die Tendenz, nur die Nachteile der Währungsaufwertung hervorzuheben, die Vorteile aber totzuschweigen. Dabei profitieren zahlreiche Unternehmen beträchtlich von den niedrigeren Preisen für Rohstoffe und Öl sowie von der Zinsersparnis bei der Kreditaufnahme. Ernsthafte Bedenken und teilweise zum Konkurs getriebene sind bisher hauptsächlich kleinere und mittlere Exportunternehmen.

Sie leiden stark unter der Konkurrenz.

renz billiger arbeitender Firmen in Ländern wie Südkorea, Taiwan oder Hongkong. Einer kürzlichen Umfrage des Industrie- und Handelsministeriums (MITI) zufolge sind 67 Prozent dieser Unternehmen durch die Yen-Aufwertung in Schwierigkeiten geraten. Ihre neuen Exportabschlüsse nahmen im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich zehn Prozent ab. Der größte Teil der exportorientierten Branchen versucht, ihre Devisenverluste durch Rationalisierungen sowie durch Preiserhöhungen auszugleichen.

Abwanderung ins Ausland

Der Vizepräsident von Hitachi, Yasuo Miyachi erklärte, daß bei einer Parität von 180 Yen zum Dollar gerade noch ein befriedigendes Geschäft möglich sei. Mehrere Unternehmen haben mit der Verlagerung von Betrieben ins Ausland begonnen, um den Nachteilen des stärkeren Yen zu entgehen. So hat etwa die Firma Matsushita seine Produktion von elektrischen Ventilatoren teilweise nach Taiwan und Malaysia verlegt. Die Sanyo Electric wird bald mit der Herstellung von elektrischen Kühlschränken in die USA beginnen.

Die japanischen Konsumenten haben bisher kaum günstigere Angebote in der Folge des stärkeren Yens bemerken können. Dagegen haben viele Importeure und Zwischenhändler beachtliche Gewinne erzielt. Auch die Regierung gab kein gutes Vorbild, da sie öffentlich kontrollierte Preise für Einfuhren wie Fleisch oder Weizen nicht senkte. Für ausländische Investoren ist der Kauf von Boden und Anlagen teurer geworden, bisher hat sich das aber auf die Höhe der Investitionen noch nicht merklich ausgewirkt. Auch die japanische Handels- und Leistungsbilanz zeigt noch keinen Rückgang der Aktivseite.

Der stellvertretende Geschäftsführer der Daiichi Kangyo Bank, Hirozumi Tanaka, ist der Ansicht, daß der Dollar gegenüber dem Yen so lange fallen werde, bis sich ein Abbau der amerikanischen Handelsdefizite mit Japan abzeichnen werde. Nach Meinung der meisten Beobachter werde die Rate von 150 Yen zum Dollar schon bald erreicht sein. (SAD)

FRANKREICH / Chirac appelliert an die Unternehmer

Geringe Investitionsneigung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft wird sich in diesem Jahr weiter verschlechtern, sagt das statistische Amt INSEE in seinem Konjunkturbericht vom 15. April. Sowohl im Export als auch auf dem Binnenmarkt gingen trotz der jüngsten Franc-Abwertung neue Marktanteile verloren. Denn die Industrie sei der zunehmenden Nachfrage nicht gewachsen, weil sie zu wenig investiert, meinen die Konjunkturexperten.

Obwohl auch in Frankreich die Zinsen zurückgegangen sind, ziehen es die Unternehmen vor, sich zu verschulden oder lukrative Finanzengagements einzugehen, anstatt die Investitionen zu verstärken. Ihr Zuwachs hat sich in letzter Zeit stark vermindert. Dabei hat sich ihre Ertragslage wesentlich verbessert - nicht zuletzt deshalb, weil viele Exportunternehmen die Franc-Abwertung zur Erhöhung ihrer Margen verwenden, anstatt sie an die ausländischen Kunden weiterzugeben.

Zwar erwartet das INSEE für das laufende Jahr einen Handelsbilanzüberschuß von 55 Milliarden Franc nach 24 Milliarden Franc Defizit im vergangenen Jahr. Aber das ist ausschließlich auf die Verbilligung der Ölimporte und damit der Energiepreise zurückzuführen. Bei den Industriegütern dagegen würde sich der Saldo um 20 Milliarden Franc verschlechtern. So bliebe das Wirtschaftswachstum mit voraussichtlich zwei bis 2,5 Prozent weiterhin hinter dem OECD-Durchschnitt zurück. Damit gingen 75 000 Arbeitsplätze verloren (gegenüber 50 000 im letzten Jahr), womit sich die Arbeitslosigkeit auf 160 000 bis 222 000 Stellenanwacher erhöhen könnte.

Angesichts dieser düsteren Prognose appellierte Premierminister Chirac am Dienstagabend auf dem Forum der Wirtschaftszeitung „Expansion“ an die Unternehmer, mehr zu investieren und mehr Personal einzustellen. Andernfalls sei die von der neuen Regierung eingeleitete Liberalisierungspolitik zum Scheitern verurteilt. Demgegenüber erklärte der Präsident des Unternehmerverbands CNPF, Gattaz, daß diese Politik zu wenig energiegelb betrieben würde.

Wirtschafts- und Finanzminister Balladur, der die INSEE-Prognose als „besorgniserregend“ bezeichnet und ebenfalls die Unternehmen zu mehr Investitionen aufgefordert hatte, will weiterhin der Inflationsbekämpfung den Vorrang einräumen. Sein diesjähriges „Inflationsziel“ hat er jetzt sogar von 2,4 auf 2,3 Prozent verschärft, während das INSEE 2,8 Prozent erwartet. Jedoch scheint Balladur in der Kreditpolitik etwas weiter gehen zu wollen, als von ihm ursprünglich angekündigt worden war. Heute soll eine erneute Herabsetzung der Zinsen und eine weitere Lockerung der Devisenkontrolle beschlossen werden.

WERBEWIRTSCHAFT / Neuer ZAW-Präsident: Zeiten für die Branche werden unruhiger

„Über Konzepte für 2000 nachdenken“

hg. Bonn
„Die deutsche Werbewirtschaft geht unruhigen Zeiten entgegen.“ Jürgen Schröder, neuer Präsident des Zentralausschusses der Werbewirtschaft (ZAW), registriert ein wachsendes kritisches Bewußtsein der Bürger nicht nur im Zusammenhang mit allgemeinen gesellschaftlichen Belangen, sondern auch im Hinblick auf Produkte und Dienstleistungen. Vor dem ZAW-Plenum der Werbung formulierte der Vorsitzende des Geschäftsführers der deutschen Unilever GmbH es gestern so: „In der nachindustriellen Gesellschaft von heute reichen kostengünstige Fertigung und Steigerung des Umsatzes nicht mehr aus.“

Sihler hält es nicht für entscheidend, daß die gesamte Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2000 von heute 61 Millionen Menschen auf 80,4 Millionen zurückgehen wird. Viel wichtiger seien die strukturellen Veränderungen im Altersaufbau, „die vielen Branchen zu schaffen machen werden, aber bei sensiblen Marketing auch große Chancen bieten“.

Er rechnete vor, daß die Nachfrage etwa nach Erzeugnissen für Kinder bis zur Jahrtausendwende um 30 Prozent sinken werde. Vor allem aber werde sich ein Verlust an Nachfrage bei der Altersgruppe der 20- bis 30-jährigen bemerkbar machen - jener Altersgruppe, in die meist die Gründung einer Familie und damit zum Beispiel die Einrichtung einer Wohnung falle. Mit der Konsequenz, daß deutlich weniger Möbel, Küchengeräte oder Fernsehapparate verkauft werden können als heute.

Chancen sieht der Henkel-Vorsitzende indes bei solchen Waren, die sich speziell an ältere Menschen wenden, „wie zum Beispiel hochwertige Möbel“. Und weil trotz sinkender Bevölkerung die Zahl der Haushalte nicht abnehmen, sondern eher noch leicht steigen werde, erkenne er künftige Absatzpotentiale bei Produkten, die auf den kleinen Haushalt zugeschnitten sind, zum Beispiel durch die Packungsgröße. „Hersteller und Handel müssen sich angesichts der Bundesrepublik Deutschland auf eine neue Positionierung ihrer Zielgruppen vorbereiten“, gab Sihler zu bedenken, und dies könne nur helfen: „rechtzeitig damit anfangen“. Es dauere eben sehr lange, bis neue Marken aufgebaut und einmal festgesetzte Vorstellungen verändert seien.

Zum Abschied empfahl der ehemalige ZAW-Präsident allen an der Werbung Beteiligten, dafür zu sorgen, daß die negativen Stimmen gegen die Werbung nicht überhand nehmen. Die werbungstreibende Wirtschaft möge „hinreißend, aufregend, attraktiv und unterhaltsame Werbung machen“. An die Adresse der Medien richtete Sihler die Mahnung, „nicht den Ast abzuschneiden, auf dem man sitzt“. Aufklärung über die angeblich schädlichen Folgen der Werbung sei ja möglicherweise ganz spannend, „aber das läßt sich ohne Folgen nur für eine begrenzte Zeit betreiben“.

DEUTSCHER SPARKASSENTAG 1986

DIE SPARKASSEN ZIEHEN BILANZ:

Die 590 Sparkassen, 12 Landesbanken/Girozentralen und 13 Landesbausparkassen sind mit über 1 Billion DM Bilanzsumme die größte Gruppe im deutschen Kreditgewerbe. 247.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in mehr als 17.700 Geschäftsstellen bieten überall im Bundesgebiet den kompletten Service, wenn's um Geld geht. Fast jede zweite Neubauwohnung in der Bundesrepublik wird von der Sparkassenorganisation mitfinanziert. Die Institute der Sparkassenorganisation betreuen rund die Hälfte aller Girokonten in der Bundesrepublik. 58% der bundesdeutschen Wohnbevölkerung unterhalten mindestens ein Sparkassenbuch.

41% aller umlaufenden Inhaberschuldverschreibungen sind Landesbank-Emissionen. Mit einem Bestand von 97 Milliarden DM an Mittelstandskrediten sind Sparkassen und Landesbanken die bedeutendsten Finanziers der mittelständischen Wirtschaft. Zur Zeit stellt die Sparkassenorganisation 25.260 Ausbildungsplätze und damit die meisten Lehrstellen im deutschen Kreditgewerbe.

Wettbewerb um den Kunden bedeutet immer auch Wettbewerb zugunsten des Kunden. Mehr Leistung, neue Ideen bei der Geldanlage, der Kreditfinanzierung und im Zahlungsverkehr kommen ihm zugute.

LEISTUNG DURCH WETTBEWERB

Die Sparkassen Landesbanken und Landesbausparkassen



UdSSR / Experten erwarten wirtschaftliche Probleme

Abkehr von der Kernenergie?

London. Das Reaktorunglück in Tschernobyl könnte nach Einschätzung britischer Bankfachleute den Geldbedarf der Sowjetunion kräftig erhöhen. Obgleich das volle Ausmaß der radioaktiven Verseuchung noch nicht bekannt ist, müßten steigende Nahrungsmittelpreise und neue Energietechnologien finanziert werden. Der bisher gute Ruf als Schuldnerland der UdSSR vom Ölpreisverfall geplagten Sowjetunion könnte dadurch in Gefahr geraten.

Aufgrund des riesigen Wirtschaftsvolumens der UdSSR rechnen die meisten Experten jedoch nicht mit einer echten Zahlungs- oder Kreditkrise. Die Folgen würden sich auf zahlreiche Industriebereiche verteilen. Allerdings werden in der Ukraine, wo der Atommeiler weiter die Umwelt radioaktiv belastet, und dem benachbarten Weißrußland insgesamt rund 23 Prozent des sowjetischen Getreides gemindert. Die Verunsicherung des Kornkammerlandes nach Schätzungen von Rohstoffexperten der Getreide-einfuhrer der Sowjetunion um vier Mill. Tonnen 1986 steigern.

Insgesamt könnten die Atomkata-

strophe und der Ölpreisverfall das Bild der sowjetischen Wirtschaft nach Einschätzung der Experten radikal verändern. Ihr Status als Schuldner werde sich verschlechtern, während ihr Finanzbedarf gleichzeitig wachse. Die Banken würden in der Folge entweder höhere Zinsen verlangen oder weniger ausleihen. Bereits vor der Katastrophe hätten einige Institute ihre Kreditpolitik gegenüber der UdSSR überprüft.

Nach den jüngsten Zahlen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hatte die UdSSR Ende 1985 Auslandsschulden von 22,63 Mrd. Dollar nach 18,64 Mrd. Dollar 1984. Bereits kurz nach dem Unglück von Tschernobyl hatte die sowjetische Außenhandelsbank das Volumen für einen großen Kredit auf 1,2 Mrd. von 1 Mrd. DM aufstocken können.

Das Reaktorunglück könnte nach Einschätzung der Experten langfristig auch zu einer Umorientierung der sowjetischen Energiepolitik führen. Möglicherweise werde die Sowjetunion nun das Schwerkraftwerk ihrer Stromerzeugung von der Kernenergie wieder auf konventionelle Methoden verlagern.

P + S / „Deutlicher Gewinn“ soll Verlustvortrag tilgen

Gute Stahlkonjunktur nutzen

Hannover. Die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P+S) rechnet im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) mit einem „deutlichen Gewinn“. Vorstandschef Kurt Stähler erklärte auf der Hauptversammlung in Hannover, die Ergebnisse in den ersten sechs Monaten rechtfertigten die Erwartung, daß der bestehende Verlustvortrag (51 Mill. DM) „beseitigt“ wird. Weitergehende Aussagen wollte Stähler allerdings nicht treffen. Das Unternehmen, das zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehört, hatte 1984/85 einen Überschuss von 93 Mill. DM erwirtschaftet, der mit Verlustvortrag von 144 Mill. DM verrechnet worden war.

Ernst Pieper, Vorsitzender des P+S-Aufsichtsrats, wies darauf hin, daß es trotz des erkennbaren Erfolgs seit dem vergangenen Jahr „keinerlei Veranlassung zur Selbstgefälligkeit“ gebe. Allerdings brauche P+S sich auch „hinter keinem Privatunternehmen der deutschen Stahlindustrie zu verstecken“, meinte Pieper. Nunmehr gehe es darum, die derzeit guten Stahlpreise zu nutzen, um die Wettbewerbsposition zu festigen und

die Umstrukturierung voranzutreiben.

Im ersten Halbjahr 1985/86 erreichten die Walzstahl-Auftragseingänge bei P+S ein Volumen von 1,64 Mill. t gegenüber 1,88 Mill. t in der gleichen Vorjahreszeit. Die Abschwächung betraf vor allem den Drittland-Bereich. Von der von der EG festgelegten Quotenstruktur sei sein Unternehmen in besonderem Maße betroffen, meinte Stähler, weil fast die Hälfte der Produktion auf Drittmarkten abgesetzt werden müsse.

Dies schlage sich in der Rohstahlproduktion nieder, die im Berichtszeitraum auf 1,8 (1,94) Mill. DM zurückging. Der Umsatz dagegen erreichte mit 1,4 Mrd. DM fast das Niveau des Vorjahres. Planmäßig abgewickelt, so Stähler, werden die Restarbeiten des Umstrukturierungsprogramms. Nach Abschluss dieser Arbeiten Ende dieses Jahres werde zugleich die Ertragskraft weiter gestärkt. Um den Standortnachteil zu kompensieren, verhandele das Unternehmen über den Bau einer Erzumschlaganlage in Wilhelmshaven.

WOLFF WALSRODE / Massierung von Problemen

Ziele wurden nicht erreicht

Walsrode. Das als Frischhalteersatz bei der Folienherstellung genutzte Diethylenglykol mußte von einem auf den anderen Tag gestrichen werden. Dadurch entstanden Verluste von rund 10 Mill. DM. Der Zellglas-Bereich repräsentiert einen Umsatz von etwa 90 Mill. DM. Von Kletowsky ließ keinen Zweifel daran, daß die Produktion jetzt schneller als geplant auslaufen wird.

Die Entwicklung im laufenden Jahr beurteilt Wolff wieder zuversichtlich, obwohl im ersten Quartal „durch eine Massierung von Problemen“ sich das Geschäft deutlich verschlechterte. Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit sei der Umsatz um 12,7 Prozent zurückgegangen. Verwiesen wird auf die Zurückhaltung der Kunden, die auf weiter sinkende Preise hofften. Hinzu kommen die Währungsschwankungen und die konjunkturellen Schwierigkeiten in der Erdölindustrie und in der Baubranche. Inzwischen habe sich die Situation aber entspannt. Wolff geht davon aus, daß zumindest wieder eine Dividende von neun Prozent verdient wird.

Hart getroffen wurde Wolff von der Diskussion um die Verwendung von Diethylenglykol nach der Beihilfeung dieses Mittels in Österreich.

schon Wein. Das als Frischhalteersatz bei der Folienherstellung genutzte Diethylenglykol mußte von einem auf den anderen Tag gestrichen werden. Dadurch entstanden Verluste von rund 10 Mill. DM. Der Zellglas-Bereich repräsentiert einen Umsatz von etwa 90 Mill. DM. Von Kletowsky ließ keinen Zweifel daran, daß die Produktion jetzt schneller als geplant auslaufen wird.

Die Entwicklung im laufenden Jahr beurteilt Wolff wieder zuversichtlich, obwohl im ersten Quartal „durch eine Massierung von Problemen“ sich das Geschäft deutlich verschlechterte. Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit sei der Umsatz um 12,7 Prozent zurückgegangen. Verwiesen wird auf die Zurückhaltung der Kunden, die auf weiter sinkende Preise hofften. Hinzu kommen die Währungsschwankungen und die konjunkturellen Schwierigkeiten in der Erdölindustrie und in der Baubranche. Inzwischen habe sich die Situation aber entspannt. Wolff geht davon aus, daß zumindest wieder eine Dividende von neun Prozent verdient wird.

MAINZER LANDESBANK / Durch DAL-Engagement „schwerstes Jahr in der Geschichte“

Ziel ist jetzt die Konsolidierung

Frankfurt. Das „schwerste Jahr in der Geschichte der Bank“, bekannte Paul Wiewandt, Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Rheinland-Pfalz beim Rückblick auf das Geschäftsjahr 1985. Gleichzeitig wehrt er sich jedoch gegen eine einseitige, nur am ausgewiesenen Ergebnis – ein mit 10 (15) Mill. DM äußerst magerer Jahresüberschuss, der aus der Landesbauparaskasse stammt – ausgerichtete Betrachtung. Denn das erzielte Gesamtergebnis von 211 Mill. DM liege deutlich über den langjährigen Durchschnittswerten.

Den starken Rückgang zum Betriebsergebnis des Vorjahres begründet der Geschäftsbericht mit Sonder-einflüssen. Wiewandt: Das hohe Ergebnis 1984 kam durch die Mobilisierung fast aller Kurswertreserven aus dem Wertpapierportfolio zustande. Gedrückt wurde das 88er Ergebnis auch durch den Rückgang der durchschnittlichen Zinsspanne auf 1,05 (1,23) Prozent. Der Zinsüberschuss fiel bei einer um 4,2 Prozent auf 33,1 (31,8) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme auf gut 280 (327) Mill. DM zurück.

Die im Grunde befriedigende Entwicklung bei der Landesbank wurde freilich wie im Jahr vorher durch den

aus dem verunglückten Engagement bei der Deutschen Anlagen-Leasing (DAL) resultierenden Abschreibungsbedarf zunichte gemacht. Das öffentlich-rechtliche Institut mußte darüber hinaus bei seinen Eignern (dem Land Rheinland-Pfalz und der rheinland-pfälzischen Sparkassenorganisation) um 400 Mill. DM Beistand bitten. „Wir wurden damit in die Lage versetzt, dem insgesamt außerordentlich hohen Risikoversorgungsbedarf entsprechen und zugleich die stillen Reserven wesentlich aufstocken zu können“, unterstrich Wiewandt.

Bereits im Jahre 1984 hatte die Bank für Wertberichtigungen im Zusammenhang mit der DAL gut 370 Mill. DM einsetzen müssen. Für das Geschäftsjahr 1985 waren weitere rund 150 Mill. DM im Gespräch. Wiewandt sagte jedoch, daß man im Interesse einer „ersklassigen Abschirmung“ weit darüber hinaus gegangen sei, ohne konkrete Beträge zu nennen. Auch in den anderen Bereichen, die im Vorjahr etwas zu kurz gekommen waren, habe man eine „sehr konsequente Bewertungspolitik“ angewandt. Der Vorstand nannte als Schwerpunkt das Immobilienkreditgeschäft (Gesamtportfolio im Konzern 5,3 Mrd. DM) und Abschreibun-

BASF / Umfangreiche Akquisitionen „locker“ verkraftet – Eigenkapitalquote noch verbessert

Das neue Jahr startete turbulent

Joachim Weber, Ludwigshafen. Im „langanhaltenden Schlechtwetterfeld“ des ersten Quartals 1986 habe die BASF – wie die gesamte Branche – „einiges einstecken“ müssen, bekannte Hans Albers, Vorstandsvorsitzender des Ludwigshafener Chemiekonzerns. Inzwischen aber scheine sich der Horizont aufzuheben, da der Ölpreis wie Dollar eine untere Widerstandslinie erreicht hätten. „Wir sehen Chancen, im Laufe des Jahres wieder aufzuholen.“ Aber: „Wir können schon sehr zufrieden sein, wenn wir den Weltumsatz von 1985 wieder erreichen.“

Nur den Akquisitionen des vergangenen Jahres hat es die BASF zu verdanken, daß die Turbulenzen des ersten Quartals keine deutlichen Spuren im Zahlenwerk hinterlassen haben. So ging der Gruppenumsatz nur um ein Prozent auf 11 (11,1) Mrd. DM, der AG-Umsatz – zur Hälfte umrechnungsbedingte – um vier Prozent auf 5,04 (5,27) Mrd. DM zurück. Ohne die Umsätze vor allem der US-Zubehöre von Inmont (Farben), BASF Structural Materials (Verbundwerkstoffe) und des Faserzuges der American Enka hätte die Gruppen-Lücke bei zehn bis elf Prozent gelegen.

Dieser Größenordnung entsprechen die Schrammen im Ertragsbild: Das Gruppenergebnis vor Steuern fiel – nicht zuletzt durch 180 Mill. DM Bestandsabwertungen – um 12,4 Prozent auf 650 (742) Mill. DM zurück; die AG kam – weil im Gegensatz zur Tochter Wintershall nicht mit Ölverträgen belastet – mit einem Minus von 1,6 Prozent auf 301 (306) Mill. DM davon.

Insgesamt überwiege die Zahl der Bereiche mit schlechterem Ergebnis. Die eingehende Ursachenanalyse hält Albers für verfrüht. „Eine präzisere Erfassung der Verwerfungen im komplexen Gefüge von Preis-, Umrechnungs- und Markteffekten wird erst später möglich sein.“ Ein Anhaltspunkt für die Währungseffekte: 23 Prozent der gesamten Auslands-

umsätze (siehe Tabelle) und 15 Prozent der AG-Exporte von zuletzt 12,3 (11,9) Mrd. DM werden in Dollar fakturiert.

Der kurzfristige Ausblick ist immerhin „vorsichtig optimistisch“. Mit weiter stabilisierten Rohölpreisen könnte sich auch der Lagerzyklus normalisieren und damit ein spürbarer Mengenschub (als Nachholeffekt für die Absatzrückläufe der beiden letzten Quartale) wirksam werden.

Längerfristige Zuversicht bekundet die BASF mit ihren Investitionsplänen. Der Steigerung der Sachinvestitionen um 36 Prozent auf 2,8 Mrd. DM (von denen rund 340 Mill. DM dem Ankauf der Faserproduktion von American Enka zuzurechnen sind) soll in diesem Jahr eine weitere Erhöhung auf 2,9 Mrd. DM folgen. Davon sind 2 Mrd. DM fürs Inland vorgesehen. Schwerpunkte werden die Rohstoffgewinnung (Öl), die Rohverarbeitung und die generelle Umschichtung zu höherveredelten Produkten sein.

Auch die Forschung soll mit 1,8 Mrd. DM – einschließlich des wegen der angespannten Ertragslage auf 200 (300) Mill. DM gekürzten Explorationsaufwands bei Wintershall – bedacht werden, ein Prozent mehr als die 1,44 (1,24) Mrd. DM des Vorjahres. Auch hier sind die höherwertigen Produkte im Visier, vor allem aus den Grenzbereichen zwischen der Chemie einerseits und der Biologie, Medizin oder Physik andererseits.

Das langfristige Wachstum wird also mit Nachdruck vorbereitet – kurzfristig kann die BASF (wie ihre Konkurrenten) durchaus einmal auf dem Spitzenniveau des vergangenen Jahres verharren. Das Wachstum der Gruppenumsätze um zehn Prozent auf 44 (40) Mrd. DM stammte 1985 zu zwei Dritteln aus Absatzsteigerungen bei fast unveränderten Preisen, zu einem Drittel aus den US-Akquisitionen.

Wenn auch kein zweiter 74-Pro-

zent-Sprung im weltweiten Nettoergebnis gelang, so hielt die Steigerung des Gruppen-Ergebnisses nach Steuern um 11,5 Prozent auf 1009 (913) Mill. DM durchaus Schritt mit der Umsatzentwicklung. Und ohne die schon fürs letzte Quartal 1985 nötigen Bestandsabwertungen (die in 250 Mill. DM gleich den Januar 1986 mit einbezogen) sowie steuerliche Vorsorgemaßnahmen (für noch strittige Rückstellungspositionen) hätte das Bild insgesamt noch etwas erfreulicher ausgesehen.

Große Sprünge werden indessen auch in den „normalisierten“ Ergebnissen je Aktie nicht ausgewiesen. So stieg das DVFA-Gruppenergebnis je Aktie, gerechnet auf ein unverändertes Grundkapital von 2,25 Mrd. DM – tatsächlich wurde es 1985 auf 2,58 Mrd. DM erhöht – auf rund 35 (33,63) DM. Bezogen auf das erhöhte Kapital ging es sogar auf 32 DM zurück, ebenso wie das DVFA-Ergebnis der AG mit 31,66 (24,45) DM.

Immerhin wurden die umfangreichen Akquisitionen – auch dank der Kapitalerhöhung – „locker“ verkraftet. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich sogar von 37,8 auf 38,3 Prozent. Und die Ergebnisverbesserung der Gruppe stammte nicht zuletzt aus einer leicht verbesserten Zinsbilanz.

BASF	1985	±%
Weltumsatz ¹		
(Mrd. DM)	47 980	+ 8,8
Gruppenergebnis ²	44 777	+ 8,8
dav. Ausland	36 961	+ 12,3
Auslandsgewinn	12 349	+ 12,4
Mitarbeiter	130 173	+ 12,4
Sachinvestitionen	2 794	+ 36,3
Brutto-Cash-flow ³	5 421	+ 15,4
Netto-Ergebnis ⁴	1 026	+ 10,0
Netto-Cash-flow ⁵	2 954	+ 32,9
Ausschüttung ⁶	507	+ 19,9
Stab-Gewinn	508	+ 2,4

¹ Alle Beteiligungen von mehr als 50 % voll erfaßt; ² Erg. nach Steuern + Zählung zu Dr. Richter; ³ SoFo + Abschreibung; ⁴ SoFo + KEV-Steuern; ⁵ Erg./Aktie nach Ang. d. Untern. 80,15 (18,50) DM; ⁶ Brutto minus KEV-Steuern; ⁷ Ausschüttung; ⁸ dav. 12 (18) Mill. DM an Konzernfremde.

STEUERBERATER / Richtlinie für GmbH & Co KG

Gesetzgeber sorgt für Arbeit

Harald Posny, München. Steuerberater werden sich auch in den nächsten Jahren nicht über einen Mangel an Arbeit zu beklagen haben und die Fachanwälte für Steuerrecht wohl auch nicht, von den Finanzgelehrten ganz zu schweigen. Das wurde auf dem Deutschen Steuerberater-Kongress in München deutlich, auf dem in Podiumsdiskussionen und Arbeitskreisen deutlich wurde, daß neue und zu schnell wieder geänderte Gesetze und deren Ausgestaltung in der Steuer- und Finanzpraxis für mehr Arbeit sorgen. Das gilt für die „Neuordnung der steuerrechtlichen Behandlung des eigengenutzten Wohnraums“ ebenso wie für die „bilanzpolitischen Überlegungen zum Rechnungslegungsrecht“, zwei Themen aus insgesamt sechs Arbeitskreisen der Steuerberater.

Das Wohnen im eigenen Haus ist künftig nicht mehr im Rahmen der Einkunftsart Vermietung und Verpachtung zu besteuern. Es wird kein Mietwert mehr angesetzt, auf die Wohnung entfallende Ausgaben können aber auch nicht mehr als Werbungskosten steuerlich abgesetzt werden und zu steuerlich verrechnungsfähigen Verlusten führen. Nach den Worten des Ministerialdirigenten im Bundesfinanzministerium, Hans-Ulrich Kieschke, bewirkt diese grundlegend neue Auffassung, die das Wohnen des Eigentümers zu dessen Privatsphäre rechnet, auch eine Vereinheitlichung der bisher sehr unterschiedlichen steuerlichen Behandlung des selbstgenutzten Wohneigentums als pauschalierte Erfassung oder Einnahmen-Überschußrechnung je nach Hauptyp. Nutzung der übrigen Teile des Hauses und Stichtag des Bauantrags oder Kaufvertrags.

Der Wegfall der Nutzungswertbesteuerung hat Folgen: Voll eigen genutzte Gebäude sind künftig grundsätzlich einkommensteuerrechtlich ohne Bedeutung. Die neue steuerliche Förderung der Vermögensbildung durch Schaffung von Wohn-

gentum erfolgt künftig im Sonderausgabenbereich. Hier werden die Regelungen des Paragraphen 7 b EStG und des Paragraphen 15 BerlinFG in veränderten Umfang neu angeordnet. Erst unlängst vom BFH entwickelte Begriffe sind jetzt als überholt anzusehen und programmieren nicht selten neuen Streit.

Die Eigennutzung durch minderjährige Personen schließt das Gesetz jetzt aus. Sie muß vom Steuerpflichtigen tatsächlich bewohnt werden, erläuterte der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Wolfram Werner. Die Wohnung müsse für ihn und seine Familie Mittelpunkt des Lebensinteresses sein. Bei unentgeltlicher Überlassung an einen Nutzungsberechtigten kann weder er noch der Steuerpflichtige in der Regel den Abzugsbetrag nach Paragraph 10 e EStG geltend machen.

Unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit warf der Staatssekretär im NRW-Finanzministerium, Heinz Rolf Haacke, die Frage auf, ob sich Sonderausgaben um so höher auswirken müßten, je höher das Einkommen ist. Bei Sonderausgaben, die auf der Verminderung der steuerlichen Leistungsfähigkeit beruhen (Sozial- und Lebensversicherungsbeiträge, erscheinende dies gerechtfertigt, bei Sonderausgaben mit Subventionscharakter (Bausparkassenbeiträge) führe nur ein Abzug von der Steuerschuld zu einer steuergerechten Lösung.

Überschritten wurden die Steuerberater durch den Hinweis des Ministerialrats im Bundesjustizministerium Herbert Biener, wonach in Brüssel ein Vorentwurf für eine neue Richtlinie der GmbH & Co. KG in die Publizitätspflicht des Bilanzrichtliniengesetzes einbezogen. Einige EG-Mitglieder hätten dies angesichts der in ihren Ländern ausgeübten Publizitätspflicht angeregt. Biener warnt vor Versuchen, die bestehenden Publizitätspflichten der GmbH zu unterlaufen.

„Immer häufiger sind meine 517 Kollegen und ich als 'Unternehmensberater, Fachgebiet Logistik' tätig," sagte Jakob Daum, Kundenberater der Post.

„Gute Beratung weiß ich zu schätzen," bestätigte der Unternehmer. „Dann treffen wir uns morgen.“



...und ab geht die Post

Die Lösung logistischer Probleme hilft Zeit und Kosten sparen – und die Service-Leistungen für die Kunden optimieren. Sie wissen das.

Kundenberater der Post helfen tagtäglich bei ganz unterschiedlichen Unternehmens-Engpässen. Beim Thema Paketabholung aus den Geschäftsräumen zum Beispiel. Oder dem rationellen Haus-Haus-Versand. Der Nutzung schnellster und doch preisgünstiger nationaler und internationaler Postkurierdienste. Oder dem Einsatz der EDV für den Paketversand. Und vielem mehr.

Wann haben Sie zuletzt mit Ihrem Kundenberater der Post gesprochen? Er bietet Ihnen möglicherweise Lösungen, die

Sie bisher noch nicht in Erwägung gezogen haben. Sein „unternehmerischer“ Rat kostet nichts, könnte aber viel einbringen.

Nur wer die Wege und vielfältigen Angebote der Post kennt, kann sie optimal nutzen. Mehr sagt Ihnen unser Kundenberater, wenn Sie uns den Beratungs-Coupon zusenden.

Post



Beratungs-Coupon

Wir wünschen spezielle Beratung für unseren Paketversand

Thema: _____ Vorherige Terminabsprache mit _____

Frau/Herr _____ Telefon _____

Unsere Anschrift: _____

Straße und Haus-Nr. oder Postfach _____

Postleitzahl _____ Bestimmungsort _____

An die Deutsche Bundespost, PTZ W 23-2a,

Postfach 1180,

5100 Darmstadt

5.675.016 F

Neue unternehmerische Dimensionen erreicht

Wie isoliert die Leitenden Angestellten im Augenblick dastehen, zeigten auch die Angriffe gegen die Arbeitgeber: „Die Arbeitgeber sind schlechte Politiker. Sie weigern sich jetzt, eine moderate Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und die gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse zu akzeptieren. Sie werden sich wundern, was sie in der nächsten Legislaturperiode hinzunehmen haben werden“, meinte Hans Kern, Präsident der Union der Leitenden Angestellten. Winfried Wiegräbe forderte die Arbeitgeber: „entwuschelt sich“, „Sagen Sie doch ehrlich: Es geht ihnen nicht, die Leitenden Angestellten sich zusammenzuschließen. Es paßt ihnen nicht, daß die Führungskräfte sich als eigenständige Kraft verstehen.“

Andererseits ist es ein Faktum, daß – so Breitschwerdt – „der Mehrbedarf nach allen Mercedes-Pkw im In- und Ausland zur Zeit so hoch ist, daß wir ihn trotz großer Anstrengungen bei weitem nicht abdecken können“. Beim 190er belaufe sich die durchschnittliche Lieferzeit auf drei bis fünf Monate, und bei den Modellen

In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres, in denen sich die Automobilkonjunktur in der Bundesrepublik zunächst „etwas verhaltenner als erhofft anließ“ (Breitschwerdt), verteilte der Daimler-Benz-Konzern einen Umsatz von 20 Milliarden DM, das sind über 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Dieses hohe Plus basiert freilich überwiegend auf der erstmaligen Einbeziehung der neuen Töchter MTU, Dornier und AEG, wobei letztere

Exportiert wurden 278,157 Pkw (plus elf Prozent), davon rund 88 000 Sticks (plus 2,9 Prozent) in die USA. Hier will Daimler-Benz im laufenden Jahr trotz über 80 000 Pkw verkauften, trotz lauer konjunktureller Lage an wichtigen Nutzfahrzeug-Märkten wie Daimler-Benz die Position weiter ausgebaut, wobei die Anstandsrichter, insbesondere Mercedes-Benz der Brasil und Freightliner, angenehm und Dornier. Die neuen Töchter MTU und Dornier lagen mit Umsätzen von 2,7 Mrd. DM (plus 14 Prozent) beziehungsweise 2,1 Mrd. DM (plus 40 Prozent) voll im kräftigen Aufwind.

Das gute Pkw-Geschäft, der im Jahresdurchschnitt hohe Dollarkurs (erwarte sich — so Finanzminister Esch)

Nettolidiquidität von 10,6 (8,5) Milliarden in DM aus:			
Deutscher-Bank-Konzern	1998	± %	
Produktion (Stück)			
Pkw	561 038	+12,1	
Nutzfahrzeuge	230 213	+4,4	
Umsatz (Mill. DM)	52 406	+30,5	
dav. Auslandanteil (%)	64,3	(66,3)	
Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)	231 077	+18,6	
Jahresüberschuss (Mill. DM)	1 083	+52,8	
in % d. Umsatzes	2,1	(2,5)	
Nettogewinn *)	2 838	+28,7	
Cash Flow	8 978	+2,0	
in % d. Umsatzes	17,1	(16,0)	
Investitionen	5 062	+19,7	
Abschreibungen	2 978	+10,9	

*) Gewinn je Aktie 29,50 (21,20) DM (nach Steuern)

Pieroth verhandelt über Beteiligung

Wie das Unternehmen ergänzend mittels, verhandelt zur Zeit der Präsident des rheinischen Weinbauverbandes, Jäger, mit Pleroth über eine Beteiligung deutscher Winzerzeugergemeinschaften und -genossenschaften auf breiter Basis an der Vertriebsorganisation und den technischen Einrichtungen der Firma Pleroth. Neben den bestehenden rechtlichen Problemen taucht dabei insbesondere die Frage auf, wie weit deutsche Winzer sich über den weltweiten ausländischen Vertrieb hinaus verkaufen ausländischer Weine engagieren sollen. Bei einer Pleroth-Beteiligung deutscher Erzeugergemeinschaften käme auch eine Forderung aus öffentlichen Mitteln in Frage.

Sie haben das Recht, eine Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Medical setzt auf Wachstum

Im Geschäftsjahr 1985 nahm der Umsatz mit Medical-Produkten um 8 Prozent auf 679 (639) Mill. DM zu; das entspricht einem Anteil von 22 Prozent am gesamten Beiersdorf-Umsatz. Der Medical-Markt in der Bundesrepublik insgesamt wuchs demgegenüber nur um 6 Prozent auf rund 4,8 Mrd. DM. Besonders erfolgreich arbeiteten die im Professional-Geschäft tätigen Tochtergesellschaften S+G Implants GmbH, Vartex GmbH und Bode Chemie GmbH. Mit einer Umsatzrendite von vier Prozent liege die Sparte im Durchschnitt der Beiersdorf-Gruppe. Die Investitionen, die 1985 bei 24 Mill. DM lagen, sollen 1986 rund 25 Mill. DM erreichen.

Düsseldorfer (Fy). – Die letztes Jahr mehrheitlich vom Gerling-Konzern zur Altana Industrie-Aktien- und Anlagen AG, Bad Homburg v. d. Höhe, gewechselte Deutsch-Atlantische Telegraphen-AG (DAT), Köln, hatte 1985 eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung. Der Gruppen-Umsatz erhöhte sich von 30,5 auf 47,4 Mill. DM. Im EDV-Bereich, dem bedeutendsten Umsatzträger, wurde ein Umsatz von 34,2 (28,1) Mill. DM erzielt. Im Fernmeldesektor stellt die DAT vor allem Mietleistungen im De-

von 12 Mill. DM, das derzeit zu 64 Prozent von der Schweizer Interdiscount-Holding S. A., Fribourg, und zu 36 Prozent von der Hannsmeier Pore GmbH & Co. KG gehalten wird, soll dann auf ein Aktienkapital von 25 Mill. DM aufgestockt werden. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates ist Erich Traber, Präsident des Verwaltungsrates der Interdiscount-Gruppe gewählt worden. Den Vorstandsvorsitz der jetzige Vorsitzende der Geschäftsleitung Heinz Wohlrab übernehmen. Daneben werden noch die Geschäftsführer Gustav Kampmann und Werner Marx im Vorstand vertreten sein. Nach Angaben von Wohlrab ist der Gang an die

Kiel (VWD) - 19,05 Mill. DM wird das Land Schleswig-Holstein ausgeben, um 25,1 Prozent der HDW-Elektronik zu erwerben. Das geht aus dem Entwurf des zweiten Nachtragshaushalts hervor, den der Kieler Landtag veröffentlichte. Von der Summe soll 12,15 Mill. DM im Haushalt 1986 bereitgestellt werden. Für 1987 sind 3,77 Mill. DM und für das folgende Jahr 3,13 Mill. DM in die Etats eingestellt worden. In der Begründung für diesen Schritt heißt es, nur durch die so mögliche Erhöhung des Stammkapitals bei HDW-Elektronik könne die geplante Erweiterung des Betrie-

Ruberoid kürzt

Hamburg (VWD) - Der HV der Ruberoidwerke AG, Hamburg, am 1. August wird für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividende von 2,50 (Vorjahr: 5,50) DM je Aktie vorgeschlagen. Der Hersteller von Flachdachbedeckungen und Abdichtungen hat sich 1985 angesichts der schwachen Baukonjunktur angemessen behaupten können. Nach einer Unternehmensmitteilung ging der Umsatz hauptsächlich wegen witterungsbedingter Verzögerungen bei der Bautätigkeit um 11,5 Prozent auf 159,2 (179,9) Mill. DM zurück.

Der Konjunktur-Frühling nimmt keine Rücksicht.



Fordern Sie unser Informations-Material an, und gewinnen Sie ein wertvolles „Konjunktur Barometer“.

5000 KHz

GESCHÄFTSSTELLEN: Theaterstraße 8 **8900 Augsburg** Telefon 0821/313073 - 9, Tausenizienstraße 6 **1000 Berlin 30** Telefon 030/2117017 - 8, Herforder Straße 20 **4800 Bielefeld 1** Telefon 0521/777373 - 5, Reichsstraße 1-2 **3300 Braunschweig** Telefon 0531/71055 - 7, Gnadenrot 2-4 **4600 Dortmund 1** Telefon 0231/527891 - 4, Am Wahrhorn 36 **4000 Düsseldorf** Telefon 021/352051 - 4, Rohnastraße 24 **6800 Eppelborn** Telefon 06881/876787, Kolserstraße 47 **6000 Frankfurt 1** Telefon 069/232986 - 8, Kaiser-Joseph-Straße 261 **7800 Freiburg** Telefon 0761/8591 - 3, Lange Luch 2 **3000 Hannover 1** Telefon 051/326491 - 4, Karlsruher 48 **7500 Karlsruhe 1** Telefon 071/272084 - 7, Schloßstraße 36 **5400 Koblenz** Telefon 0261/73066 - 8, Höhenzenerlinden 79-83 **5000 Köln 1** Telefon 021/58101 - 3, P. 4, 1-3 **6800 Mannheim** Telefon 0621/12037 - 9, Tal 13 **8000 München 2** Telefon 089/226627 - 9, Eberhardstraße **7000 Stuttgart 1** Telefon 071/248075 - 7, Hofkamp 131 **5500 Wuppertal 1** Telefon 022/452047 - 7 - 9

time-power
Personal-Dienstleistungen

STERN-BRAUEREI / Die HV brachte keine Erleuchtung - Wieder ohne Dividende

Statt Ausverkauf Sanierung angesagt

HANS BAUMANN, Essen
Zähneknirschend und bei Gegenstimmen und Enthaltungen haben 238 Aktionäre der Stern-Brauerei Carl Funke AG, Essen, die gut 87 Prozent des Grundkapitals von 19,7 Mrd. DM vertreten, erneut einen dividendenlosen Abschluss für 1984/85 verabschiedet. Aber nicht die Vergangenheit aus betriebswirtschaftlicher Sicht stand im Mittelpunkt einer unbefriedigenden Hauptversammlung, sondern die Sorge der Aktionäre um die Zukunft der Stern-Gruppe. Dies wegen der Übernahme von 78,3 Prozent des Kapitals von der englischen Grand Metropolitan Ltd., London, durch die Vertriebsgesellschaft deutscher Brauereien mbH (VdB), an der ein gutes halbes Dutzend branchenfremder deutscher Unternehmer beteiligt ist.

Als die Aktionäre ihre Befürchtungen formuliert hatten, die sich auf seit Monaten glühende Gerüchte stützten, ergiff der Geschäftsführer der VdB, Jan Reimer Haase, Karlsruhe, das Wort. Der neue Großaktionär stehe voll hinter den Plänen des Vorstands. Das Ziel sei nicht, sich vom Bier wegzunutzen, sondern die Wertigkeit der Aktie zu erhalten.

Tiefe Verunsicherung

In diese Richtung zielt auch eine Erklärung des neuen Aufsichtsratsvorsitzenden, Nikolaus Hensel, Anwalt und Notar in Frankfurt, der selbst keine Anteile an Stern hält, in der der neue Großaktionär bekundete, daß er keinerlei Aktivitäten in der deutschen Brauindustrie - bis auf Stern - verfolgen, und daß man die qualifizierte Mehrheit bei Stern übernommen habe in der Gewissheit, daß die Gruppe eine unternehmerische Zukunft habe.

Doch die Verunsicherung der Kleinaktionäre saß zu tief, als daß sie solche Versicherungen beruhigt hätten. So verwunderte es nicht, daß Aktionär Kurt Heibich und der Vertreter

der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre den Vorstand mahnten, sich von der VdB nicht zu verstoßen gegen das Aktiengesetz verstoßen zu lassen. An Kurt Hochhense, Vorstand bei der Commerzbank und Aufsichtsratsmitglied bei Stern, erging „im eigenen Interesse“ die Bitte, ein waches Auge auf die Aktivitäten des neuen Großaktionärs zu richten.

Die Sorgen stammen nicht von ungefähr. Einigen deutschen Brauereien war die zur Stern-Gruppe gehörende Dom-Brauerei in Köln zum Kauf angeboten worden, unter anderem Wicküler und der König-Brauerei, die jedoch abwandten. Zudem hätte nach geltendem Aktienrecht ein solcher Ausverkauf der Zustimmung einer außerordentlichen Hauptversammlung bedurft.

Zur Irritation der Aktionäre hatte schließlich auch beigetragen, daß der erst im Juli vorigen Jahres vom Aufsichtsrat bestellte Vorstandsvorsitzende Karl Erwin Gries am 21. April dieses Jahres in den Aufsichtsrat überwechselte - mit einem Beratervertrag für den Vorstand, dessen Sprecher Otto Schütze wurde.

Hier witterten die Kleinaktionäre Ämterverquickung, da Gries schließlich auch Beauftragter war für den Verkauf des bei Grand Metropolitan liegenden Aktienpakets, das die Metropolitan-Tochter Watney International 1973 für 140 Mrd. DM übernommen hatte. Brutto 49,8 Mrd. DM erhielten sie jetzt zurück, doch nur 30 Mrd. DM brachten die Gesellschafter der VdB nur zusammen. Den Rest von 20 Mrd. DM gab Grand Metropolitan als Darlehen, angeblich, weil die Sicherheiten „sehr gut sind“ (niedrige Inflationsrate) und weil die Struktur der Sterngruppe mit ihren sechs operativen Teilen „nicht über Nacht kollabieren kann“.

Unrat witterten die Kleinaktionäre auch, weil Gries als Vorstandsvorsitzender an die Gruppe der neuen Kleinaktionäre die Stern-Tochter

VdB (reiner Firmenmantel) verkauft hatte, die dann ihren Sitz von Essen nach Karlsruhe verlegte. Aus der Tochter war über Nacht die Mutter geworden. Die Frage wurde diskutiert: Was steckt hinter der Vater-schaft, vor allem, nachdem Gries vom Vorstand in den Aufsichtsrat gewechselt war.

Vermögen wird abgespeckt

Doch Karl Erwin Gries und Otto Schütze haben ganz andere Erklärungen. Gries gehe in den Aufsichtsrat, weil er dort im Sinne einer Sanierung und Konzentration der Stern-Gruppe wirken und dem Vorstand über den Beratervertrag weiterhin zur Seite stehen wolle. Und Schütze ist sicher, daß eine „schlanke“ Stern-Gruppe mit profitabler Marke sehr wohl im Markt bestehen kann. Dazu wird der Konzern um nicht betriebsnotwendige Vermögensgegenstände abgespeckt. Nach Gries soll das Bilanzvolumen von 150 Mrd. DM über zur Zeit 122 Mrd. auf 105 Mrd. DM reduziert werden.

Die Vokabel „Ausverkauf“ mag Gries allerdings nicht hören, wie er in einem Gespräch mit der WELT betonte. Zudem lägen die rund 50 Mrd. DM, die die neuen Großaktionäre aufbringen müßten, „über der Summe der Teile“. Liquidation würde zudem eine außerordentliche Hauptversammlung erforderlich machen. Damit wären langen Vorlaufzeiten verbunden, die die Preise nur ruinieren würden.

Und wie lange soll die Umstrukturierung dauern, die nach Gries rund 25 Mrd. DM freisetzen wird (Abgabe u. a. der Coca-Cola-Konzession)? „Wenn man mir freie Hand läßt, drei bis fünf Jahre.“ Und dann, so Gries, „wollen wir regelmäßig Geld verdienen“. Die freien Aktionäre würden dann das erleben, was ihnen auf der Hauptversammlung von Werbeplakaten verheißen wurde: „Sternstunden“.

NAMEN

Dr. Otto Ambros, von 1938 bis 1945 Vorstandsmitglied der I.G. - Farben Industrie und nach dem Kriege Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte sowie Berater europäischer und amerikanischer Unternehmen, feiert am 19. Mai 1986 in Mannheim seinen 85. Geburtstag.

Manfred Brohmeyer (63), seit 1967 technisches Vorstandsmitglied der Schleswig AG, Rendsburg, ist aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand getreten.

Peter Kahn, Vorstandsvorsitzender bei der Kreisparkasse Augsburg, und Eberhard Zinn, Vorstandsmitglied der Deutschen Girozentrale, Deutsche Kommunalkbank, Frankfurt, sollen zwischen Anfang Juli und Ende September in den jetzt schiedsgerichtlichen Vorstand der Bayerischen Landesbank Girozentrale, München, aufgenommen werden. Vorstandsvorsitzender Heino Kerkmann war zum Jahresende 1985 ausgeschieden und im Juni wird Franz Hirsch den Vorstand verlassen.

Dr. Werner A. Bornmann (47), Mitglied der deutschen Geschäftsleitung von A. T. Kearney, Management Consultants, Düsseldorf, ist in den Board of Directors der amerikanischen Muttergesellschaft, A. T. Kearney, Inc., Chicago, gewählt worden.

Dr. Peter Adelft, Mitglied der Geschäftsleitung der Allianz Versicherungs-AG, und Rudi Schulte, Mitglied des Vorstands der Genossenschaftlichen Zentralbank AG, wurden in den Aufsichtsrat der Württembergischen Hypothekendarlehenbank AG, Stuttgart, gewählt.

Gerhard Jankowski, langjähriger Vizepräsident des Zentralverbands Sanitär Heizung Klima, St. Augustin, ist im Alter von 70 Jahren gestorben.

Herbert Flamm (45), bisher Geschäftsführer der Fläkt Lufttechnik GmbH, Butzbach/Hessen, hat bereits mit Wirkung vom 1. März 1986 die Geschäftsführung der Crawford Tor GmbH Deutschland übernommen.

SIEMENS

Information für Siemens-Aktionäre

Nochmals 9 000 Arbeitsplätze mehr

Investitionen kräftig erhöht - Anhaltendes Wachstum im Inland

Schwankungen im Kraftwerksgeschäft und die vor allem gegenüber dem Dollar stärker gewordene DM wirkten negativ auf die rechnerischen Veränderungsgrößen für das erste Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres 1985/86, also die Zeit vom 1. Oktober 1985 bis zum 31. März 1986.

Im Inland stiegen ohne Kraftwerksgeschäft der Umsatz um 10% und der Auftrags-eingang um 7%. Da Siemens mit weiterem Wachstum im In- und Ausland rechnet, wurden zusätzlich 9 000 Arbeitsplätze besetzt und die Investitionen um 69% auf 2,3 Mrd. DM erhöht.

Umsatz

Während im ersten Halbjahr des Vorjahres die zwei Kernkraftwerke Gundremmingen C und Grohnde abgerechnet wurden und damit der Siemens-Umsatz um 33% auf 26,7 Mrd. DM sprang, ist in den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres der Weltumsatz um 18% auf 22 Mrd. DM zurückgeschwungen, da kein Kernkraftwerk abgerechnet wurde. Ohne das Kraftwerksgeschäft konnten die Siemens-Bereiche ihren

Umsatz leicht steigern, im Inlandsgeschäft sogar um 10%. Auch der Umsatz im Auslandsgeschäft war real höher als im Vorjahr.

In Mrd. DM	vom 1.10.84 bis 31.3.85	vom 1.10.85 bis 31.3.86	Veränderung
Umsatz	26,7	22,0	-18%
Inlandsgeschäft	14,9	16,3	+9%
Auslandsgeschäft	11,8	11,7	-1%

Auftragseingang

Auch beim Auftragseingang machten sich das Fehlen neuer Kraftwerksorders im Inland und die Wechselkursänderungen im Auslandsgeschäft bemerkbar. Daher blieb der Auftragseingang weltweit mit 25 Mrd. DM um 13% unter der Vergleichszahl des Vorjahres. Ohne Kraftwerksgeschäft stiegen die Bestellungen im Inland um 7%. Weltweit rechnet Siemens für das gesamte laufende

Geschäftsjahr mit einem Auftragseingang von über 50 Mrd. DM.

In Mrd. DM	vom 1.10.84 bis 31.3.85	vom 1.10.85 bis 31.3.86	Veränderung
Auftragseingang	25,0	21,7	-13%
Inlandsgeschäft	14,0	14,9	+7%
Auslandsgeschäft	11,0	11,8	+8%

Auftragsbestand

Der Auftragsbestand stieg im ersten Halbjahr um 3% auf 55,7 Mrd. DM. Die Vorräte wurden vor allem im Rahmen des längerfristigen Anlagenbestands auf 19,9 (i.V. 17,8) Mrd. DM erhöht.

In Mrd. DM	30.9.85	31.3.86	Veränderung
Auftragsbestand	55,7	57,4	+3%
Vorräte	17,8	19,9	+12%

Mitarbeiter

Nachdem bereits im letzten Geschäftsjahr 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, hat die Zahl der Mitarbeiter im ersten Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres noch einmal um 9 000 auf insgesamt 357 000 zugenommen. Im Inland wurden zusätzlich 5 000 Mitarbeiter und im Ausland 4 000 mehr beschäftigt. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres waren bei Siemens 352 000 Mitarbeiter tätig, 6% mehr als im Vorjahr.

In Tsd.	30.9.85	31.3.86	Veränderung
Mitarbeiter	346	357	+3%
Im Inland	240	245	+2%
im Ausland	106	112	+6%

	vom 1.10.84 bis 31.3.85	vom 1.10.85 bis 31.3.86	Veränderung
Mitarbeiter im Durchschnitt st. Tsd.	352	352	0%
Neubeschäftigung in Tsd.	5,4	7,0	+28%

Investitionen Gewinn

In den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres investierte Siemens 2,3 Mrd. DM, 69% mehr als vor einem Jahr; für das gesamte Geschäftsjahr sind Investitionen in der Größenordnung von 6 Mrd. DM vorgesehen. Mit 638 Mio. DM Gewinn nach Steuern erreichte Siemens im ersten Halbjahr eine Umsatzrendite von 2,9% gegenüber 2,8% im gesamten abgelaufenen Geschäftsjahr.

	vom 1.10.84 bis 31.3.85	vom 1.10.85 bis 31.3.86	Veränderung
Investitionen in Mrd. DM	1,3	2,3	+69%
Gewinn nach Steuern in Mio. DM	640	638	0%
in % vom Umsatz	2,4	2,9	+21%

STIEBEL ELTRON / Auslandsmärkte im Visier - Kooperation nur mit Fachhandel

Im Galopp zu neuen Produkten

J. GEHLEHOF, Düsseldorf
Verdrängungswettbewerb und Ausleseprozess sieht Karl Sallack als Sprecher der Geschäftsführung der Stiebel Eltron GmbH & Co. KG, Holz-minden, wenn er auf die nächsten ein bis zwei Jahrzehnte seiner Branche blickt. Die demographische Entwicklung (weniger Bundesbürger und weniger Haushalte) und der auf die Hälfte der 70er Jahrestrategie von 400 000 Einheiten sinkende Wohnungsbau geben dem führenden deutschen Hersteller von Geräten zur Elektro-Warmwasserbereitung genug Anlaß zur Sorge vor Überkapazitäten.

Die eigene Position als auch in Europa (nach der Ariston-Gruppe) zweitgrößten Produzenten will die Familienfirma, die 1934 als Berliner Tauchsiederfabrik startete und heute den beiden Stiebel-Gründersöhnen gehört, dabei noch ausbauen. Dies durch eine energisch betriebene Erneuerung der Produktpalette mit dem Resultat, daß Ende 1986 „nahezu“ kein Produkt mehr angeboten

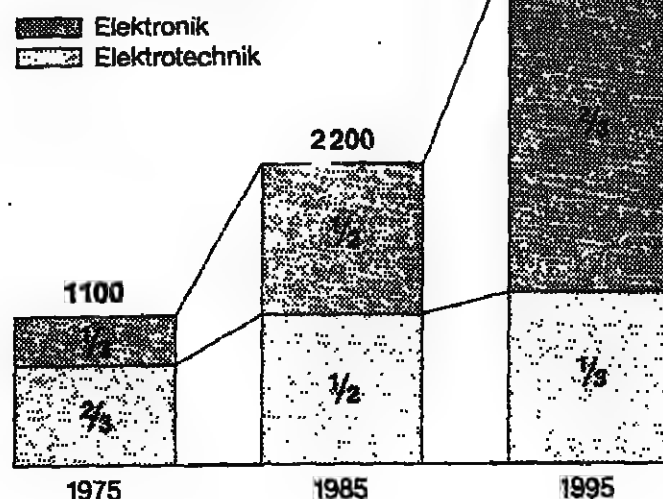
werde, das älter als zwei Jahre ist. Die mit Bilanzzahlen noch geizige Gruppe hat 1985 ihren Umsatz um 3,6 (1,7) Prozent auf 378 Mrd. DM gesteigert und erwartet nach branchentypisch enttäuschendem ersten Quartal für 1986 mindestens fünf Prozent Plus. Zur Gruppe gehören 2130 (2090) Beschäftigte im Inland (drei Werke) und 370 (330) im Ausland, darunter ein Werk in Griechenland (Solarkollektoren mit 35 bis 40 Mrd. DM Umsatz). Vergrößert wurde die Gruppe Ende 1985 durch Mehrheitsbeteiligung an der Ulmer Heizwassergerätekfirma Hettler (40 Mrd. DM Umsatz).

Das künftige Wachstum des Geschäfts (auf dem Heimatmarkt für die meisten Produkte zu weit mehr als die Hälfte Ersatzbedarf) wird vermehrt auf Auslandsmärkten gesucht. Da beginnen nun mit dem Armaturenhersteller Friedrich Grohe, Herten/Westf., Vertriebskooperationen. Der bei 21 (19) Prozent liegende Exportanteil heimischer Produktion soll „recht bald“ auf ein Drittel ge-

bracht werden. Einen „zweistelligen Millionenbetrag vor Steuern“ habe man 1985 verdient, umschreibt Sallack die „stets positive“ Ertragslage der Gruppe. Innovation in Produkten und Fertigungsmethoden brachte die Investitionen 1985 auf die stattliche Höhe von 25 (13) Mrd. DM, wo sie auch 1986 bleiben sollen. Das schaffe man, von Thesen zur Finanzierungspolitik der Eigentümer gestützt, komplett aus der Innenfinanzierungskraft. Die Gruppe habe 80 Mrd. DM Eigenkapital (80 Prozent Bilanzanteil) und 75 Mrd. DM Pensionsrückstellungen.

Auch künftig will Stiebel Eltron „fast ausschließlich“ die bewährten Vertriebswege des Elektro- und Sanitär-großhandels sowie der Heizungsbaufirmen nutzen. Die Absage an die Selbstmacher-Bewegung mit den entsprechenden Vertriebswegen wird stolz mit dem Hinweis unterstrichen, daß man als einziger deutscher Anbieter Garantieleistungen nur biete, wenn die Geräte-Installation vom Fachmann durchgeführt wurde.

Strukturwandel des Wellelektromarktes
Volumen in Mrd. DM, Preisbasis 1985



Strukturwandel erfordert hohe Investitionen

Vor zehn Jahren betrug der Anteil der Elektronik am Elektromarkt noch ein Drittel, 1995 werden es rund zwei Drittel sein. Siemens hat sich auf den Wandel von der Elektrotechnik zur Elektronik frühzeitig eingestellt und erzielt heute bereits die Hälfte seines Umsatzes mit elektronischen Geräten und Systemen. Dazu waren und sind hohe Zukunftsinvestitionen notwendig. Siemens wird deswegen im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 4,8 auf rund 5,5 Mrd. DM steigern und die Investitionen von 4,2 auf etwa 6 Mrd. DM erhöhen.

Siemens AG

FINANZANZEIGEN

Ordentliche
Hauptversammlung

BASF '86

Wir berufen hiermit unsere diesjährige ordentliche Hauptversammlung ein auf Donnerstag, den 26. Juni 1986, 10.00 Uhr, im BASF-Feierabendhaus, Ludwigshafen am Rhein, Leuschnerstraße 47.

Tagesordnung

1. Vorlage des Jahresabschlusses der BASF Aktiengesellschaft und des Konzernabschlusses; Vorlage des Geschäftsberichts der BASF Aktiengesellschaft und des Konzerngeschäftsberichts; Vorlage des Berichts des Aufsichtsrats.

2. Gewinnverwendung.
3. Entlastung des Aufsichtsrats.
4. Entlastung des Vorstands.
5. Wahl des Abschlussprüfers.
6. Genehmigtes Kapital I.
7. Genehmigtes Kapital II.
8. Optionsanleihen.

Die vollständige Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlussfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 88 vom 15. Mai 1986 enthalten. Wir bitten, dieser Bekanntmachung Einzelheiten über die Tagesordnung und über die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung zu entnehmen. Letzter Hinterlegungstag ist Mittwoch, der 18. Juni 1986.

Allen Kreditinstituten, die BASF-Aktien verwahren, haben wir die Kurzfassung unseres Geschäftsberichts für das Jahr 1985 mit der Bitte um Weiterleitung an jeden BASF-Aktionär übersandt. Wir bitten diejenigen Aktionäre, die ihre BASF-Aktien durch eine Bank verwahren lassen und nicht bis dieser wider Erwarten nicht bis Anfang Juni 1986 den Kurzbericht erhalten haben, ihn bei ihrer Bank anzufordern.

Ludwigshafen am Rhein,
den 15. Mai 1986
Der Vorstand

BASF Aktiengesellschaft
6700 Ludwigshafen

BASF

BAYERISCHE
VEREINSBANK

AKTIENGESELLSCHAFT
MÜNCHEN

Wertpapier-Kenn-Nr. 802 200 / 802 202 / 802 203 / 802 208 -

Bezugsangebot

Aufgrund der Ermächtigung in § 5 der Satzung unserer Gesellschaft haben wir mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital unserer Bank von DM 524.250.000,- auf DM 572.000.000,- zu erhöhen durch Ausgabe von:

- DM 41.169.500,- auf den Inhaber lautenden Stammmaktien, zerlegt in 36.500 Aktien im Nennbetrag zu je DM 1.000,-, 30.000 Aktien im Nennbetrag zu je DM 100,-, 47.390 Aktien im Nennbetrag zu je DM 50,-,
- DM 3.308.500,- auf Namen lautenden Stammmaktien, zerlegt in 3.308 Aktien im Nennbetrag zu je DM 1.000,-, 5 Aktien im Nennbetrag zu je DM 100,- und
- DM 3.272.000,- auf Namen lautenden Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, zerlegt in 3.272 Aktien im Nennbetrag zu je DM 1.000,-.

Die neuen Aktien sind ab 1. Januar 1986 gewinnberechtigend und werden zum Preis von DM 375,- je DM 50,- Aktiennennbetrag (75%) ausgegeben. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Ein Bankenkonsortium unter der gemeinsamen Führung der Deutschen Bank AG und der Commerzbank AG hat die neuen Aktien mit der Verpflichtung übernommen, sie den Aktionären unserer Bank im Verhältnis 1:11 zum Preis von DM 375,- je DM 50,- Aktiennennbetrag (75%) börsennotenzusteuern, bezogen werden können. Dergestalt können auf DM 41.169.500,- alte Inhaber-Stammmaktien DM 41.078.800,- neue Inhaber-Stammmaktien bezogen werden. Die Bayerische Landesbank wird auf ihren Aktienbesitz im gleichen Verhältnis die neuen Namens-Stammmaktien und die neuen Vorzugsaktien beziehen. DM 90.900,- neue Inhaber-Stammmaktien sind zur Verwertung bestimmt.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, bitten wir unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom 25. Mai bis 31. Juni 1986 bei der

Bayerischen Vereinsbank AG in München oder Nürnberg oder einer ihrer Niederlassungen oder einem der folgenden Kreditinstitute auszuüben:

- Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart
- Bank für Handel und Industrie AG, Berlin
- Bankhaus H. Aufhäuser, München, Frankfurt am Main
- Bankhaus Gebrüder Bethmann, Frankfurt am Main
- Bankhaus Max Flessa & Co., München
- Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank AG, München, Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Stuttgart
- Joh. Berenberg, Gossler & Co., Hamburg, Frankfurt am Main
- Berliner Bank AG, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
- Berliner Commerzbank AG, Berlin
- Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Berlin, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
- Bremer Bank Niederlassung der Dresdner Bank AG, Bremen
- Commerzbank AG, Düsseldorf, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
- CSFB-Erfassbank AG, Frankfurt am Main
- Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
- Deutsche Bank Berlin AG, Berlin
- Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
- Fürst Thum und Taxis Bank Albert Fürst von Thum und Taxis, München
- Merck, Finck & Co., München, Düsseldorf, Frankfurt am Main
- B. Metzger, Böhm & Co., Frankfurt am Main
- Sall, Oppenheim & Co., Köln, Frankfurt am Main
- Reuschel & Co., München
- Schwäbische Bank AG, Stuttgart
- Schweizerische Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main
- Schweizerische Bankverein (Deutschland) AG, Frankfurt am Main
- Simonbank AG, Düsseldorf
- Trinkaus & Burkhart KGaA, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, München, Stuttgart
- Verein- und Westbank AG, Hamburg, Hannover
- M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg, Frankfurt am Main
- Westfälische Bank AG, Bochum, Düsseldorf

Auf je 11 alte Inhaber-Stammmaktien zu je DM 50,- Nennbetrag (Wertpapier-Kenn-Nr. 802 200 und 802 202) kann eine neue Inhaber-Stammmaktie zu je DM 50,- Nennbetrag (Wertpapier-Kenn-Nr. 802 203) bezogen werden. Auf 36.500 alte Namens-Stammmaktien zu je DM 1.000,- Nennbetrag und 7 alte Namens-Stammmaktien zu je DM 100,- Nennbetrag (Wertpapier-Kenn-Nr. 802 208) sowie 8 alte Vorzugsaktien zu je DM 1.000,- Nennbetrag (Wertpapier-Kenn-Nr. 802 202) sind die neuen Namens-Stammmaktien, auf 36.500 alte Vorzugsaktien zu je DM 1.000,- Nennbetrag (Wertpapier-Kenn-Nr. 802 203) sind die neuen Vorzugsaktien - ebenfalls im Verhältnis 11:1 - beziehbare. Der Bezugspreis ist am 8. Juni 1986 zu zahlen.

Die Bezugsrechte aus den alten Stammmaktien werden vom 25. Mai bis 5. Juni 1986 an den Wertpapierbörsen zu München, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover und Stuttgart gehandelt und amtlich notiert werden. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Für den Bezug wird die übliche Bankprovision berechnet; er ist provisorisch, sofern er während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle ausgetauscht wird und ein weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist. Die Stammmaktien haben hierbei den Gewinnanteilschein Nr. 48 einzuliefern.

Die neuen Inhaber-Stammmaktien sind in einer Globalkurde verbrieft, die bei der Bayerischen Wertpapier-Gesellschaft AG, München, hinterlegt wird. Der Druck von neuen Aktien-Einzelscheinen ist nicht vorgesehen. Auf Wunsch stehen alte Einzelscheine aus den Beständen der Wertpapier-Gesellschaft AG zur Verfügung. Die Bogen zu diesen Aktien werden aus den Gewinnanteilscheinen Nr. 50 bis 80 und einem Erneuerungsschein besteht.

Die Zulassung der auf den Inhaber lautenden neuen Stammmaktien zum Handel und zur amtlichen Notierung an sämtlichen deutschen Wertpapierbörsen ist beantragt worden. München, im Mai 1986

DER VORSTAND

GIRMES-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Greifath-Oedt bei Krefeld

Wertpapier-Kenn-Nummern 587900, 587902 und 587904 -

Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der am Freitag, dem 27. Juni 1986, 10.00 Uhr, im Seidenweberhaus in Krefeld, Theaterplatz, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 1985, des Geschäftsberichts und des Konzerngeschäftsberichts des Vorstands über das Geschäftsjahr 1985 sowie des Berichts des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 1985.
2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1985 in Höhe von 32.513,41 DM auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 1985 Entlastung zu erteilen.
4. Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1985 Entlastung zu erteilen.
5. Änderung der Satzung der Girmes-Werke Aktiengesellschaft. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgende Änderungen der §§ 1 und 4 der Satzung der Girmes-Werke Aktiengesellschaft zu beschließen:
§ 1 - Firma, Sitz - erhält folgende Neufassung:
(1) Die Aktiengesellschaft führt die Firma »Girmes-Werke Aktiengesellschaft«.
(2) Ihr Sitz ist 4135 Greifath 2.
§ 4 - Grundkapital - erhält folgende Neufassung:
Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 49.916.500 DM, in Werten neundreizehzigmillionenneunhundertsechszehntausendfünfhundert Deutsche Mark. Es ist eingeteilt in 43.250 Aktien über je 1.000 DM, 43.150 Aktien über je 100 DM und 47.030 Aktien über je 50 DM. Die Änderung des § 1 soll am 1. Januar 1987 in Kraft treten. Die Änderung des § 4 wurde durch den bereits erfolgten Umtausch der Wandelanleihe erforderlich.
6. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1986. Der Aufsichtsrat schlägt vor, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 1986 wiederum die Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, zu bestellen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 24. Juni 1986 bei der Gesellschaftskasse, einem deutschen Notar, einer Wertpapier-Gesellschaft oder bei einem der nachstehend aufgeführten Kreditinstitute während der üblichen Geschäftsstunden hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

- Deutsche Bank AG
- Commerzbank AG
- Dresdner Bank AG
- Trinkaus & Burkhart
- J.H. Stein
- Delbrück & Co.
- Sal. Oppenheim jr. & Cie.
- Sparkasse Krefeld

Im Fall der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapier-Gesellschaft muß die von diesen ausstellende Bescheinigung über die Hinterlegung spätestens am 23. Juni 1986 bei uns eingegangen sein. Die Aktien sind auch dann ordnungsgemäß hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle für diese bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Greifath-Oedt bei Krefeld, 15. Mai 1986

Der Vorstand

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!

W 266

CONTIGAS '84/85

Kurzfassung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1984 bis 30. September 1985
Bilanz zum 30. September 1985

AKTIVA	1984/85 1000 DM	1983/84 1000 DM	PASSIVA	1984/85 1000 DM	1983/84 1000 DM
Sachanlagen	330.062	296.463	Grundkapital	140.000	140.000
Finanzanlagen	374.552	362.633	Rücklagen (einschl. Sonderposten)	161.619	156.639
Vorräte	5.458	5.448	Wertberichtigungen	190.846	172.696
Wertpapiere	727	727	Baukostenzuschüsse	37.443	33.965
Forderungen	74.919	74.408	Rückstellungen	61.560	58.038
Flüssige Mittel	14.822	18.049	Verbindlichkeiten	186.424	175.200
	800.540	757.728	Bilanzgewinn	800.540	757.728

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	1984/85 1000 DM	1983/84 1000 DM
-----------------------------	--------------------	--------------------

Umsatzerlöse	287.744	261.813
Aktivierete Eigenleistungen	3.153	3.112
Gesamtergebnis	290.897	264.925
Sachaufwendungen	211.168	191.358
Rohrtrag	79.729	70.729
Beteiligungsverträge	47.722	42.343
Ubrige Erträge	6.644	5.724
	134.095	121.634
Personalaufwendungen	33.246	27.742
Abschreibungen auf Sachanlagen	20.354	18.240
Zinsaufwendungen	9.858	8.726
Steuern	23.817	23.817
Ubrige Aufwendungen	19.485	17.124
Jahresüberschuss	27.458	25.985
Gewinnvortrag	190	205
	27.648	26.190
Einstellung in offene Rücklagen	5.000	5.000
Bilanzgewinn	22.648	21.190

AUS DER GESCHÄFTSENTWICKLUNG	1984/85	1983/84
------------------------------	---------	---------

Umsätze	288 Mio. DM (+ 9,9%)	
CONTIGAS-AG	2,85 Mrd. DM (+ 8,8%)	
Stromabgabe	874 Mio. kWh (+ 3,4%)	
CONTIGAS-AG	7,81 Mrd. kWh (+ 1,6%)	
Gasabgabe	1,93 Mrd. kWh (+ 12,0%)	
CONTIGAS-AG	5,75 Mrd. kWh (+ 9,8%)	
Investitionen	36 Mio. DM	
CONTIGAS-AG	12 Mio. DM	
Cash-Flow	53 Mio. DM	
CONTIGAS-AG	438	

* Jeweils gegenüber dem Vergleichszeitraum 1983/84

Der vollständige Abschluß mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Treuhand Aktiengesellschaft, Düsseldorf, wird in Kürze im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Stand: 14. 5. 1986

CONTIGAS Deutsche Energie-Aktiengesellschaft
Düsseldorf

Auslosungen

Am 7. Mai 1986 wurden unter Mitwirkung unserer stellvertretenden Treuhänder folgende Auslosungen vorgenommen:

- 5. planmäßige Auslosung unserer 7% Hypothekendarlehen Reihe 102 JU - 237 087 - Es wurde die Gruppe 4 in allen Wertberichtigungen ausgelost.

- 10. planmäßige Auslosung unserer 8% Kommunalschuldverschreibungen Reihe 48 AO - 237 343 - Es wurde die Gruppe 5 in allen Wertberichtigungen ausgelost.

Die Einlösung der ausgelosten Stücke wird ab 1. Juli 1986 für die Pfandbriefe Reihe 102 und ab 1. Oktober 1986 für die Komm.-Schuld. Reihe 48 zum Nennwert gegen Einreichung der Stücke mit den noch nicht fälligen Zinsrechnungen per 2. 1. 87 ff. (Pfr. R. 102 bzw. 1. 4. 87 ff. (KO R. 48) durchgeführt. Fehlende Zinsrechnungen werden vom Kapitalbesitzer gelöst. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Hamburg bzw. Berlin sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden.

Die Verzinsung der ausgelosten Schuldverschreibungen endet für die Pfandbriefe Reihe 102 am 30. Juni 1986 und für die Komm.-Schuld. Reihe 48 am 30. September 1986.

Restanten: 8% Kommunalschuldverschreibungen Reihe 48

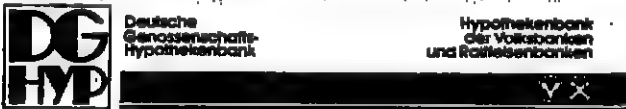
Gruppe 9 - verlost per 1. 10. 82	
Buchst. J Nr. 431, 442, 444	= 35 000,-
Gruppe 8 - verlost per 1. 10. 83	
Buchst. F Nr. 805, 804, 808	= 371 000,-
Buchst. J Nr. 380	= 1/5 000,-
Gruppe 16 - verlost per 1. 10. 84	
Buchst. F Nr. 1035	= 1/1 000,-
Gruppe 4 - verlost per 1. 10. 85	
Buchst. F Nr. 238	= 1/1 000,-
Buchst. J Nr. 179	= 1/5 000,-

Restantenliste

Aus folgenden Einlassungen, die zu den genannten Terminen ausgelost, gekündigt oder endfällig waren, sind aus noch nicht aufgeführten Stücken zur Einlösung vorgelegt worden:

237 013	4 % Hyp.-Pfr. Reihe 19 JU	verlost z. 1. 07. 86
237 081	4 % Hyp.-Pfr. Reihe 28 JU	entf. z. 1. 07. 86
237 080	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 35 JU	entf. z. 1. 07. 86
237 084	7 % Hyp.-Pfr. Reihe 50 JU	entf. z. 1. 07. 86
237 081	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 50 AO	entf. z. 1. 07. 86
237 101	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 105 JU	entf. z. 1. 07. 86
237 101	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 108 AO	entf. z. 1. 07. 86
237 103	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 110 AO	entf. z. 1. 07. 86
237 105	7 1/2 % Hyp.-Pfr. Reihe 118 AO	entf. z. 1. 07. 86
237 111	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 118 JU	entf. z. 1. 07. 86
237 113	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 118 AO	entf. z. 1. 07. 86
237 115	7 1/2 % Hyp.-Pfr. Reihe 120 AO	entf. z. 1. 07. 86
237 116	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 121 AO	entf. z. 1. 07. 86
237 121	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 125 JU	entf. z. 1. 07. 86
237 122	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 127 JU	entf. z. 1. 07. 86
237 125	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 130 JU	entf. z. 1. 07. 86
237 129	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 134 JU	entf. z. 1. 07. 86
237 134	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 138 AO	entf. z. 1. 07. 86
237 136	8 1/2 % Hyp.-Pfr. Reihe 141 JU	entf. z. 1. 07. 86
237 140	7 % Hyp.-Pfr. Reihe 146 JU	entf. z. 1. 07. 86
237 141	8 % Hyp.-Pfr. Reihe 148 JU	entf. z. 1. 07. 86
237 155	8 1/2 % Hyp.-Pfr. Reihe 160 1. 08.	entf. z. 1. 07. 86
237 167	8 1/2 % Hyp.-Pfr. Reihe 172 1. 12.	entf. z. 1. 07. 86
237 167	7 % Hyp.-Pfr. Reihe 182 1. 08.	entf. z. 1. 07. 86
237 168	8 % Komm.-Schuld. Reihe 48 AO	entf. z. 1. 07. 86
237 246	7 % Hyp.-Pfr. Reihe 52 AO	entf. z. 1. 07. 86
237 254	8 % Komm.-Schuld. Reihe 60 1. 07.	entf. z. 1. 07. 86
237 258	7 % Komm.-Schuld. Reihe 62 1. 04.	entf. z. 1. 07. 86
237 260	8 % Komm.-Schuld. Reihe 66 1. 07.	entf. z. 1. 07. 86
237 264	7 1/2 % Komm.-Schuld. Reihe 70 1. 10.	entf. z. 1. 07. 86
237 268	7 % Komm.-Schuld. Reihe 74 1. 10.	entf. z. 1. 07. 86
237 270	6 1/2 % Komm.-Schuld. Reihe 78 2. 01.	entf. z. 1. 07. 86
237 285	5 % Komm.-Schuld. Reihe 81 1. 12.	entf. z. 1. 07. 86
237 286	6 % Komm.-Schuld. Reihe 102 1. 10.	entf. z. 1. 07. 86
237 287	8 1/2 % Komm.-Schuld. Reihe 108 1. 11.	entf. z. 1. 07. 86
237 438	10 % Komm.-Schuld. Reihe 144 1. 04.	entf. z. 1. 07. 86

Hamburg - Berlin, im Mai 1986



Große Interviews

Jedes Jahr erscheinen in der WELT ca. 350 Interviews. Gespräche mit kompetenten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kulturleben und Sport. WELT-Leser erfahren so aus erster Hand die Gedanken der Akteure des Weltgeschehens.



Ein Kind kann man nicht kleben

Jedes Jahr kommen in der Bundesrepublik Deutschland 80.000 Kinder zu Welt, die das Risiko tragen, ein Leben lang behindert zu sein. Die Chancen stehen 5:1, daß eines Tages ihr Kind nicht da sein wird.

Die Chancen könnten besser stehen. Durch rechtzeitige Vorsorge, Früherkennung und Frühbehandlung lassen sich zwei Drittel dieser Behinderungen vermeiden oder doch ganz wesentlich bessern.

Um ihr Ziel zu verwirklichen, bedarf die Stille für das behinderte Kind bemüht sich um genetische Beratung, praktische Vorsorge und individuelle frühtherapeutische Betreuung.

Die Stiftung für das behinderte Kind bemüht sich um genetische Beratung, praktische Vorsorge und individuelle frühtherapeutische Betreuung. Um ihr Ziel zu verwirklichen, bedarf die Stille für das behinderte Kind bemüht sich um genetische Beratung, praktische Vorsorge und individuelle frühtherapeutische Betreuung.

Die Stiftung für das behinderte Kind bemüht sich um genetische Beratung, praktische Vorsorge und individuelle frühtherapeutische Betreuung.

[illegible][illegible][illegible][illegible]

Warenpreise – Termine

Einbußen verzeichneten am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Silber, Kupfer und Kakao aus dem Markt. Fester in den vorderen und niedriger in den entfernteren Sichten notierte Kaffee.

[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk			NE-Metalle		
SAUNWOLLE New York (cfrb)			DM je 100 kg		
Sorten-Mix	13,6	13,6	14,6		
Oct.	37,10	47,25	ELEKTROLYTISCHER für Leichtmetalle		
Jan.	37,10	34,70	DIN-Nr. 230.65-230.70 317.00-320.16		
Febr.	37,10	34,70	BLEI in Kabele		
März	38,35	38,10	90,75-91,75 89,25-90,25		
April	37,45	38,10	ALLUMINIUM für Leichtmetalle (NAB)		
Mai	40,00	39,65	435,00-439,50 435,00-439,50		
KAUSCHUK New York (cfrb)			Vorzüge		
Händlerpreise unter RS-6	40,00	40,00	44,00-44,50 44,00-44,50		
WOLLE London (Newst. cfrb) - Kreuzer			Auf Grundlage der Meldungen über die höchsten und niedrigsten Kontingente durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler		
Sorten-Mix	441-470	461-470	Messingnotierungen		
Oct.	523-527	516-521	14,6		
Jan.	-	516-520	MS 14, 1. Verarbeitungsstufe		
Unverz.	14,28	14,19	290-294		
WOLLE New York (Frag) Kammer			MS 15, 2. Verarbeitungsstufe		
Sorten-Mix	14,6	14,6	330-331		
Oct.	unverz.	unverz.	MS 63		
Jan.	-	-	434-518		
Unverz.	-	-	311-315		
WOLLE Sydney (unverz. cfrb)			Deutsche Alu-Gallienotierungen		
Metall-Schwach, Standard	-	-	(DM/100 kg)		
Sorten-Mix	584,00-600,00	584,00-600,00	14,6		
Oct.	613,00-616,00	-	Lsg. 225		
Jan.	617,00-620,00	617,00-620,00	312-320		
Unverz.	-	10	Lsg. 226		
BRISAL London (S/N oft eur. Hauptorten)			Lsg. 231		
EA	690,00	690,00	Lsg. 231		
UG	570,00	570,00	Lsg. 235		
SEIDE Yokohama (Y/Ng) AAA ab Lager			Preis für Abnahme von 1 bis 5 t		
Sorten-Mix	12,64	12,64	Edelmetalle		
Oct.	12,64	12,64	PLATIN		
Unverz.	12,64	12,64	14,6		
KAUSCHUK London (cfrb)			31,20		
Sorten-Mix	13,6	13,6	GOLD (DM/kg Feingold)		
Oct.	54,00-55,00	53,00-54,00	Reich-Vdr.		
Jan.	55,75-56,75	54,75-55,75	2490		
Febr.	55,75-56,75	54,75-55,75	Reich-Vdr.		
März	55,75-56,75	54,75-55,75	GOLD (DM/kg Feingold)		
April	55,75-56,75	54,75-55,75	(New Londoner Preis)		
Unverz.	55,75-56,75	54,75-55,75	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2470		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
KAUSCHUK Madagaskar (neul. cfrb)			2490		
Sorten-Mix	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Oct.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Jan.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
Febr.	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
März	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		
April	198,00-200,00	198,00-200,00	2490		
Unverz.	198,00-200,00	198,00-200,00	Reich-Vdr.		

Futures (FtB)		13.5.	12.4.	Devisenterminmarkt	
Jan	62,00	62,00	62,00	Aufgrund internationaler Zinsangebotsknoten notieren am 14.5. die Terminsätze auf Vorlage	
Jan	62,00	62,00	62,00	1 Monat	5 Monate
Jan	62,00	62,00	62,00	3 Monate	12 Monate
Jan	62,00	62,00	62,00	Dollar/D.M.	0,60/0,61
Jan	62,00	62,00	62,00	Pfennig/D.M.	0,47/0,47
Jan	62,00	62,00	62,00	Yen/D.M.	2,36/2,39
Jan	62,00	62,00	62,00	FFW/D.M.	14,2/14,2
Jan	62,00	62,00	62,00		27/27
Leadschere Metallbörsen				Goldmarktsätze	
ALUMINIUM (c/b)				Goldmarktsätze im Handel unter Bankan am	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	gold 4,25-4,40 Pfennig; Monargente 4,50-4,65 Pfennig	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	auf 4,45-4,60 Pfennig; P.M.B. 12,10-12,20 Pfennig	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	4,40 Pfennig	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	100 Gramm Goldmarktsätze im F.B. 10 bis 29 Tage	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	Termin, und 30 bis 90 Tage 1,05 bis 2,00 Pfennig	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	der Bundesbank nach 1,45 bis 1,55 Pfennig; 12 Monate	
KUPFER-Highgrade (c/b)				Euro-Goldmarktsätze	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	Bedarfs- und Höchstpreise im Handel unter Bankan	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	Nachfrage 14,20 bis 14,30 Euro	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	1 Monat	US \$
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	3 Monate	49,7/49,7
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	12 Monate	49,7/49,7
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	12 Monate	67,7/67,7
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	12 Monate	49,7/49,7
ZINK-Highgrade (c/b)				Mittelsatz von Deutsche Bank Compagnie Fin.	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	Frankfurt, Luxemburg	
QUECKSILBER (c/b)				Gesamtsatz am 14.5. (je 100 Mark Oct) - Berlin	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,50 DM West, Luxemburg	
WOLFRAM-SEZ (c/b)				Goldmünzen	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	In Frankfurt werden am 14.5. folgenden Gold	
Jan	744,50-745,50	744,50-745,50	744,50-745,50	stücke (je DM)	
Energie-Terminkontrakte				Gesamtsatz Zahlungsanbahn	
HEIZÖL Nr. 2 - New York (c/Galoon)				5 US-Dollar	120
Jan	13,5	13,5	13,5	20 US-Dollar (je 100 Mark)	220
Jan	13,5	13,5	13,5	5 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10000000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100000000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000000000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10000000000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100000000000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000000000000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	10000000000000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100000000000000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000000000000000000000000000000000000000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	1000 US-Dollar (je 100 Mark)	137
Jan	13,5	13,5	13,5	100 US-Dollar (je 100 Mark)	137

[illegible][illegible]

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit (Kontinuitäts- zins (in %/Periode))	bei Marktzins von 10%			bei Marktzins von 12%		
	Yield	Yield	Yield	Yield	Yield	Yield
1	4,55 (4,55)	100,5	101,3	107,3	108,2	108,1
2	5,00 (4,97)	100,1	101,7	108,6	108,4	107,7
3	5,35 (5,28)	99,8	101,7	109,2	108,2	107,5
4	5,65 (5,55)	99,7	101,5	109,7	108,2	107,1
5	5,90 (5,80)	99,2	101,0	109,7	108,0	107,3
6	6,00 (6,05)	99,4	100,0	109,4	107,9	107,1
7	6,20 (6,32)	99,3	99,8	109,3	107,6	107,1
8	6,35 (6,57)	99,2	99,3	109,4	107,5	107,0
9	6,46 (6,70)	98,5	99,0	109,1	107,3	107,1
10	6,70 (6,82)	87,25	94,5	109,3	107,6	107,7
15	7,00 (7,03)	81,00	90,05	109,2	107,7	108,5

* Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupon berechnet (in %).

** Aufgrund der Marktzinsänderung errechnete Preise, die von dem tatsächlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen

New Yorker Finanzmärkte

Fond Funds	15. April	15. April
Commercial Paper (Direktplatzierung)	30-370 Tage	6,70-6,75 6,60-6,60
Commercial Paper (Händlerplatzierung)	30 Tage 60 Tage 90 Tage	6,75 6,65 6,60
Certificates of Deposit	1 Monat 2 Monate 3 Monate 6 Monate 12 Monate	6,55 6,55 6,50 6,55 6,50
US-Schatzwechsel	13 Wochen 26 Wochen	6,87 6,97
US-Staatsanleihe	10 Jahre 30 Jahre	7,62 7,99
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerte		8,50
Geldrendite M1	7. Mai	648/4 Mrd. \$ (= 2,0 Mrd. \$)
NYSE-Aktienindex (New York)		
2. Mai	136,65	136,50
3. Sept.	137,80	137,80
Mittelwert von Hambro & Rischer & Co., Frankfurt		

112,625	113,5	9 Philips 93	109	110,5
107,75	109	9% Pina 92	108,575	109,125

[illegible]

Vandich

, was Verpflich-



Es gibt Zeiten, in denen sich zeigt, was Verpflichtung zur Qualität bedeutet.

Lange war es leicht, viel von Qualität zu reden. Aber heute fällt es manchem schwer, sein Wort zu halten.

Wir von Jacobs Kaffee haben uns von Anfang an nur höchster Qualität verschrieben. Das zeigt sich besonders in unserem besten Kaffee, der Marke Jacobs Krönung.

Seit vielen Jahren ist die Krönung der beliebteste Kaffee. Und dieses Stück deutscher Lebensqualität zu bewahren, sehen wir als unsere Aufgabe an.

Jacobs Qualität kennt keine Kompromisse.
Unser Wort darauf.

Qualität hält Wort.



Blick zurück auf die Katholikentage in Aachen

Von Kolping bis § 116

Katholikentage haben mit den Veranstaltungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages eines gemeinsamen: Während ihrer Dauer füllen sie die Zeitungen und (heutzutage) auch die Bildschirme, doch anschließend geraten sie rasch in Vergessenheit. Und damit verschwindet auch das aus der Erinnerung, was auf und durch diese Veranstaltungen erreicht wurde, was weiterwirkt.

Dieses Jahr ist in Aachen der 89. Deutsche Katholikentag unter dem Motto „Dein Reich komme“. Das ist aktuell. Doch wer erinnert sich an die Katholikentage in der Stadt Karls des Großen 1862, 1879 und 1912? Der Journalist Joachim Widera tut es in

Moufang, in der er eine katholische Erziehung bis hin zur Gründung katholischer Universitäten forderte (die erste entstand vor wenigen Jahren, über ein Jahrhundert später, in Eichstätt) auf dem Hintergrund des ehemals mächtigen Liberalismus in Preußen zu sehen. Moufangs Wort, „Es fehlt an Männern in unserer Zeit“, gilt unter veränderten Verhältnissen noch heute.

Die damaligen Verhältnisse arbeitete Widera für heutige Menschen verständlich heraus. Ob es nun der „Gesellenvater“ Adolf Kolping ist, der auf dem ersten Aachener Katholikentag teilnahm, ob Bismarcks großer Gegenspieler, der Zentrums-Vorsitzende Ludwig Windthorst („die Perle von Meppen“), ob der Philosophieprofessor, spätere bayerische Ministerpräsident und schließlich ab 1917 als Reichskanzler tätige Georg von Hertling – immer werden die weitergehenden Folgen ihres Wirkens in Aachen gezeigt.

Weiter wirkt bis auf den heutigen Tag auch, was in Aachen (und Mönchengladbach) unter dem Begriff „Sozialer Katholizismus – Katholische Soziallehre“ seinen Anfang nahm. Etwas davon wurde jüngst bei den Auseinandersetzungen innerhalb der CDU aus Anlaß der Revision des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz spürbar, ist in der katholischen Arbeiterbewegung (KAB) bis heute präsent und stark.

Der Autor Joachim Widera ist, wie gesagt, Journalist. Davon profitiert der Leser, denn das Buch ist in einem flüssigen Stil geschrieben. Der Autor Joachim Widera ist aber auch gelernter Historiker. Das hat den Vorteil, daß jede Behauptung fundiert und belegt ist. Der erfahrene Publizist Joachim Widera schließlich sorgt durch einen Anhang, in dem beispielsweise die bewegte Referenzzeit des Otto von Bismarck in Aachen ebenso wie die nicht minder bewegte Geschichte des Bistums Aachen geschildert wird, die Heiligschritte ebenso wie der Kirchenkampf im Dritten Reich, dafür, daß sein Buch über die Thematik „Katholikentage in Aachen“ weit hinausführt. Ein zusätzlicher Gewinn: die reiche Ausstattung mit dem Bildteil von Martin Widera.

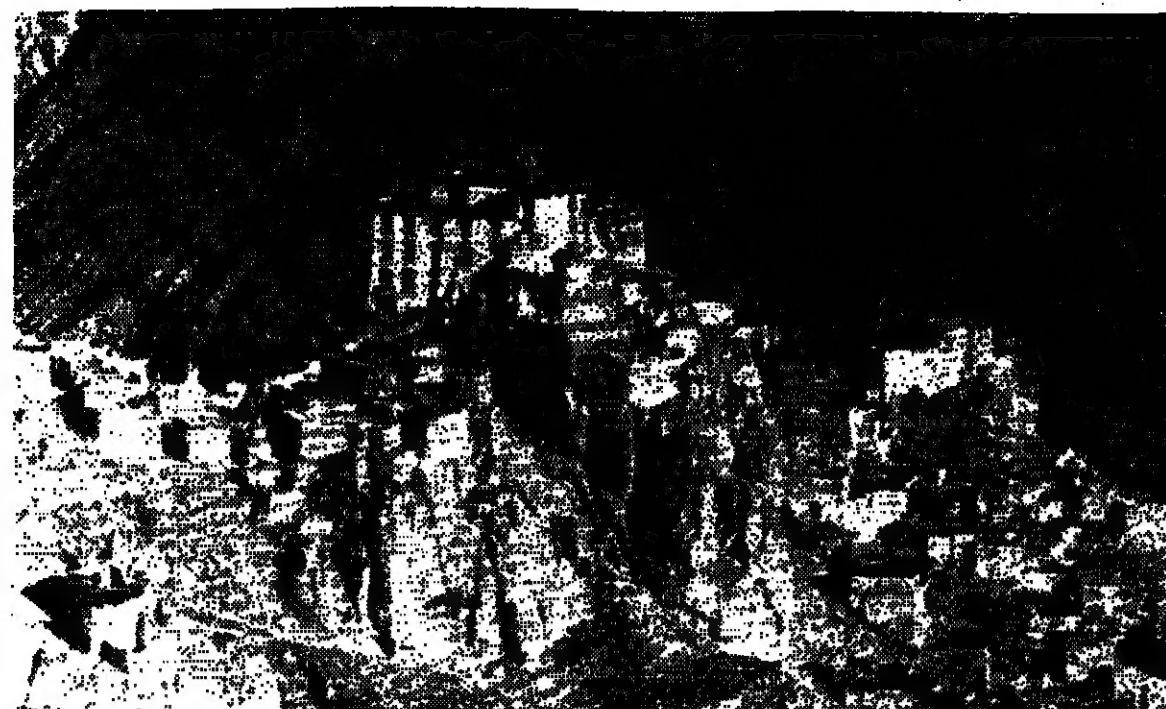
Joachim Widera, „Katholikentage in Aachen. Umfeld – Aufgaben – Ausstrahlung“, Einhard-Verlag, Aachen, 166 Seiten, 28,80 Mark.

Buch des Tages

seinem Buch „Katholikentage in Aachen. Umfeld – Aufgaben – Ausstrahlung“.

Er macht deutlich, welche Wege markiert damals gesetzt wurden: Im Zeichen des Kulturkampfes wurden die völlige Gleichberechtigung des katholischen Bevölkerungsteils und die ungehinderte Religionsausübung gefordert. Angesichts der Industrialisierung und der damit verbundenen Verarmung großer Teile der katholischen Arbeiterschaft machte man konkrete Vorschläge, wie sozialer Gedanke und Lehre der Kirche miteinander verbunden werden könnten. Durch das Engagement einiger Bürger – hier seien nur Franziska Schervier, Pauline von Mallinckrodt und Heinrich Hahn genannt – wurde Aachen zum Mittelpunkt einer Caritas der Tat. Bis heute sind drei große katholische Hilfswerke in der Stadt beheimatet.

Widera macht in seinem Buch knapp, aber verständlich die Zeit und ihre Verhältnisse deutlich. Sachlich, doch nie trocken stellt er die jeweiligen Umstände dar, in denen die Katholikentage durchgeführt wurden, läßt Beteiligte zu Wort kommen. So ist die im Text abgedruckte Rede des Mainzer Domkapitulars und späteren Zentrums-Abgeordneten Christoph



Fern, rau und abgeschlossen: die Bergwelt des Himalaya, hier: der Klosterkomplex von Lamayura im Land der Pässe, aus der Kölner Ausstellung

Das Museum für Ostasiatische Kunst in Köln zeigt „Ladakh – Land der Pässe“

Audienz beim Buddha von Alchi

Ich finde es überaus schwierig, die extreme Trostlosigkeit in passenden Worten zu beschreiben. Das notierte Thomas Thomson, Mediziner und Botaniker, 1846 nach seiner Expedition nach Ladakh. Was Worte nicht vermögen, gelingt zwei Künstlern, Jaroslav Poncar mit der Kamera und Jörg Schmeißer mit der Radierfeder. Das ist im Museum für Ostasiatische Kunst in Köln auszuführen zu besichtigen und – kompakter, aber nicht weniger fesselnd – auch in dem Bildband „Ladakh – Land der Pässe“ des Wittenberg-Verlages.

Es ist eine der seltenen Ausstellungen, in denen der Künstler mit seinen Werken nicht nur von sich selbst spricht, sondern in der er uns etwas über die Welt, eine unbekannte Welt, mitteilt. Poncars Photos sind nicht nur Dokumentation, die Radierungen von Jörg Schmeißer nicht nur Nachzeichnung des Gesehenen. Sie sind Ausdruck der Einsicht in eine fremde Wirklichkeit, sind gestaltete Bilder und Erzählungen. Dabei ist Jaroslav Poncar natürlich unmittelbar an das Reale gebunden. Aber wie er fotografiert, vor allem mit der Panoramakamera, spiegelt deutlich Empfindungen und Erlebnisse wider.

Der Radierer Jörg Schmeißer hat es da einfacher. Er kann die unter-

schiedlichen Eindrücke in einem Bild verschränken. Sie sprechen eine Sprache, die manchmal verständlicher als die Photos zu sein scheint, die uns aber auch von der Wirklichkeit weg, in märchenhafte Welten zu entführen droht.

Für Poncar war die gemeinsame mehrwöchige Reise nicht die erste Begegnung mit dem Himalaya. Der 1945 in Prag geborene Fotograf hat Ladakh, seit es 1974 für Ausländer wieder geöffnet wurde, häufig besucht. Und er hat auch die Expedition des Museums für Ostasiatische Kunst, Köln, 1981 nach Alchi begleitet, die der Dokumentation von Maleisen aus dem 11. und 12. Jahrhundert in dem dortigen Kloster diente.

Alchi lag auch jetzt wieder an der Route. Und so kehrt auf einer Radierung Schmeißers die Wandmalerei mit dem versteinerten Buddha Manjusri im Sumtsok von Alchi über den Häusern des Ortes wieder. Schmeißer, 1942 im pommerschen Stolp geboren, hat sich seit vielen Jahren immer wieder den Einflüssen europäischer Kulturen ausgesetzt. Das gilt auch für die Radierungen aus Ladakh, die nicht über den Umweg der Zeichnung entstanden, sondern die direkt vor Ort radiert wurden, denn Schmeißer schleifte auf der

strapaziösen Wanderung vorbereitete Radierplatten mit.

Jaroslav Poncar reiste ebenfalls nicht mit leichtem Gepäck. Neben zwei Kleinbild- und einer Mittelformatkamera benutzte er auch eine russische Panoramakamera, wodurch sich ihm vielfältige Möglichkeiten eröffneten. So ragt z. B. Tiksey im Winterpanorama auf seiner Felskuppe weit über die Landschaft hinaus, während sich der Ort in der Aufnahme über den Indus hinweg plötzlich als enge Häuseransammlung an den Fuß mächtig aufragender Bergmassive schmiegt. Solche Bildwechsel machen die Dimensionen dieser Landschaft deutlich, die Schroffheit der Berge. Und wenn nicht Häuser oder Menschen ins Bild kämen, würde man völlig die Maßstäbe verlieren, man könnte nicht mehr abschätzen, wie hoch die Steilwände aufragen, wie weit sich die Täler erstrecken.

So schwankt man zwischen Graphik und Fotografie, gibt erst dem einen, dann dem anderen Medium den Vorzug, ehe man spürt, wie sich beide ergänzen. PETER DITTMAR

Bis 13. Juli; Katalog 48 Mark; außerdem zeigt auch die Hamburger Galerie in Florenz die Photos von Poncar und die Radierungen von J. Schmeißer bis 8. Juni.

Paris: P. Chéreau inszeniert Koltès' „Quai ouest“

Vision mit Fallstricken

Vor einer großen Mauer wanken zwei Menschen durch die Nacht, ein verbrauchter Alter und eine um mindestens zwanzig Jahre jüngere aufgedonnerte Blondine. Man zankt sich. Sie beendet jeden dritten Satz mit „Seigneur“, was soviel heißen soll wie „Herrgott im Himmel“, eine Floskel, die ihr keiner abnimmt, aber die sie unverdrossen im Munde führt, stur bis zum Ende. Bis zum Ende des neuen Stücks von Bernard-Marie Koltès, „Quai ouest“, das jetzt von Patrice Chéreau am Théâtre des Amandiers in Nanterre (bei Paris) herausgebracht wurde.

Plötzlich verlieren sich die beiden in der Dunkelheit. Aus dem grauen, bedrohlichen Dunkel ertönen Geräusche, ein Krachen, ein Quietschen (vielleicht reibt sich ein Boot an der Mole). Maurice ruft ins Dunkel hinein um Hilfe, mit einer Stimme, die selbst leer ist, ebenso leer und unwirklich wie diejenige von Monique. Er entledigt sich nach und nach seiner sogenannten Luxusabhebeln, legt sie sorgsam auf den Boden, als Köder und Lohn offenbar für den, der ihm helfen soll: seine Kreditkarte, sein Dupontfeuerzeug, seine Rolexuhr...

In diesem Moment wird er von dem aus dem Dunkel auftauchenden Charles am Arm gepackt. Und nun erfahren wir, daß er Maurice, sich in seinem Jaguar an diesen verfluchten, heruntergekommenen Ort, zu diesem verlassen Hangar hat führen lassen, um Selbstmord zu begehen. Selbstmord mit zwei Steinen in der Tasche, auf daß er besser untergehe. Der Grund: Die Gelder einer religiösen Institution, die er verwaltet hatte, sind plötzlich verschwunden. Dafür wird er nun haftar gemacht, und dabei hat er keine Ahnung, was damit geschehen ist.

Es tauchen weitere Personen auf. Zuerst Abas, ein Schwarzer, der das ganze Stück über stumm bleibt, die ältliche Mutter von Charles und Rodolphe, ihr Mann, ein alterndes, kriegsversehrtes, halb debiles Ekel, sowie Charles' Schwester Claire, eine verschlagene, gewitzte Göre, die aber ebenfalls eine Gejagte ist, panische Angst vor dem Alleinsein hat. Und schließlich wird das Stück noch belebt durch Fakim, ein Engländer, der sein Name soviel wie beischlafen, und das ist denn auch sein Hauptinteresse.

Für alle diese Typen ist der Hangar so etwas wie eine Heimat, letzter Zu-

fluchsort in einer Welt des Nichts, wo nicht einmal mehr die Träume eine Chance haben. Das einzige, an das Charles noch glauben kann, ist die Macht des Geldes. Mit ihm könnte er aus diesem Loch herauskommen. Auch zeigt er einen menschlichen Zug, als er, bevor er für immer weggehen will, um den Segen des Vaters bittet. Natürlich wird ihm dieser verweigert. Gewisse menschliche Züge trägt auch Claire, die, nachdem sie von Fak auf der Bühne vergewaltigt worden ist, zu ihm sagt: „Jetzt kannst du mich doch nicht so in der Mitte stehen lassen.“

Es gibt keine Handlung, keine Dramaturgie, am wenigsten Tragik. Alle Figuren sind auf eine zähe, belanglose Art in ihre elende, ausweglose Hoffnungslosigkeit verstrickt, und zwar von Anfang an, ohne Aussicht auf Änderung. Einzig eine raffinierte Lichtregie bringt Bewegung in die Szene, macht sie sichtbar. Und als Phantom der Hoffnung blitzt hinten der Jaguar auf. Er ließe sich eventuell verschleiern. Doch versinkt dieser Aspekt schnell wieder im Morast der Ausweglosigkeit.

Schließlich kommt man zum Ende: Maurice wird von Fak in Gegenwart von Charles und Abas, jedoch ohne seine zwei Steine in der Tasche, tot ins Wasser geworfen. Die näheren Umstände des Todes erfahren wir nicht. Und Abas, der gutmütige Schwarze, erschließt Charles' Warum? Weil er realisiert, daß er dem Schicksal nicht entziehen kann? Oder weil ihm Rodolphe gesagt hat, daß zwei Tote mehr zählen als einer, besonders wenn man auf dieser Welt eine Spur hinterlassen will? Die eine Antwort ist so gut wie die andere.

Es ist eine deprimierende und unappetitliche Sache, der wir da beizuhelfen. Eine schwarze Vision, mit einer Grammatik voller Fallstricke und Leerstellen. Ein vollgestellter Horror vacui.

Wenn der Abend einen dennoch gefangen hält, so liegt dies an der schauspielerischen Kraft aller Beteiligten, nicht zuletzt an Claire, gespielt von Marion Grimaud. Hinzu kommt die Leistung des Regisseurs. Trotz des spartanischen Bühnenbildes von Richard Peduzzi (im Grunde werden bloß diverse Container unterschiedlicher Farbe hin- und hergeschoben) gelingt es Chéreau, eine terrorisierende Unruhe und Beunruhigung zu erzeugen.

BEATRICE SCHAFFHAUSER

FINANZANZEIGE

UNILEVER

Konsolidierte Bilanzen zum 31. Dezember 1985
in Millionen Gulden

	Total	N.V.	PLC
Anlagevermögen	12 162	7 305	4 857
Sachanlagen	1 246	494	748
Finanzanlagen			
Umlaufvermögen	9 744	5 679	4 065
Vorräte	8 259	5 228	3 030
Debitoren	3 492	1 840	1 652
Wertpapiere	2 398	1 664	734
Kasse und Bankguthaben	23 893	14 412	9 481
Abzüglich:			
Kreditoren, die innerhalb eines Jahres fällig werden	3 919	3 063	856
Kreditaufnahmen	9 404	6 139	3 265
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie andere Kreditoren	1 020	575	445
Rückstellungen für Ertragsteuern	502	330	172
Netto-Umlaufvermögen	9 048	4 305	4 743
Anlagevermögen und Netto-Umlaufvermögen	22 456	12 108	10 348
Kreditoren, die nach mehr als einem Jahr fällig werden	2 587	2 125	462
Kreditaufnahmen	419	243	176
Sonstige Kreditoren			
Rückstellungen für Verbindlichkeiten	2 978	2 331	647
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2 258	1 258	1 000
Latente Steuern und sonstige Rückstellungen			
Gegenseitige Posten – N.V./PLC	–	(1 085)	1 085
Anteil Dritter am Vermögen von Konzerngesellschaften	684	356	328
Eigenkapital			
Eingetragenes Aktienkapital	1 399	905	494
Rücklagen aus Agio	87	52	35
Im Betrieb einbehaltener Gewinn und sonstige Rücklagen	12 044	5 923	6 121
	13 530	6 880	6 650
Betriebskapital insgesamt	22 456	12 108	10 348

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnungen 1985
in Millionen Gulden

	Total	N.V.	PLC
Umsatzerlöse	66 771	40 790	25 981
Kosten	(62 974)	(38 668)	(24 306)
Betriebsergebnis	3 797	2 122	1 675
Erträge und Aufwendungen aus Finanzanlagen	302	36	266
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	494	348	146
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(779)	(540)	(239)
Finanzielle Erträge und Aufwendungen	17	(156)	173
Gewinn der normalen Geschäftstätigkeit vor Steuern	3 814	1 966	1 848
Ertragsteuern	(1 591)	(862)	(729)
Gewinn der normalen Geschäftstätigkeit nach Steuern	2 223	1 104	1 119
Anteil Dritter am Gewinn der Konzerngesellschaften	(159)	(80)	(79)
Inhabern von Aktien zustehender Gewinn der normalen Geschäftstätigkeit	2 064	1 024	1 040
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen nach Steuern und Anteil Dritter	–	–	–
Inhabern von Aktien zustehender Gewinn nach außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen	2 064	1 024	1 040
Dividende auf Vorzugsaktienkapital	(16)	(15)	(1)
Dividende auf Stammkapital	(718)	(474)	(244)
Im Betrieb einbehaltender Gewinn	1 330	535	795
Änderungen des im Betrieb einbehaltenden Gewinns	1 330	535	795
Im Betrieb einbehaltender Gewinn	(152)	(132)	(20)
Einfluß von Wechselkursänderungen	(1 526)	(743)	(783)
Wertänderung Pfund Sterling gegenüber Gulden	(209)	–	(209)
Per Saldo dem im Betrieb einbehaltenden Gewinn zuzuführen	(557)	(340)	(217)
Saldo am 1. Januar	12 908	6 280	6 628
Saldo am 31. Dezember	12 351	5 940	6 411

Der Geschäftsbericht der Unilever N.V., der auch Erläuterungen zu den Abschlusszahlen und die Prüfungsvermerke der Abschlussprüfer enthält, ist bei den unten genannten Banken und Unilever N.V., Abteilung Externe Betreffungen, Postbus 760, 3000 DK Rotterdam, Niederlande, erhältlich.

UNILEVER N.V.

ROTTERDAM
DIVIDENDEBANKENTMACHUNG

FÜR DIE ZERTIFIKATE VON STAMMAKTIONEN

Im Zusammenhang mit der Zahlbarstellung einer Schlussdividende von hfl. 10,16 je Stammaktie zu hfl. 20.– der UNILEVER N.V. für das Geschäftsjahr 1985 geben wir bekannt, daß auf die von uns ausgegebenen Zertifikate von Stammaktien der Gesellschaft eine entsprechende Dividende ausgeschüttet wird. Diese Dividende ist unter Abzug von 25% niederländischer Dividendensteuer gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 116 zu den Zertifikaten von Stammaktien ab 27. Mai 1986 erhältlich.

Die Dividende wird in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin bei folgenden Banken gezahlt:

Dresdener Bank AG., Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, München
Deutsche Bank AG., Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, München
Bank für Handel und Industrie AG., Berlin
Deutsche Bank Berlin AG., Berlin

Amsterdam, den 14. Mai 1986

Die Ausschüttung erfolgt kostenfrei in Deutscher Mark, umgerechnet zum jeweiligen Tagesgeldkurs, insoweit nicht ausdrücklich eine Ausschüttung in holländischen Gulden gewünscht wird.

Von der niederländischen Dividendensteuer von 25% werden aufgrund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens an Steuerinländer zwei Fünftel vergütet, sofern baldmöglichst ein vom Wohnsitz-Finanzamt bestätigter Antrag auf dem dafür vorgeschriebenen Formular „92 D“ vorgelegt wird, der über die Zentralzahlstelle an die Gesellschaft geleitet wird.

Der endgültig in den Niederlanden verbleibende Teil der niederländischen Dividendensteuer ist auf die für diese Einkünfte zu zahlende deutsche Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer anrechenbar.

N.V. NEDERLANDSCH ADMINISTRATIE-
EN TRUSTKANTOOR

taschenbuch magazin

Heft 2/86 des „taschenbuch magazin“

ist erschienen – mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage, auf 84 Seiten, mit mehr als 300 Abbildungen, durchgehend vierfarbig gedruckt. Kostenlos bei Ihrem Buchhändler oder anfordern bei Harenberg Kommunikation, Postfach 13 05, 4600 Dortmund.

Kostenlos im Buchhandel!

Esprit

Aus Politik und Gesellschaft mit Deutschlands erstem Gourmet-Journal.
Ein Magazin für Lebenskünstler das Spaß macht

In der neuesten Ausgabe:

- EG finanziert Rote Armee mit: Teure Folgen des politischen Opportunismus
- Frankreichs Publikumsknüller: Telexes per Teletex
- Sparkassenpräsident Geiger: Weltwirtschaft ein Dollar-Roulette
- Demokratie auf bengalisch: 100-Millionen-Volk mit 80 Parteien zur Wahl
- H. R. Choudhury, neuer Präsident der UN-Vollversammlung: Wenn sich Gaddafi die Atombombe beschafft
- Gourmet-Preise: Was kostet Luxus?

COUPON

Bitte senden Sie mir die zwei neuesten Ausgaben von Esprit. Als Schutzgebühr füge ich DM 6.– in Briefmarken bei.

Name _____

Anschrift _____

HEINZ MÖLLER VERLAG
Provinzialstraße 89-95, 5300 Bonn 1
Dieses Angebot gilt nur für die Bundesrepublik und West-Berlin.

Lose Blätter mit Dame

P. F. R. - Bibliothekare der weltberühmten Library of Congress in Washington klagten jüngst über die rasche Vergänglichkeit heutiger Buchschätze. Schon nach wenigen Jahrzehnten, so haben sie beobachtet, löst sich das noch so inhaltsschwer bedruckte Papier auf, als sei darüber Säure verschüttet worden.

Gar so schlimm sind meine eigenen Erfahrungen noch nicht, doch höchst ärgerlich sind sie allemal. In den heimischen Regalen hat der Zahn der Zeit es vorwiegend auf die Werke Heinrich Bölls abgesehen. Als ich wenige Jahre nach Erscheinen der Erstausgabe von „Gruppenbild mit Dame“ von den Zerstörungen las, die der Rotstift des sowjetischen Zensors in der russischen Übersetzung angerichtet hatte, konnte ich das Ausmaß des Schadens nicht mehr feststellen, als ich mich vergewissern wollte. Statt eines sorgfältig gebundenen Exemplars hielt ich nur noch lose Blätter in der Hand.

Jetzt haben sich auch die „Ansichten eines Clowns“ in den Orkus verabschiedet. Ich besorgte mir eine neue Paperback-Ausgabe. Sie überstand indes nicht einmal eine einzige Lektüre. Auf Seite 50 brach sie auseinander. Die Erzählung „Entfernung von der Truppe“ folgte dem unruhlichen Beispiel. Mir fiel ein, daß der Autor dieses Werk als „Andachtsnische“ und „Gedächtnisstätte“ für ihm liebe Menschen bezeichnet hatte. So kurzlebig kann also Gedanken sein, wenn er zwischen zwei Buchdeckeln stattfindet.

Oder ist Heinrich Bölls Verleger vielleicht ein verkörperter Katholik? In den „Ansichten“ war mit Vehemenz die Ansicht vertreten worden, die Katholiken hätten „nicht den geringsten Sinn für Details“. Kein Wunder, daß dann selbst Bücher vorzeitig zerfielen.

Der Clown hört Bach „wie eine dreißigbändige Dogmatik“. Es braucht ja nicht gleich Rabner zu sein. Mir würde genügen, wenn 30 Bände Böll produktionsstechnisch am Leben blieben, zwecks Überprüfung der literarischen Qualität ohne Zukäufe im laufenden Meter.

Mit Geigerzählern ans Festbankett - Martin Scorseses Mitternachts-Yuppie - Zwischenbilanz der Filmfestspiele von Cannes

Eine Schimpansenliebe wird zur Co-Habitation

Selten hat es die Sonne so gut gemeint mit den Festivals von Cannes. Sie strahlt, als müsse sie ganz allein die Schatten des Terrorismus vertreiben, die auf die Côte d'Azur gefallen sind. Die Strand-Restaurants haben Hochkonjunktur. Um die Mittagszeit ist nur mit sehr viel Glück ein Plätzchen zu ergattern, obgleich Amerikas Star-Prominenz samt Gefolge durch Abwesenheit glänzt.

Die schreibende Zunft von jenseits des großen Teiches ist freilich reichlich vertreten. Am köstlichen Buffet, das Bürgermeisterin Anne-Marie Dupuy zu Ehren der internationalen Presse gab, konnte man sie an ihren kleinen Geigerzählern erkennen, mit denen sie Gemüse und Salate gründlich auf Radioaktivität abtasten.

Wie sah es während der ersten Festspielhälfte in den Kinosaal aus? Sie blieben trotz des prächtigen Wetters keineswegs leer. Dafür war das Programm zu vielversprechend. Ein Höhepunkt war der dritte Spielfilm des 37-jährigen irischen Schriftstellers und Regisseurs Neil Jordan, der „Mona Lisa“ heißt und auf Nat King Coles gleichnamigen Song der frühen fünfziger Jahre anspielt. Es ist ein Thriller aus der Londoner Unterwelt von heute.

Ein Mann mittleren Alters, der eher aus Naivität denn aus Schuld - ins Straucheln und in den Knast geriet, findet nach der Entlassung einen Job bei seinem früheren Boß. Im Jaguar kutschert er ein schwarzes, bestreicktes Callgirl (Cathy Tyson von der Royal Shakespeare Company in ihrer ersten Filmrolle) zu ihrer Kundschaft in den Nobelpalast des Westends. Er verliert sich in die rätselhafte Frau und hilft ihr, so manchen Fallstricken von Gangstern und Zuhältern zu entkommen. Erst spät erkennt er, daß sie ihn nur für ihre Interessen ausnützt. Und er entdeckt ihre Liaison mit einer kindlichen, drogensüchtigen Prostituierten.

Bob Hoskins, ein profiliertester englischer Bühnenschauspieler in der Rolle des Chauffeurs, ein ewiger Verlierer, ein unscheinbarer, runder kleiner Mann, der eigentlich viel zu schade ist für diese korrupte Welt, liefert eine eindrucksvolle Leistung ab und ist für einen Darstellerspreis im Gespräch. Und das nächtliche London spielt einen faszinierenden Solopart.

Überhaupt ist die Nacht die bevorzugte Zeit in vielen Filmen, die man bislang sah. So auch in Martin Scorseses schwarzer Komödie „Die Zeit nach Mitternacht“, die die Filmfans an der Croisette förmlich von den Stühlen riß. Ein junger Yuppie von der Eastside Manhattans, Jungeselle, Textprogrammierer von Beruf und mit dem Computer gewissermaßen verheiratet, gerät zufällig in eine ihm völlig fremde Welt in den Alltag von Soho mit seinen Künstlern, Intellektuellen, Sado-Masochisten, Punkern, Rockern und Schwulen.

Eine morbide blonde Künstlerin bittet ihn spät abends in ihr Atelier und nimmt sich gleich darauf das Leben. Der junge Mann flüchtet in die Nacht, wo er für einen lang gesuchten Einbrecher gehalten und von einer zum Lynchenden Meute gejagt wird. Wird er mit heller Haut davon-



Die nächtlichen Abenteuer eines Programmiers: Griffin Dunne (rechts) als Paul Hackett in Martin Scorseses Festspielbeitrag „Die Zeit nach Mitternacht“

kommen? Gewiß! Am frühen Morgen sitzt er wieder an seinem Computer - und im Kinosaal hat man sich selten so amüsiert. Scorsese, der New York wie seine Westentasche kennt, ist erneut ein Irwitzer Alpträumen aus dem Big Apple gelungen, einer in Rosa freilich und nicht in Schwarz wie „Taxi Driver“. Und der brillante Held Griffin Dunne, der an Dustin Hoffman und Dudley Moore denken läßt, könnte nicht besser sein.

Frankreich setzt im diesjährigen Wettbewerb viel Hoffnung auf Bertrand Blier und seinen Film „Touche de Soirée“, der schon in Paris Furore gemacht hat. Kein Wunder, begegnen wir doch hier überraschend zwei großen französischen Publikumslieblingen in der ersten Transvestitenrolle ihres Lebens: Gérard Depardieu und Michel Blanc.

Depardieu, der aus der Welt des Jean Genet entspringen scheint, macht einer jungen Frau den Ehe-

mann streitig, einen sanften, schlichteren Bourgeois mit traurigem Hundedblick. Er umwirbt ihn nach allen Regeln der Kunst. Das wirkt ungemein komisch und eine Weile auch recht unterhaltsam, denn Michel Blanc gibt der Versuchung nur zögernd, dann aber um so leidenschaftlicher nach. Und damit verliert der Film an Spannung, sinkt auf Niveau von Herren-Toiletten und Straßenstrich herab, auf dem das Gespann Depardieu/Blanc mit Federboas und auf Stöckelschuhen grotesk lustwandelt.

Wenig Erfolg konnte Robert Altman für seinen Streifen „Pool for Love“ verbuchen, der nach Sam Shepards Drama entstanden ist. Unter dem Titel „Liebestoll“ war es auch auf deutschen Bühnen zu sehen, zuletzt am Stuttgarter Schauspiel. Shepard spielt selbst den Eddie, den eine unselbstige Leidenschaft an seine Halbschwester bindet. Leider hat der

Film den Bühnenszenierungen nicht viel hinzuzufügen. Schwer zugänglich wie immer gibt sich der Russe Andrej Tarkowskij in seiner in Schweden entstandenen poetischen Parabel „Sacrificio“. In einer leeren, grünlich-blauen Landschaft stellt er seine Endzeitvision vor. Erlend Josephson als dekadenter Journalist und Schriftsteller, erschreckt von der Ahnung eines Nuklear-Krieges, versucht die Katastrophe aufzuhalten, indem er sich dem Schicksal - ein antikes Thema - zum Opfer anbietet und sein Haus den Flammen preisgibt. Ein esoterisches Opus von großem ästhetischen Reiz, das aber leider bestimmt kein Kinohit werden wird. Im Unterschied zu zwei kuriosen Romanzen vielleicht, die der ersten Festival-Hälfte einen Hauch von Perversität verliehen.

In Marco Ferreris Film „I Love You“ ist Christophe Lambert, der unbändige Tarzan aus „Greystoke“, ein Traumtänzer, eine Mimose von Mann. Er schmachtet einen Schlüsselanhänger in Form eines Mädchengesichtes an, das immer, wenn er pfeift, hingewechselt wird. „Ich liebe dich“ flüstert Mädchen aus Fleisch und Blut haben neben diesem Plastic-Face keine Chance. Pech für den Jungen, daß er eines Tages einen Zahn - und damit auch sein hübsches Pfeifen - verliert. Ferreris variiert hier sein altes Thema und führt es gleichsam ad absurdum: Es gibt keine glückliche Liebe zwischen Mann und Frau und auch kein wirkliches Verständnis.

Ähnlich denkt der Japaner Nagisa Oshima, der in seinem Werk fast immer sexuelle Tabus angegangen ist und Cannes vor Jahren mit seinem „Reich der Sinne“ schockte. In seinem jüngsten, in Frankreich produzierten Film „Max mon amour“ verliebt sich Charlotte Rampling, wohlbehütete Diplomatin-Gattin, ausgerechnet in einen Schimpansen namens Max. Sie führt ihn in die elbische Wohnung ein. Es gibt zunächst eine Hölle zu dritt und schließlich eine friedliche „Co-Habitation“. Geschockt hat freilich dieses abwegige Dreiecksverhältnis niemanden in Cannes. Viel heißeres Gekicher für Max - und wenig Aussicht auf eine Palme, die doch gerade einem Affen interessant zu Gesicht stehen würde.

DORIS BLUM

JOURNAL

Das Werk von Karl Kraus künftig bei Suhrkamp

dpa, Wien
Der Suhrkamp Verlag, Frankfurt, hat vom Kösel Verlag, München, alle Rechte am Werk von Karl Kraus übernommen. Einen entsprechenden Vertrag haben die beiden Unternehmen jetzt unterzeichnet, wie im Rahmen des Karl-Kraus-Symposiums bekanntgegeben wurde, das zur Zeit in Wien stattfindet. Bereits zum 50. Todestag am 12. Juni sollen die ersten beiden Bände einer zwölfbändigen Taschenbuchausgabe vorliegen, die der Suhrkamp Verlag bis Ende 1988 herausbringen will. Danach ist an eine ausführlich kommentierte Ausgabe gedacht, die zusammen mit dem Wiener Löcker Verlag erarbeitet werden soll.

Sutherland und Pavarotti in die Hollywood Bowl

DW, Los Angeles
André Previn führt als neuer Chefdirigent des Los Angeles Philharmonic Orchestra auch die Liste der Dirigenten für die Sommerkonzerte in der Hollywood Bowl an und wird u. a. Aufführungen von Beethovens Neunter dirigieren. Das Israel Philharmonic Orchestra gastiert unter der Leitung von Zubin Mehta. Einer der Höhepunkte unter den 40 Konzerten, die Klassik und Jazz umfassen, wird das Auftreten von Joan Sutherland und Luciano Pavarotti in einem Benefizkonzert mit Arien und Duetten aus Opern Donizettis und Verdis sein.

Kölner Schauspiel plant 13 Neuzensurierungen

lw, Köln
Das Kölner Schauspiel hat für die kommende Spielzeit 13 Neuzensurierungen geplant. Der Spielplan reicht von Molières „Tartuffe“ und Lessings „Emilia Galotti“ bis zu insgesamt sechs Theaterstücken, die nach 1980 entstanden sind, wie Intendant Klaus Pierow jetzt bekanntgab. Horst Siede wird zu Beginn der Saison Stefan Dähnerts Bundeswehr-Stück „Herbstball“ als Uraufführung auf die Bühne bringen. Ebenso realisiert er Else Lasker-Schüllers seit 1932 nur zweimal inszeniertes Werk „Arthur Aronimus und seine Väter“. Vorgesehen sind u. a. noch die deutsche Uraufführung von „Cabale“ des französischen Autors Enzo Cormann sowie die selten gespielten Strindberg-Einkakter „Gläubiger“ und „Die Stärkere“.

„Mozart zum Anfassen“ für Touristen

dpa, Salzburg
Das Mozart-Wohnhaus soll 1991 zum 200. Todestag des berühmten Salzburger Originalgetreu wiedererleben. Das jedenfalls haben sich die Stadtverordneten vorgenommen, um in Erinnerung an den Komponisten Wolfgang Amadeus Mozart (1756-1791) eine neue Touristenattraktion zu schaffen. 1944 durch eine Bombe halb zerstört, soll das sogenannte Tanzmeisterhaus nach dem Wiederaufbau eine Audiothek, eine Schau „Mozart zum Anfassen“ und einen kleinen Konzertsaal enthalten.

Drittes „Literaturbüro“ in Gladbeck eröffnet

dpa, Gladbeck
Die Literaturstiftungen im Ruhrgebiet haben jetzt erstmals eine offizielle Anlaufstelle, über die sie Betreuung bei ihrer Arbeit und Kontakte zu Kollegen, Verlagen und literarischen Aktionen finden. In der Stadt Gladbeck im Norden des Ruhrgebietes, nach Düsseldorf und Unna die dritte Einrichtung dieser Art in Nordrhein-Westfalen, eröffnet. Es soll eine Infrastruktur schaffen, die dauerhaft den Schriftstellern und Nachwuchsautoren der Region bei der Arbeit zur Seite steht und der Literatur im Revier einen angemessenen Platz in der Kulturszene einräumt.

Robert Altman inszeniert „The Rake's Progress“

AFP, Lille
Der amerikanische Filmregisseur Robert Altman („M.A.S.H.“ und „Nashville“) inszeniert an der Oper der nordfranzösischen Stadt Lille „The Rake's Progress“ von Igor Strawinski. Die 1951 komponierte Oper wird insgesamt fünfmal zwischen dem 23. und dem 31. Mai aufgeführt. Vor vier Jahren hatte es das Werk bereits in den USA zum 100. Geburtstag Strawinskis mit Studenten der Musikhochschule von Michigan aufgeführt.

Richard-Bampi-Preis für 1987 ausgeschrieben

DW, Neuss
Den Richard-Bampi-Preis zur Förderung künstlerisch begabter Keramiker hat die Gesellschaft der Keramikkünstler (Albert-Schatz-Str. 1, 4040 Neuss 22) für 1987 ausgeschrieben. Bewerber können sich Töpfer der Jahrgänge 1957 und jünger. Die Preissumme beträgt 28.000 Mark. Die Jurierung findet in der Fachhochschule Fulda statt.

Zur Frankfurter Dokumentation über Leben und Werk von Ludwig Börne

Für ein Plätzchen im Narrenhaus

Sollte man nicht annehmen, ein Literaturland, das auch nur einen einzigen Satz Börnes wie diesen liest: „Kam haben sie den Kaiser mit großem Gepränge gekrönt, und wollte er hier bleiben und in Frankfurt ansässig werden, könnte er nicht einmal Torschlussschreiber werden“ - ein solcher Literaturlandestier würde elektrisiert ausrufen: Den Mann, der einen bekannten Sachverhalt so verkehrt, so hübsch, so genau zu formulieren versteht, den Mann muß ich näher kennenlernen!

Ich habe vor Jahren in meinem Hessenbuch Börne einen bewundernswürdigen Abschnitt gewidmet, auch andere haben über ihn geschrieben, aber die Nachfrage war und blieb so gering, daß jetzt, zu seinem zweihundertsten Geburtstag, sein Œuvre im Buchhandel überhaupt nicht vorliegt. Man muß also in öffentliche Bibliotheken gehen.

Oder erst einmal nach Frankfurt zur Börne-Ausstellung im Karmeliterkloster. Was Alfred Estermann, Leiter der Forschungsstelle 18. Jahrhundert an der Stadt- und Universitätsbibliothek, mit seinen Mitarbeitern zur Realisierung der Ausstellung und des Katalogs geleistet hat, geht in der Tat auf ein „immenses Arbeitspensum“ zurück, wie der Direktor der Bibliothek nobel anerkennt.

Bei den Vorbereitungen wurden sogar einige Entdeckungen gemacht. Ich war gerade über eine Zeitschrift mit Aphorismen-Börnes gebeugt, als Dr. Estermann hinzutrat. Man müsse im Gesamtwerk lange suchen, bis man diese hübsche Rubrik finde, meinte ich. Er lachte und sagte: „Sie finden sie nicht, sie ist nicht drin.“



Ludwig Börne, gemalt von Moritz Oppenheim, 1851, aus der Frankfurter Ausstellung

Nach dieser verschollenen Zeitschrift wurde seit langem gesucht, und zu unserer Überraschung haben wir sie in unseren eigenen Beständen entdeckt. Und er nannte gleich noch einige andere Entdeckungen. Man findet sie im Katalog.

Dort sind die 330 Objekte selbstverständlich noch etwas eingehender als in den Vitrinen erläutert. Sehr angenehm ist die Einteilung des Katalogs. Am Anfang steht nur eine knappe Liste mit biographischen Jahreszahlen, und man ist enttäuscht über die kurze Abfertigung. Dann beginnt sofort der Katalog. Aber: Vor jedem Thema, zum Beispiel Jeanette Wohl, steht vor den Objektautoren (Fotos, Handschriften, Briefproben) eine kurze, aufschlußreiche Hintergrundskizze.

So geht man denn die Ausstellung durch und lernt im zeitlichen Vorrücken allmählich die anschauliche Biographie Börnes kennen. Das ist ein vorbildliche Ausstellungsaufbau und eine vorbildliche Katalogeinteilung nach so viel kiloschweren, didaktisch überanstrengten und von Eitelkeit strömenden Katalogen der letzten Jahre.

Apropos Jeanette Wohl. Drei Jahre älter als Börne, lernte sie den Dreißigjährigen in Frankfurt kennen. Er hatte erst wenig veröffentlicht, zum Beispiel „Die Juden in der freien Stadt Frankfurt und ihre Gegner“ (Ich liebe nicht den Juden, nicht den Christen, weil ich Jude, oder Christ, ich liebe sie nur, weil sie Menschen sind und zur Freiheit geboren) - das Motto seines ganzen Lebens.)

Jeanette erkannte sofort die eminenten Gaben des jungen Mannes.

Sie war es, die ihn ansprach, aus Paris, wo er später im Exil lebte, spontane Briefe an sie zu schreiben, die dann redigiert und veröffentlicht werden konnten. In Zeitungen und später gesammelt in Buchform. So also entstanden die „Briefe aus Paris“. Und sie siedelte mit ihrem Mann drei Jahre vor Börnes frühem Tod (1836) nach Paris über und pflegte den Kranken, als es mit ihm zu Ende ging. Und sie war seine Testamentsvollstreckerin. Und in der Vorwort heißt es auch: „Sie schreiben sich in manischem Zwang Hunderte von Briefen, in denen sich

die verschiedenen Stationen ihrer komplizierten - Beziehung spiegeln... Viele seiner Briefe an sie unterzeichnet er mit: Dr. Börne, geb. Wohl.“

Wenn man diese Vornote, nicht einmal eine Katalogseite lang, gelesen hat, sieht man die Objekte zum Thema mit hellwachen Augen und bekommt Lust, diese Beziehung, die bis über den Tod hinaus gedauert hat, in ihrer ganzen Fülle kennenzulernen. Denn wo gibt es so etwas noch einmal: Dr. Börne, geb. Wohl!

Und so überschleicht und spendend uns sämtliche Epochen dieses Lebens präsentiert. Die Jugend in der Judengasse, der vorzügliche Privatunterricht, den der wohlhabende Vater ihm zuteil werden ließ, seine kurze Freiheit in der getötenen napoleonischen Ära (in der er Polizeibürokrat der Stadt war und nach Napoleons Sturz sofort wieder hinaus und zurück ins Getto flog), die herrlichen Theaterrezensionen in seiner Zeitschrift „Die Wage“, sein Übertritt zum jüdischen Christentum (warum? wieso? das ist gleichgültig unter christlichen Terror, der den Juden nicht einmal die Benutzung des Bürgersteigs erlaubte), seine Denkreise auf Jean Paul, sein Ruhm in ganz Deutschland, denn so wie er schrieb kein anderer.

Nehmen wir die verblüffende Teil-Kritik: Teil, ein Meuchelmörder, der auf dem stürmischen See Geßler zu retten verspricht und nur auf Flucht sinn und darüber später berichtet: „Ich stand am Steuerruder und fuhr redlich hin.“ Da fährt Börne heraus: „Das nennt er redlich hinfahren.“ Er hätte niemals auf sein Kind schließen dürfen, und wäre darüber aus der ganzen Schweizer Freiheit nichts geworden.“ In der Ausstellung ist ein Stück Handschrift zum Thema zu sehen: ... die Fehler des Gedichts sind die Tugenden des Dichters... Ich vermisste, doch ich beklagte nicht... Es tut mir leid um den guten Teil, aber er ist ein großer Philister.“

Börne verrennt sich also nicht doktrinär in einen einseitigen Gesichtspunkt. So wie er auch dem umgeliebten Goethe, dem er ein Leben lang auf die politische Leisetreierischen Füße trat, schließlich absolut zurechtfindend in zwei kurzen Sätzen nachrief: „Goethe war das größte künstlerische Genie und der größte Egoist seines Jahrhunderts. Ohne dies zu sein, hätte er jenes nicht sein können.“

Erschütternd: „Seit 18 Jahren bin ich getauft, und es hilft mir nichts. Drei Louisdor für ein Plätzchen im deutschen Narrenhaus. Es war eine thürische Verschwendung.“ (Bis 15. Juni, Katalog 38 Mark)

RUDOLF KRÄMER-BADONI

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Die neuen Monatshefte von „Westermann's“

Cicero hält nichts von Gießkannen

Zeitschriften unterscheiden sich von reifen Damen dadurch, daß sie selten ein/Facelift überleben. Gewieße Blattmacher setzen daher lieber einen neuen Titel auf die grüne Publikumsweiese, als an einem alten herumzuschneipeln. Man erinnert sich noch mit Bedauern, wie das kulturelle Flaggschiff der deutschen Katholiken, „Hochland“, zum „Neuen Hochland“ umgebaut, als bald ruhmlos unterging.

Nun unterzogen sich „Westermanns Monatshefte“, die seit Januar in einem neuen Verlag (Magazinpress Verlag, Eisenstr. 3, 8000 München 2) und unter einem neuen Chefredakteur (dem Ex-ZDF-Aspekto-Moderator Reinhard Hoffmeister) erscheinen, der riskanten Operation. Was in Gestalt der Mai-Nummer jetzt aus dem OP am Münchener Hauptbahnhof herausgerollt wurde, trägt den neuen Namen „Westermann's“ (der seit Konrad Duden nicht mehr gebräuchlich Apodrophie erinnert an die 1856 erfolgte Gründung von „Westermann's illustrierten deutschen Monatsheften für die gesamte geistige Leben der Gegenwart“) und soll ein Kulturmagazin („das neue, das einzige“) sein.

Man kann nicht umhin, mit Hoff-

meister zu sympathisieren, wenn ihn am Silvesterabend in einer Bahnhofsbuchhandlung das Grauen übermannte: „Passunglos starte ich auf die Fülle zwischen Aero-Club und Zen, auf Fliegen-Fischer und Judo-Aktivisten.“ Und Hoffmeisters gepreßter Brust entrang sich der Ruf: „Wo bleibt die Kultur?“ Nun gibt es ja Theater, Musik, Film, Literaturzeitschriften. Soll man sie zu einem gemeinsamen Kulturorgan addieren? Und käme dabei etwas anderes heraus als die Kultur der Kulturreferenten, die mit der Subventionsgießkanne alle künstlerischen Sparten gleichmäßig bewässern?

Hoffmeister sieht die „Chance, mit Kultur Freude zu bereiten“, und ergreift sie mit zwei Kurzgeschichten von Günter Kunert nach Thomas Mann und Rothkappchen. Doch das sind drei von 148 Seiten des Zwölften Mark-Hefes. Der Rest ist, mit Verlaub, ein ziemlicher Wust. Habermas' Formel von der „neuen Unübersichtlichkeit“ scheint inzwischen zu sein. In „Westermann's“ wird eine Aneinanderreihung von Einzelbeiträgen über eine Opernverfilmung, einen zeitgenössischen Maler, ein Theaterstück, einen Klaviervirtuosen etc. (Seite 38

bis 108) wie der Inhalt eines Sandwichts zwischen zwei Magazinteile geklappt und statt mit Ketchup mit viel Farbe überzogen.

Für Verwirrung sorgen auch ständige Rubriken mit Namen wie „Memo 5“, „Metropoli“ und „Extras“. Mit berühmtem Witz fällt „Westermann's“ Kulturpreise und Auktionssergebnisse in eine Rubrik „Preise & Preise“, zusammen. Am gelungensten will uns ein Tag-für-Tag-Kulturkalender, „Der Kultur-Mai“, und ein Gedicht auf ein Bild (Wondratschek auf Hopper) scheinen. Als „Flop des Monats“ - eine weitere Rubrik - gilt der Redaktion, die diese Absetzung des Günter-Wallraf-Films „Ganz unten“ durch einige ARD-Sender. Wieso handelt es sich - von der auch sonst durchscheinenden linken Warte aus gesehen - um einen Flop und nicht um die „systematische Unterdrückung der Werttätigen durch die Herrschenden“?

Um eine 130 Jahre alte Dame zu läßt, bedarf es größerer Diskretion, vielleicht sogar eines Rückgriffs auf Cicero, der sagte: „Cultura animi est philosophia“ - die Kultur des Geistes ist die Philosophie (und nicht die Gießkanne).

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Staatsoper Kiew mit der „Zarenbraut“ bei den Wiesbadener Maifestspielen

Strahlen sollte hier nur der Erfolg

In Wiesbadens feinstem Carré zwischen Kurhaus und Theaterkolonnaden zogen die bunten Demonstrationen auf zur ersten Gastspiel-Vorstellung der Staatsoper von Kiew bei den Maifestspielen, machten einen lustigen Lärm auf allerlei Musikinstrumenten und entrollten ihre Transparente. Aha, dachte man, „Russki go home“ wird draufstehen, jetzt nach Tschernobyl, oder irgendwelche Warnungen vor verstrahlten Bühnenbildern, Proteste auch gegen deutsche KKW's. Nichts da: Es wurde nach Geld für Wiesbadens alternative Kultur gerufen angesichts der luxuriösen Maifestspiele, für Free Jazz und Kulturfabrik. Die haben Sorgen!

Sorgen hatte die Staatsoper Kiew. Denn als sie mit ihren Kulissencontenainern reinwollte in die Bundesrepublik, da machte der Grenzschutz ein bedenkliches Gesicht und forderte großes Gerät zur Feststellung der radioaktiven Strahlung an, bei den ganzen Theaterzauber decontaminieren, ehe der Konvoi aus dem Bankkreis des Katastrophengebiets passieren durfte. In Ludwigshafen, dem ersten Gastspielort der Ukrainer, das selbe noch einmal, so daß sich Wiesbadens Festspielchef Christoph Grosz ganz sicher war: „Hier strahlt nur noch der Erfolg!“

Mit dem strahlenden Erfolg für Nikolai Rimski-Korsakows Oper „Die Zarenbraut“ war das freilich so eine Sache. Dabei hatten die Ukrainer sich eine ihrer jüngsten und aufwendigsten Produktionen dabei: Die Bühnenbilder (Watscheslaw Okunjew) und die Kostüme (Irina Press) leuchteten in grellen bunten Farben: nichts mehr von der verstaubten, risigen, angeschlissenen Ausstattung, mit der sowjetische Bühnen vor ein paar Jahren noch herumtriefen.

Aber die neuen Kulissen sind abermals aus dem alten Geist entstanden, nach dem russische Opern in erster Linie pittoreske Folkloreveranstaltungen sind. Man mag diesen mit so viel Arbeit und so wenig Still angefertigten Plunder nicht mehr sehen auf der Bühne. Wenn schon solche Ausstattungen, dann müssen sie doch wenigstens etwas von der gebrochenen Eleganz eines Leon Bakst haben.

Die Inszenierung (Irina Molostowa) ist keinen Deut anders als die Ausstattung: hohle Gesten, krumme Posen, seltsam dräuende Meinergerei von Guten und Bösen, die einem mit ihren sehr russisch timbrierten Stimmen und ihrem altfränkischen Gesangsstil selbst fern bleiben. Da liest man zwar im Programm, „Die Zarenbraut“ sei „ein historisches All-

tagsdrama, dessen Grundidee die Tragödie der Frau im alten Russland darstellt“, aber von der Altersarbeit selbst eines solchen minimalen Interpretationsansatzes war die Regie noch meilenweit entfernt. Die Bühne ist nur ein Schau-Kasten, für das Drama ganz ohne Bedeutung.

Nun mag es für den Zuschauer im Westen ohnehin nicht so entscheidend sein, wie eine Braut Iwans des Schrecklichen mit allen möglichen Gifttränken eifersüchtiger Rivalen und Rivalinnen (die sich zum Schluß gegenseitig meucheln) in den Wahnsinn getrieben wird, hier spitzt man sich doch eher auf Rimski-Korsakows selten zu hörende Musik, die mit ihrer schillernden Orchesterpalette in Sachen der Instrumentation mit das Gekosteteste ist, was jemals komponiert wurde. Das mag eine für 3½ Stunden Oper nicht ganz ausreichende Qualität sein, und in der Tat zieht sich die Aufführung unter dem Dirigenten Stefan Turtchak ziemlich träge dahin. Das aber liegt wohl auch daran, daß er dieses nervöse und geheimnisvoll irisierende Klingen von Rimski's Musik einfach nicht hört, sondern tumb darüberpinselt.

REINHARD BEUTH

Heute eine weitere Aufführung. Karteninfo: 0 61 21 / 13 23 25

